Donnerstag, 6. Dezember 1984 - D ＊＊＊

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 — Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen



DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 286 - 49.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Wurbs: Bundestagsvizepräsident Richard Wurbs (FDP) wird am 13. Dezember sein Abgeordnetenmandat niederlegen. Wurbs führte für sein Ausscheiden „private Gründe" an. Er war 20 Jahre im Bundestag.

Treffen in Bonn: Die deutsch-sowjetische Wirtschaftskommission, die ursprünglich bereits im September tagen sollte, wird am 20. Januar in Bonn zu zweitägigen Gesprächen zusammentreffen.

Grüne: Aufschluß über die Frage, ob die Grünen weiter nur *Oppositions- und Protestpartei* sein wollen oder ob sie künftig zu Bündnissen mit der SPD oder gar zur Regierungsverantwortung bereit sind, wird von der dreitägigen Bundesversammlung der Partei in Hamburg erwartet. (S. 4)

Kambodscha: Zu Beginn der Trockenzeitoffensive stoßen die Streitkräfte Vietnams erstmals auf eine geschlossene Front der Widerstandsgruppen Sonn Sanns, Prinz Sihanouks und der Roten Khmer. (S. 6)

Menschenrechte: Eine überwiegend negative Bilanz über die Einhaltung der Menschenrechte in der UdSSR und den anderen Ostblockstaaten zieht die US-Regierung. Die USA wollen weiterhin politischen und moralischen Druck auf diese Länder ausüben, um sie zur Einhaltung der Beschlüsse von Helsinki zu veranlassen. (S. 10)

Apartheid: Mit einer scharfen Attacke des südafrikanischen Friedensnobelpreisträgers Bischof Tutu auf die Südafrikapolitik der Reagan-Administration erreichte *die Welle von Anti-Apartheids*-Demonstrationen in den USA einen Höhepunkt. (S. 10)

„Le Monde": Nach Ablehnung seines Sanierungsplans für die angesehene Pariser Zeitung ist Chefredakteur André Laurens zurückgetreten. (S. 6)

Heute: Bonner Koalition berät über Ersatz für Zwangsabgabe – Schäuble in Ost-Berlin – EG-Ministerrat verhandelt über umweltfreundliche Autos.

ZITAT DES TAGES



❝ Wenn Grüne und Alternative die Gewalt *als Mittel* der politischen Auseinandersetzung nur aus taktischen Gründen und nicht grundsätzlich ab*lehnen, können sie sich nicht mit dem* Etikett einer demokratischen Partei schmücken ❞

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann vor Mitarbeitern seines Ressorts
FOTO: WERNER SCHÜRING

WIRTSCHAFT

Privatisierung: Finanzminister Stoltenberg will die Privatisierung von Bundesvermögen noch in diesem Jahr *auf* den Weg bringen. (S. 11)

Rendite sinkt: Der Rückgang der Zinsen für Bundesobligationen und Bundesschatzbriefe hält an. Heute werden die Konditionen erneut geändert. (S. 11)

Deutsche Bank: Für 1984 wird mit einer Neuauflage des Rekordergebnisses von 1983 gerechnet. Einen entscheidenden Beitrag leistete der Eigenhandel, dessen Gewinn erneut stieg. (S. 13))

Bruttosozialprodukt: Um real 2,8 Prozent ist die wirtschaftliche Leistung der Bundesrepublik Deutschland im dritten Quartal 1984 gegenüber dem Vorjahresquartal gestiegen.

Börse: Bei weiterhin freundlicher Grundstimmung sorgten Glattstellungen für eine leichte Bremsung des Kursanstieges. Der Rentenmarkt war fest. WELT-Aktienindex 160,9 (161,0). Dollarmittelkurs *3,0643 (3,0906) Mark.* Goldpreis pro Feinunze 329,90 (332,00) Dollar. BHF-Index 103,042 (102,860). Performance-Index 112,266 (112,036).

KULTUR

Reinfall: Einen quälenden Theaterabend bereitete das Stück „Checkpoint Charlie" des aus der „DDR" stammenden Autors Kurt Bratsch im Berliner Schloßparktheater. (S. 19)

„Das Gespenst": Der auch in der Bundesrepublik heftig umstrittene Achternbusch-Film verstößt nach dem Urteil eines Züricher Gerichts nicht gegen die Glaubens- und Kulturfreiheit.

Letzter Teil WELT-Serie „Sieg der Sterne"

In den Laboratorien der beiden mächtigsten Staaten der Erde tobt der größte Technologie-Wettstreit der Geschichte. Es geht um die lichtgeschwinden Strahlenwaffen zur Abwehr interkontinentaler Raketen und damit der nuklearen Bedrohung. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts soll das Projekt von den USA verwirklicht sein. Was tun die Verbündeten? Verschließen sie die Augen? Seite 8

SPORT

Tennis: Das Ausscheiden von Ivan Lendl (CSSR) war bei den 73. Internationalen Meisterschaften von Australien in Melbourne die erste große Überraschung. Lendl *unterlag im Achtelfinale dem* Südafrikaner Kevin Curren mit 1:6, 6:7, 4:6. (S. 9)

Fußball: Bis auf den Westdeutschen und den Süddeutschen Rundfunk werden alle dritten Programme des Ersten Deutschen Fernsehens (ARD) das UEFA-Pokalspiel des Hamburger SV bei Inter Mailand am 12. Dezember live übertragen.

AUS ALLER WELT

Westwall: Vierzig Jahre nach dem letzten Schuß gibt es noch immer Ärger mit Hitlers monströser Befestigungsanlage. In vielen Gemeinden bleibt das Leben durch ihre Relikte gestört. (S. 20)

Giftgas: Die Zahl der Opfer der Giftgaskatastrophe von Bhopal (Zentralindien) ist bis gestern auf 1600 gestiegen. Die Fabrik des US-Konzerns Union Carbide, aus der das Gift ausströmte, wurde inzwischen geschlossen, der Chemiemulti ordnete einen weltweiten Produktions- und Transportstopp für den Stoff an. (S. 20)

Wetter: Im Nordwesten Regen, sonst neblig-trüb. 5 bis 8 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Wörner: Die USA verstehen jetzt die Probleme der Europäer

In Brüssel spielte Washingtons Unzufriedenheit mit den Partnern eine Rolle

RÜDIGER MONIAC/DW. Brüssel

Im nächsten Jahr ist wahrscheinlich abermals mit einer Initiative eines Senators zu rechnen, die den Abzug von mehreren 10 000 US-Soldaten aus Europa einleiten soll. Diese Andeutung machte auf der in Brüssel zu Ende gegangenen Wintertagung der NATO-Verteidigungsminister der Pentagon-Chef Caspar Weinberger, um seinen europäischen Amtskolle*gen zu verdeutlichen,* welche Unzufriedenheit im amerikanischen Kongreß über die zögernden Beiträge der Europäer zu den Verteidigungslasten der Allianz herrscht. Unter dem Eindruck dieser Möglichkeit erklärten sich die Europäer bereit, im Rahmen bereits geplanter Verteidigungsprogramme den Forderungen vor allem des demokratischen Senators Sam Nunn eine höhere Dringlichkeit der Realisierung zu geben.

Dies gilt in erster Linie für das Dringen Nunns auf den Bau von Schutzbauten für mehr als tausend US-Kampfflugzeuge, die im Krisenfall aus Nordamerika auf westeuropäische Plätze verlegt werden sollen. Das in Brüssel beschlossene neue Infrastrukturprogramm zur Verbesserung der Verteidigungseinrichtungen in Europa ist deshalb darauf abgestellt worden, in den Jahren bis 1990 mehr als 70 Prozent der Unterstützungsanlagen zur Aufnahme der US-Geschwader einschließlich des Baus gehärteter Schutzbauten für die *Flugzeuge herzustellen. Insgesamt ist* das neue Infrastrukturprogramm mit fast 22 Mrd. DM für die nächsten sechs Jahre mehr als doppelt so hoch wie das vorige. Auch darauf haben die Verteidigungsminister besonders hingewiesen, um die erwartete Kritik aus dem US-Kongreß abzufangen.

Dieser Kritik aus Washington begegnet im übrigen auch ein Beschluß der Verteidigungsminister, in dem dem NATO-Generalsekretär und den ständigen Vertretern der Mitgliedsländer baldige Vorschläge für ein Rahmenkonzept der militärischen Verteidigungsaufgaben (Conceptual Military Framework) so wie zur Definition der Prioritäten in der konventionellen Verteidigung, der Harmonisierung schon laufender Anstrengungen in den einzelnen Ländern und zur Verbesserung der internationalen Koordinierung der Rüstungsprogramme *abgefordert werden.* Verteidigungsminister Wörner bezeichnete diesen Auftrag als ein umfassendes Konzept zur Bündelung aller NATO-Anstrengungen, das nach seinen Worten auf eine Verabredung zwischen Präsident Reagan und Bundeskanzler Kohl bei dessen Besuch letzte Woche in Washington zurückgeht.

An die Sowjetunion richtete die Brüsseler NATO-Tagung die Aufforderung, den im Januar mit den USA neu beginnenden Abrüstungsdialog in „aufgeschlossener Haltung" zu beginnen. Die Konferenz der Verteidigungsminister war durch das Bemühen der Allianz-Länder bestimmt, den weiter wachsenden Rüstungsanstrengungen der Sowjetunion angemessene Verbesserungen insbesondere in der konventionellen Verteidigungsfähigkeit entgegenzusetzen. Allerdings weigerten sich die europäischen NATO-Länder, Forderungen der USA nach zusätzlichen Verteidigungsprogrammen, die weiteres Geld erfordert hätten, nachzugeben.

Die aus diesem transatlantischen

● Fortsetzung Seite 10

DER KOMMENTAR

Einigungszwänge

RÜDIGER MONIAC

Jenseits aller die NATO-Debatten traditionell begleitenden Streitereien beginnt sich unter den Partnern in Europa ein völlig neues Gefühl für Zusammenarbeit in der Rüstungsproduktion zu entwickeln. Dies war das wichtigste Ergebnis der Brüsseler Wintertagung der Verteidigungsminister.

Es gibt zwar seit langem schon ein NATO-Instrument für die europäische Kooperation. Aber die „Unabhängige Europäische Programm-Gruppe" mit der englischen Abkürzung IEPG, der auch Frankreich angehört, wird erst jetzt wirklich entdeckt. Die Europäer stellen fest, daß sie sich erst einmal selber einig werden müssen, wenn sie sich mit ihrem mächtigen Partner jenseits des Atlantik von gleich zu gleich verständigen wollen.

Mancher will es nicht recht glauben, aber die Amerikaner beobachten diese Entwicklung mit Wohlwollen und keineswegs mit Argwohn. Sie glauben nämlich, zwei wirklich gleichstarke Partner diesseits und jenseits des Atlantik können miteinander mehr erreichen als eine sogenannte Führungsmacht, hinter der die Europäer in wilder Unordnung Anschluß zu halten versuchen. Immerhin erkennen die Europäer jetzt, daß ihnen ein auch nicht einmal in den Grundzügen ausformuliertes Konzept dafür fehlt, wie sie über das Jahr 2000 hinaus gemeinsam Rüstung und Ausstattung ihrer Streitkräfte entwerfen sollen.

Jedes Land hat bis heute, abgesehen von Ausnahmen wie „Tornado" und „Leopard", Waffensysteme für sich allein entwickelt und es hingenommen, *daß dabei durch Doppel- oder* Mehrfachentwicklungen Millionen verschwendet wurden.

Dies allein schon führt zu Überlegungen, wie man die finanziellen Ressourcen besser nutzen könnte. Ohne europäische Zusammenarbeit aber ist da nicht einmal in Ansätzen Abhilfe möglich. Deshalb sind nach der diesjährigen Wintertagung der Verteidigungsminister die Aussichten dafür, daß in nicht zu ferner Zukunft auf der Basis gemeinsamer „taktischer Forderungen" für neue Waffensysteme eine europäische Industrie sie in partnerschaftlicher Arbeitsteilung fertigt, gar nicht so schlecht. Das wiederum könnte dazu führen, daß Länder wie Griechenland oder Dänemark es eines Tages aufgeben, die NATO-Kommuniqués durch Fußnoten zu verunzieren.

Empörung über Vogel-Lob für Jaruzelski

„Polityka"-Interview mit Angriffen gegen Unionspolitiker / Dregger: „Geschmacklos"

DW. Bonn

Die umstrittene Polen-Reise des SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel hat in Bonn einen Nachhall gefunden, der das Verhältnis der CDU/CSU zu dem Oppositionsführer weiter zu belasten droht. In der Unionsfraktion wurde gestern mit Empörung auf ein Interview Vogels mit der Warschauer KP-Wochenzeitung „Polityka" reagiert, in dem der SPD-Politiker insbesondere den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger massiv angreift.

Die „Polityka" vom vergangenen Wochenende zitierte Vogel mit dem Satz, die Bundesregierung wolle zwar grundsätzlich an der Kontinuität der von der SPD initiierten Polen- und Deutschlandpolitik festhalten, habe *aber Schwierigkeiten mit einem* „bestimmten Flügel" der CDU/CSU. „Dazu gehören zum Beispiel Störmanöver des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, des Herrn Dregger, die sich gegen den *Besuch des DDR-Staatsratsvorsitzen*den Erich Honecker in der Bundesrepublik richteten, wie aber auch die *Äußerung gewisser Herren aus der* Christdemokratie, die wiederum von den Grenzen von 1937 reden oder ähnliche Themen in diesem Zusammenhang berühren", wird Vogel weiter zitiert. „Diese Fanfaren der 50er Jahre" seien schädlich für gute nachbarschaftliche Beziehungen.

Dregger sagte zur WELT, er finde es „geschmacklos", *sich im Ausland,* zudem noch in einem kommunistischen Blatt, über demokratische Politiker zu Hause zu äußern. Die Äußerungen Vogels seien auch sachlich falsch.

In der Unionsfraktion wurde es als besonders empörend empfunden, daß Vogel in dem Interview der Warschauer Führung einen „sichtbaren Erfolg" bei der Stabilisierung und im „Dialog" mit dem Volk attestiert habe. *Auf Kopfschütteln stieß der von* „Polityka" wiedergegebene, auf General Jaruzelski bezogene Satz: „*Wir wünschen uns, daß Ihre Politik fort*gesetzt wird."

Gerade diese Ansichten des SPD-Fraktionsvorsitzenden sind in jüngster Zeit von der polnischen Untergrundpresse und von Exil-Blättern *scharf kritisiert worden. Die Zeitun*gen der „Solidarität" im polnischen Untergrund und im Westen hatten *der Vogel-Visite an der Weichsel oh*nehin mit Mißmut entgegengesehen. Sie bedauerten jetzt, daß der Bonner Oppositionsführer mit keinem Wort die verbotene unabhängige Gewerkschaft erwähnt habe.

Vogel hatte bereits während seines Aufenthalts in Warschau Erklärungen abgegeben, die fast deckungsgleich mit der polnischen Position in der Grenzfrage sind.

Koalition berät über Strafmaß bei Vermummung

MANFRED SCHELL, Bonn

In der Koalition gibt es neue Überlegungen für eine Veränderung des Demonstrationsstrafrechts. Danach soll der bisherige Koalitionsentwurf über eine Modifizierung des Straftatbestandes 125 (Landfriedensbruch) zurückgezogen werden. Dafür soll eine über das übliche Strafmaß bei Landfriedensbruch hinausgehende Bestrafung erfolgen, wenn Demonstranten dabei vermummt oder „passiv bewaffnet" waren.

Wie in Bonn bekannt wurde, sind Gespräche darüber zwischen der CDU/CSU und der FDP im Gange. Konkrete Ergebnisse aus Koalitionsgesprächen liegen allerdings noch nicht vor. Auf der Grundlage der Koalitionsvereinbarung hatte die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zum Paragraphen 125 ausgearbeitet. Danach würden sich Demonstrationsteilnehmer strafbar machen, die trotz dreimaliger Aufforderung der *Polizei die Demonstration nicht* verlassen. Zugleich war jedoch vorgesehen, daß Demonstranten, die durch „abwiegeln" mithelfen, Gewalttätigkeiten zu vermeiden, dennoch straflos ausgehen. Diese Regelung ist bei der Polizei und bei der Justiz zum Teil als „nicht praktikabel" beurteilt worden. Nähere Aufschlüsse darüber werden von einer Expertenanhörung erwartet, die von der Unionsfraktion am 12. Dezember veranstaltet wird. Vor diesem Hintergrund gibt es daher *jetzt Überlegungen, die Demonstran*ten schärfer zu bestrafen, die vermummt oder „passiv bewaffnet" einen Landfriedensbruch begehen.

Athen deutet Ergebnis von Dublin um

DW. Dublin

Die griechische Regierung hat nach Abschluß des EG-Gipfeltreffens in Dublin mit einer unerwarteten Interpretation des Beratungsergebnisses für starke Verärgerung bei den *neun Partnerländern gesorgt.* Griechenland meint, daß die EG keine Verhandlungen mehr mit Spanien und Portugal über deren für Januar 1986 geplanten EG-Beitritt führen dürfe, solange Athens Verlangen nach umfangreicher Finanzhilfe zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur der Mittelmeerländer nicht befriedigt sei.

Mit dieser Interpretation verblüffte der Staatssekretär im griechischen Außenministerium, Theodoros Pangalos, die EG-Außenminister nach dem offiziellen Ende der Beratungen der Staats- und Regierungschefs in *Dublin. In erregter Atmosphäre,* so hieß es aus Delegationskreisen, verwahrten sich die anderen neun Partnerländer gegen diese Deutung. Sie bestanden darauf, der Gipfel sei übereingekommen, daß trotz griechischer Vorbehalte mit Madrid und Lissabon verhandelt werde, der Beitritt aber bis zu einer Lösung der Mittelmeer-Strukturfrage nicht vollzogen werden könne.

Pangalos habe sich jedoch während des Außenministertreffens telefonisch bei Ministerpräsident Andreas Papandreou Rückendeckung geholt und seine Interpretation be*kräftigt. Die* anderen neun Mitglieder warfen der griechischen Delegation vor, diese Auffassung während des Gipfels nicht geäußert zu haben.

Börner weist CDU-Angebot ab

DW. Wiesbaden

Zwischen der hessischen SPD und der *CDU* wird es auch nach dem Bruch des rot-grünen Bündnisses im Wiesbadener Landtag vorerst keine Gespräche über die weitere Entwicklung der Landespolitik geben. Die SPD lehnte gestern das Angebot des CDU-Landesvorsitzenden und Frankfurter Oberbürgermeisters Walter Wallmann zu derartigen Gesprächen ab. Wallmann hatte am Vortag Ministerpräsident Holger Börner zu „offenen, fairen und ehrlichen Gesprächen" aufgefordert, ohne sich jedoch auf eine mögliche Große Koalition oder eine Tolerierung des SPD-Minderheitskabinetts durch die Christlichen Demokraten festlegen zu wollen.

Ein Sprecher der SPD bezeichnete die Offerte des hessischen CDU-Vorsitzenden als „rein parteitaktisches Manöver". Er hielt Wallmann vor, „jede Konkretisierung schuldig geblieben" zu sein.

„Die DDR-Jugend verweigert sich"

DW. Bonn

Die Jugend in der „DDR" macht sich, wie der Sohn des SED-Schriftstellers Dieter Noll berichtet, keine Illusionen über ihre schlechten Zukunftsaussichten. Sie wisse, daß nur ganz wenige zur erweiterten Oberschule und zum Studium zugelassen werden, und daß diese Zulassung nur mit Heuchelei zu erkaufen sei. Deshalb bilde sich bereits im Alter von zwölf bis 14 Jahren die Schizophrenie heraus, *daß öffentlich anders als im* privaten Bereich geredet werde, sagt der Grafiker Hans Noll, der vor kurzem mit seiner Familie die „DDR" verlassen hat, in einem WELT-Interview. Er spricht von einem generellen Prozeß der Verweigerung und des Nicht-mehr-Mitmachens unter den Jugendlichen. Reformkommunistische Ideen, wie sie zu Zeiten Bah*ros in der „DDR" ihre Anhänger hat*ten, haben nach seiner Meinung längst keine Basis mehr.

Seite 19: Keine Illusionen mehr

Lummer: Asylrecht vereinheitlichen

DW. Berlin

Ein einheitliches Asylrecht in Europa, *vor allem in der Europäischen* Gemeinschaft, hat Berlins Innensenator Heinrich Lummer (CDU) befürwortet. Sollten die anderen Staaten nicht bereit sein, das Recht der Bundesrepublik Deutschland zu übernehmen, müßte gegebenenfalls der Artikel *16* des Grundgesetzes abgeändert werden, der ein uneingeschränktes Asylrecht wie in keinem anderen *Land vorsehe. Lummer sagte im* Deutschlandfunk, „die Tatsache, daß wir ein so großzügiges Recht haben, ist offenbar ein Grund dafür, daß die Asylbewerber nicht nach Frankreich, nach Holland oder sonstwo hingehen, in die Schweiz etwa, sondern daß sie nach Deutschland kommen".

Am Vortag hatte der Berliner Senat angesichts von 10 528 Asylbewerbern *in diesem Jahr Sofortmaßnahmen* beschlossen, um den Zustrom zu begrenzen.

Seite 2: Stille Völkerwanderung

Bringen Waffen mehr ein als Kaffee?

WERNER THOMAS, São Paulo

„*Die brasilianische Industrie* produziert, um zu verkaufen", sagte einmal Luftwaffenminister Delio Jardim de Mattos. Und Staatspräsident Joao Baptista Figueiredo betonte: „Wir verkaufen jedem, der kaufen will." Jetzt hat man einen besonders zahlungskräftigen Kunden gefunden – Saudi-Arabien.

Der Vertrag über militärische Kooperation zwischen dem lateinamerikanischen Riesen und der arabischen Ölnation ist einmalig in der Dritten Welt. *Obgleich beide Seiten* Einzelheiten des Abkommens verschweigen, steht fest, daß die Brasilianer ein Rekordgeschäft *in Milliardenhöhe* machen. Sie gelten schon heute als fünftgrößter Waffenexporteur. Jah*resumsatz im vergangenen Jahr:* zwei Milliarden Dollar. In dem Vertrag sind Technologie-Transfer und ge*meinsame* Produktion von Rüstungsgütern vereinbart. Ferner sollen die Brasilianer saudiarabische Arbeiter und Fachpersonal ausbilden.

Während eines Besuchs in Brasilien besichtigte der saudiarabische Verteidigungsminister Prinz Sultan Waffenfabriken bei São Paulo. Nach Informationen der örtichen Presse umfaßt das Abkommen den Raketenwerfer „Astros-2", das Schulflugzeug „Tucano" und den schweren Panzer „Osorio". Der „Osorio" soll bereits in den nächsten Wochen in Saudi-Arabien unter Wüstenbedingungen getestet werden. Riad hat wohl die Hoffnungen auf den deutschen Leopard-Panzer aufgegeben.

Die Araber sind schon seit Jahren die besten Partner der Brasilianer. Irak bestreitet mit brasilianischen Waffen seinen zähen Verschleißkrieg gegen Iran. Anfang des Jahres lieferten die Lateinamerikaner der Regie*rung in Bagdad neue Panzerfahrzeu*ge und Raketenwerfer im Wert von etwa 400 Millionen Dollar. Ägypten kaufte „*Tucano*"-Flugzeuge. Selbst der Kleinstaat Qatar besorgte sich schon Rüstungsgüter aus São Paulo. Zur Zeit besuchen brasilianische Waffenhändler Kuwait.

Der umstrittenste Kunde war bisher Libyen, das wiederum Iran *hilft,* dem Feind Iraks. Obgleich die Amerikaner den Wunsch äußern, die Bin*dungen zu Khadhafi zu lösen* und obgleich das Verhältnis zu Libyen gelitten hat, als die Brasilianer im vergangenen Jahr libysche Flugzeuge mit Waffen für das sandinistische Nicaragua festhielten, gehen die Kontakte weiter. Brasiliens Marineminister Alfredo Karam offerierte in Tripolis gerade die Hilfe seines Landes bei der Modernisierung der libyschen Flotte.

Roberto Pereira de Andrade, der Chefredakteur der Fachzeitschrift „Tecnologia e Defensa" (Technologie und Verteidigung) glaubt jedoch: „Aus politischen und wirtschaftlichen Gründen ist es viel logischer, mit den Saudis als mit den Libyern Handel zu treiben." Brasilien hat wegen der umfangreichen Ölimporte ein Handelsdefizit mit Saudi-Arabien von eineinhalb Milliarden Dollar.

Waffen aus Brasilien genießen den Ruf, zuverlässig, billig und unkompliziert zu sein. Sie sind auch leicht erhältlich und werden ohne Auflagen geliefert. Die Saudis, deren bescheidene Rüstungsindustrie bisher nur Gewehre und Munition fertigte, können wahrscheinlich die Produkte der gemeinsamen Produktion jederzeit weiterverkaufen. Ähnliche Verträge mit den USA oder westlichen Ländern enthalten Restriktionsklauseln.

Waffen waren bisher nach Kaffee und Sojabohnen der drittgrößte Exportposten Brasiliens. Mit der Unterzeichnung des Kooperationsvertrages können sie bald der größte Devisenbringer sein. (SAD)


DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Stille Völkerwanderung

Von Dankwart Guratzsch

In Berlin können Grenzübergänger Zeugen einer stummen Völkerwanderung werden, die sich fast ohne Aufsehen vollzieht. In Gruppen von zehn bis zwanzig Personen an den Übergangsstellen zur Bundesrepublik Tamilen ein.

Die dunkelhäutigen Menschen mit ihren zum Teil sommerlichen Kleidern und ihren Pappkoffern sind auf dem Ostberliner Flughafen Schönefeld gelandet und wollen in den Westen. Mit S- oder U-Bahn gelangen sie ohne jede westliche Einreisekontrolle unterirdisch nach West-Berlin.

Seit sich die Kunde von diesem heimlichen Pfad unter den Tamilen herumgesprochen hat, schwillt der Zustrom aufsehenerregend an. Wurden im Oktober noch 432 Asylbewerber aus Sri Lanka gemeldet, so waren es im November schon 1000. Inzwischen stieg die Zahl auf täglich 150.

Sie übernachten auf den Straßen; viele suchen den Weg nach Westen. Nicht nur in andere Orte der Bundesrepublik. Eine Spur führt in die Niederlande: mit Taxis bis an die grüne Grenze und dann weiter in die Orte, in denen eine hohe Asylantenrente winkt. Schon haben die Holländer gedroht, Bonn für die illegale Zuwanderung verantwortlich zu machen.

In der Schweiz bilden die Tamilen die größte Asylantengruppe. 1600 warten in provisorischen Unterkünften in Bern auf ihre Anerkennung. In der Bevölkerung wächst die Animosität.

Die neue Massenzuwanderung stellt – wieder einmal – die liberale Asylpraxis der westlichen Länder in Frage. Zwar hat das Bundesverwaltungsgericht ein generelles Asylrecht für Tamilen verneint, da das 1,5-Millionen-Volk in Sri Lanka keiner „Gruppenverfolgung" ausgesetzt sei. Da jedoch jeder Einzelfall geprüft wird, sind die Gerichte hoffnungslos überlastet.

Die Konsequenz hat der Berliner Innensenator Heinrich Lummer angedeutet: Das Asylrecht in der Europäischen Gemeinschaft muß harmonisiert werden. Bis dahin aber besteht dringender politischer Handlungsbedarf. Die Bundesrepublik, eines der dichtest besiedelten Länder der Welt, kann nicht die Arche aller bedrohten Völker sein.

Hunger und Gerede

Von Enno v. Loewenstern

Im Bundestag findet eine aktuelle Stunde über die Hungersnot in Äthiopien statt. Das Schema kennt man im voraus. Die einen versichern, daß man nach Kräften helfen wolle. Die anderen klagen über die Hartherzigkeit der Reichen, die nicht genug helfen, die Butterberge horten und Obst lieber vernichten, als es den Hungernden zu geben.

Die furchtbaren Bilder der stummen, großäugigen Kinder, die bettelnd ihre leeren Schüsseln heben, beginnen, Reaktionen der verweigernden Herzenskälte hervorzurufen. Plötzlich heißt es über Hunger in Afrika beispielsweise: „Es mag zynisch klingen, daß ihr vieltausendfacher lautloser Tod die Erde vor einer Situation bewahrt, die alles heutige Sterben bei weitem überträfe" (Hoimar v. Ditfurth im „Spiegel" Nr. 33/84).

Das ist das andere Extrem, genau so falsch wie die bisherige Politik des Spendens ohne „Einmischung in die inneren Verhältnisse". Wer erreichen will, daß die Afrikaner und anderen Menschen der südlichen Halbkugel genug zu einem menschenwürdigen Leben haben und überdies das Gefühl der Würde gewinnen, das aus der eigenen Leistung für den eigenen Unterhalt erwächst, der muß den Süden für eine vernünftige Wirtschaftsform gewinnen. Hilfe darf nicht Almosen bleiben, sie muß zur Selbsthilfe führen.

Dazu gehört die Einsicht, daß gewisse Formen der (Wirtschafts-)Politik keine Selbsthilfe bringen. Das marxistische Regime in Äthiopien – seine Unfähigkeit, das Land zu entwikkeln, seine Hungerpolitik speziell gegen die oppositionellen Provinzen – unterstreicht als Extremfall nur, was Experimenteure auf dem Felde des Sozialismus in Afrika, vom „gemäßigten" Nyerere in Tansania bis zum weniger gemäßigten Machel in Moçambique, und anderswo der Welt und den unglücklichen Bürgern der eigenen Länder vorexerziert haben. Wenn alle Wohlmeinenden des Nordens sich darauf einigen könnten, im Einzelfall des Elends zu helfen, grundsätzlich aber gemeinsam auf eine vernünftige Wirtschaftsordnung in der Dritten Welt zu drängen, dann wäre das humaner und aussichtsreicher als die Flucht in Geburtenkontrolle und Verweigerung.

Chauffeur Zufall

Von Peter Dittmar

Mit dem Straßenverkehr ist es in den kommunistischen Ländern so eine Sache. Das erwies sich letzten Freitag wieder auf einer südpolnischen Straße, als ein Lastkraftwagen frontal mit einem Polski-Fiat zusammenstieß und dabei die drei Insassen des Pkw umkamen, während dem Lkw-Fahrer nichts geschah. Solche Unfälle ereigneten sich auch früher.

Vor fünfzig Jahren, am 1. Dezember 1934, wurde in Leningrad Sergej Kirow ermordet. Kirow hatte sich zu Stalins gefährlichstem Rivalen entwickelt. Rein zufällig gelang es einem Leonid Nikolajew, in den streng bewachten Smolny, wo die Parteizentrale saß, einzudringen und Kirow zu erschießen.

Auskunft darüber, wie es zu dem Mord kommen konnte, hätte Kirows Leibwächter Borissow geben können. Aber als die Leibwächter Stalins, der die Untersuchung des Mordes leitete, Borissow zum Verhör abholten, wurden sie in einen Verkehrsunfall verwickelt, bei dem Borissow getötet wurde. Alle anderen blieben unverletzt. Chruschtschow hat auf dem XX. Parteitag dann bestätigt, was jeder wußte: daß Stalin hinter dem Kirow-Mord stand.

Im Zweiten Weltkrieg erwies sich das „Jüdische Antifaschistische Komitee" der Sowjetunion als eine vorzügliche Lobby in Amerika für die amerikanische Militärhilfe an die Russen. Der Schauspieler Schlomo Michoels war Vorsitzender dieses Komitees. Nach dem Krieg galten solche Auslands-Kontakte, besonders von Juden, als „Kosmopolitismus". Deshalb wurde das Komitee aufgelöst. Schließlich hatte die Sowjetunion allein durch die Genialität des Generalissimus Stalin gesiegt. Michoels aber wurde 1948 bei Minsk von einem Lastwagen überfahren, tödlich. Stalins Tochter bestätigte später in ihrem Buch „Das erste Jahr", was jeder wußte: daß die Geheimpolizei diesen Mord auf Stalins Weisung inszeniert hatte.

Die drei Toten auf der polnischen Landstraße waren zwei Offiziere des Innenministeriums, die mit der Untersuchung der Hintergründe der Ermordung des Priesters Popieluszko beauftragt waren, und ihr Fahrer. Regierungssprecher Jerzy Urban gab jetzt bekannt, was jeder vermutet: daß es sich dabei um einen „ganz normalen Verkehrsunfall" gehandelt habe.

Bleibt die Frage: Was heißt „normal"?



Ungesüßt sollst du nicht schlafen gehn KLAUS BÖHLE

Der Trick mit der Teilhabe

Von Werner Thomas

Auch die zweite Runde der salvadorianischen Friedensgespräche ist ergebnislos verlaufen. Die beiden Delegationen trennten sich mit gegenseitigen Vorwürfen. Als positive Zeichen können höchstens die Länge der Unterredungen (zwölf Stunden) und die Vereinbarung gewertet werden, daß im nächsten Jahr ein drittes Treffen stattfinden soll.

Die Krise wurde heraufbeschworen, als die Guerrilla-Vertreter ihre Vorstellungen für eine Lösung des Konfliktes auf den Tisch legten. Es war ein Drei-Stufen-Programm, das mit der Forderung begann, die Rebellen an der Macht – der Regierung – zu beteiligen. Dabei schwebt den Rebellen auch eine Fusion ihrer Streitkräfte und der Regierungstruppen vor. Wahlen hingegen standen dagegen ganz am Ende der Entwicklung.

Für die demokratische Seite dagegen stehen Wahlen natürlich am Anfang. Präsident Duarte, der diesmal nicht dabei war, reagierte denn auch erregt: „Diese Leute wollen mit Kugeln und nicht mit Stimmen die Macht erobern." Er warf den Rebellen vor, nur aus taktischen Erwägungen diesen Dialog zu führen, um Zeit und Sympathie in der Weltöffentlichkeit zu gewinnen.

Die Strategie der „Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti" (FMLN) überrascht nicht. Die FMLN ist eine marxistische Bewegung, die weiß, wie man unter diesen Umständen am besten die Herrschaft übernehmen kann. Es gibt einige erfolgreiche Beispiele. Für die Europäer ist der klassische Fall die Machtübernahme in der Tschechoslowakei durch den Minderheitenpartner KP in der Regierung 1948. Die Lateinamerikaner können ihre Studien in der unmittelbaren Nachbarschaft treiben.

Im Frühsommer 1979 geriet Nicaraguas Diktator Anastasio Somoza in militärische Bedrängnis. In San José, der costaricanischen Hauptstadt, bildeten seine prominentesten Gegner eine Koalitionsregierung. Die damalige Carter-Regierung gab ihren Segen dazu, weil auch bürgerliche Politiker vertreten waren, nicht nur Kommunisten. Daß die Marxisten drei der fünf Junta-Mitglieder stellten und die Schlüsselpositionen des Kabinetts besetzten (Tomas Borge wurde Innenminister), stimmte kaum jemanden skeptisch, obwohl die Besetzung des Innenministeriums und damit die Kontrolle über die Polizei zu den Eisernen Regeln der Kommunisten bei Regierungsbildungen mit anderen gehört.

Carter zwang Somoza zur Aufgabe, indem er ihm weitere Waffen verweigerte. Damit ebnete er praktisch den Weg zur Kubanisierung Nicaraguas. (Vermerken wir, daß auch Castros Junta ursprünglich Demokraten einschloß!). Die Koalitionspartner der marxistischen Comandantes gingen nach und nach in die Opposition. „Wir haben uns ausmanövrieren lassen", gesteht Violetta Chamorro heute, die in der ersten Junta diente.

Sie vor allem mahnt Duarte zur „Wachsamkeit", den Fehler der Demokraten Nicaraguas nicht zu wiederholen. Duarte beabsichtigt dies denn auch keineswegs. Der christdemokratische Politiker pocht auf seinen Friedensplan, den er bereits bei dem ersten Gespräch mit den Rebellen Mitte Oktober präsentierte. Er offeriert seinen Widersachern die Beteiligung an Wahlen, nicht an der Macht. Ihre Einwände, das könne lebensgefährlich sein, kontert er mit dem Hinweis: „Auch ich lebe gefährlich." Dabei hat sich die Menschenrechtssituation seit Duartes Amtsübernahme am 1. Juni dramatisch verbessert. Auch die linken Medien melden heute keine Massenmorde mehr. Der neue Präsident hat die rechten Todesschwadronen demontieren lassen. Die Regierungstruppen garantierten die Sicherheit der FMLN-Delegationen bei den beiden bisherigen Gesprächen. In Salvador gibt es auch keine „Turbas", keine Schlägerhorden, wie sie bei den „Wahlen" Nicaraguas die Oppositionspolitiker und deren Zuhörer einschüchterten. Für die Rebellen liegt das Risiko nicht im physischen, sondern im politischen Bereich: daß sie durch eine Wahlniederlage jede Grundlage für ihren Anspruch verlieren, die wahren Vertreter des Volkes zu sein.



Wahlen sind ihnen zu riskant: Guerillaführer Cienfuegos, Ungo, Zamora nach einem Gespräch mit Regierungsvertretern Salvadors FOTO: UPI

So läuft die marxistische Propagandamaschine weiter auf vollen Touren. Duarte, der Mann, auf dessen Initiative dieser Friedensdialog zurückgeht, wird als Marionette der Militärs geschmäht. Der Rebellensender „Radio Venceremos" behauptet: „Duartes größtes Problem ist es, daß er keine echte Macht besitzt." Der Comandante Facundo Guardado stempelte ihn gar zum gewissenlosen Hardliner, der über Leichen geht: „Er wünscht den Friedhofsfrieden."

Inzwischen setzen die FMLN-Truppen weiterhin ihre „militärische" Kampfmethode fort, Omnibusse, Brücken und Ernteerträge zu zerstören, Leitungsmasten in die Luft zu sprengen und regierungstreue Campesinos zu terrorisieren und zu töten – während die Sandinisten in Nicaragua klagen, daß die dortigen Contras ihnen die Kaffee-Ernte schädigen. Dabei wurde beim ersten Friedenstreffen für El Salvador vereinbart, den Konflikt zu „humanisieren". Beim zweiten Gespräch wollten die FMLN-Sprecher auch nicht den Vorschlag eines weihnachtlichen Waffenstillstandes erörtern.

Wie geht es weiter? Napoleon Duarte ist skeptisch. Er drohte bereits mit dem Abbruch des Dialoges, wenn die Rebellen auf ihrer „Alles-Oder-Nichts-Position" (Duarte) beharren. Rebellensprecher Ruben Zamora sieht die Situation dagegen gar nicht düster. „Der Verhandlungsprozeß ist kein leichter Weg", sagte er, „aber wir blicken optimistisch in die Zukunft." Offenbar setzt man darauf, daß die stets ahnungslosen westlichen Medien schon Duarte unter Druck setzen werden, doch „endlich nachzugeben" und „Frieden durch Verhandlungen und Regierungsbeteiligung zu schaffen". Was würden dieselben Medien sagen, wenn eine Terrorbande in ihrem Land verlangte, entweder an der Regierung beteiligt zu werden oder Morde begehen zu dürfen? Sie würden das sagen, was auch Duarte sagt.

IM GESPRÄCH Navarro Valls

Des Papstes Sprachrohr

Von Friedrich Meichsner

Ein 48jähriger spanischer Journalist, Arzt und Amateur-Torero ist der neue Pressesprecher des Vatikans. Papst Johannes Paul II. hat dem römischen Korrespondenten der Madrider Zeitung „ABC", Joaquin Navarro Valls, die Nachfolge des zum Erzbischof und Nuntius in Afrika aufgestiegenen Paters Romeo Panciroli als „Direktor des Pressesaals des Heiligen Stuhls" übertragen. Navarro Valls war in den letzten beiden Jahren Präsident des Verbandes der Auslandspresse in Italien. Er ist der erste Nicht-Italiener auf dem Posten des „Papst-Sprechers".



Den Stier bei den Hörnern packen: Navarro Valls FOTO: AP

Die beim vatikanischen Pressesaal akkreditierten Journalisten, zu denen bisher auch Navarro Valls gehörte, knüpfen an die Ernennung eines ihrer Kollegen die Hoffnung auf ein „Aggiornamento" der in der Vergangenheit oft wenig zeit- und mediengerechten Informationspolitik der römischen Kurie.

Der aus Cartagena stammende Navarro Valls kennt nicht nur aus eigener Erfahrung die Schwierigkeiten der Berichterstattung aus dem und über den Vatikan, er ist auch kommunikativ und weltgewandt. Allen Spekulationen, daß seine Mitgliedschaft in der Organisation „Opus Dei" seine Amtsführung bestimmen könnte, trat er in einem Radio-Interview mit der Erklärung entgegen: „Ich habe nur einen Arbeitgeber, den Papst." Die Mitgliedschaft bei „Opus Dei" sei für ihn „eine spirituelle, religiöse Sache".

Bevor er Journalist wurde, hatte Navarro Valls Medizin und Sozialpsychologie studiert. 1961 hatte er als Mediziner promoviert. Nach seiner Promotion hatte er sich einige Jahre lang als Amateur-Torero betätigt. Heute ist Tennis der Lieblingssport des stets elegant gekleideten Junggesellen.

Zu seiner Berufung an die Spitze des vatikanischen Pressesaals dürfte nicht zuletzt auch seine Berichterstattung über zahlreiche Papst-Reisen beigetragen haben, die im päpstlichen Staatssekretariat – vor allem von dessen spanischem Substituten, Monsignore Eduardo Martinez Somalo – aufmerksam verfolgt wurde.

Der Mangel an direkter Kurienerfahrung des neuen Direktors soll wohl dadurch ausgeglichen werden, daß er in seinem Amt von zwei Insidern in die Mitte genommen wird. Sein nomineller Vorgesetzter ist der bisherige Vizedirektor des Pressesaals, der italienische Monsignore Pierfrancesco Pastore, der zum Sekretär der vatikanischen Medienkommission aufgestiegen ist. Und zu seinem Stellvertreter wurde ein anderer italienischer Monsignore, der bisherige „Offizial" der Bischofskongregation, Giulio Nicolini, ernannt.

Mit diesen Ernennungen hat der Papst eine im Frühjahr eingeleitete personelle Umbesetzung an den Spitzen des vatikanischen Informationswesens abgeschlossen. Im April hatte er den amerikanischen Erzbischof John Foley, einen Medienexperten und ehemaligen Chefredakteur der Diözesanzeitung von Philadelphia, als Nachfolger des polnischen Bischofs Andrzej Deskur zum Präsidenten der Medienkommission bestellt und dann zum 1. September den Expräsidenten der Katholischen Aktion Italiens, Mario Agnes, zum neuen Chefredakteur des „Osservatore Romano" ernannt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

KURIER

Zu den Vorgängen in Polen nach dem Tod des Pfarrers Popieluszko meint das österreichische Massenblatt:

Nach der brutalen Ermordung des regimekritischen Priesters Popieluszko durch Beamte des Sicherheitsdienstes gab es Anzeichen für eine rückhaltlose Aufklärung des Verbrechens. Nunmehr sind die Vertuscher am Werk. Niemand in Polen glaubt mehr daran, daß die hochgestellten Hintermänner wirklich entlarvt werden. Jaruzelski ist offenbar die Kommandogewalt entglitten; weder Partei noch Militär sind Herren der Lage, sondern dunkle Kräfte im eigenen Sicherheits- und Polizeiapparat, den der General auch als Stütze seiner Herrschaft brauchte. Nun erschlägt diese Stütze den letzten Rest von Jaruzelskis Glaubwürdigkeit und Autorität. Der General wird zum Hampelmann.

ALGEMEEN DAGBLAD

Die holländische Zeitung reagiert enttäuscht auf den Ausgang des Dubliner Europa-Gipfels:

Die Europäische Gemeinschaft ist kein Baum, an dem Geld wächst. Nur erwecken einige Länder den Eindruck, als glaubten sie an dieses Märchen. Erst waren es die Briten, nun sind die Griechen in einer Weise in ihre Fußstapfen getreten, auf die Frau Thatcher eifersüchtig sein könnte. Nimmt man die merkwürdig nationalistische Haltung hinzu, die Bundeskanzler Kohl in Dublin mehrere Male eingenommen hat, dann kann es nicht verwundern, wenn Ministerpräsident Lubbers sich über die europäische Gesinnung seiner Kollegen Sorgen macht ... Alle schönen Worte über die „Aufnahme von demokratischen Ländern in die europäische Familie" ertrinken in Wein, Olivenöl und Fischereigewässern, wenn man die wirtschaftlichen Dinge zu den politischen hinzunimmt.

TRIBUNE DE LAUSANNE

Sie äußert sich zur Hungerkatastrophe in Äthiopien:

Der äthiopische Skandal beweist erneut die zerstörerische Heuchelei der Sowjetunion und ihre Lügen ... Liest man die Presse, die zu Recht die Verspätungen der internationalen – westlichen – Hilfe anprangert, vergißt man, daß Äthiopien ein Stück des sowjetischen Kuchens ist ... Wenn die Devisen ausgehen, akzeptieren die Russen schamlos, ihre Waffen gegen Agrarprodukte einzutauschen. Ist die Trockenheit die einzige Ursache für die Hungersnot in einem Lande, das angeblich bald Selbstversorger in Getreide werden soll? Ist es Zufall, wenn die am stärksten vom Hunger betroffenen äthiopischen Provinzen Eritrea, Tigre und Wollo sind – dieselben, in denen der Widerstand gegen Mengistu am stärksten ist?

The Washington Post

Über die Wahlen auf Grenada heißt es hier:

Es wird weiterhin Diskussionen darüber geben, ob das militärische Vorgehen der USA notwendig und auch Rechtens war. In diesen Diskussionen sollten aber die jetzt abgehaltenen Wahlen einen besonderen Stellenwert einnehmen ... US-Präsident Reagans Versprechen war es, der Karibik-Insel die Möglichkeit zu geben, über ihr eigenes Schicksal auf demokratische Art und Weise zu entscheiden. Dies ist nun geschehen. Es ist noch nicht alles, aber immerhin schon ziemlich viel.

Der undercover agent der Polizei ist kein Lockspitzel

Auf verdeckte Fahndung kann nicht verzichtet werden / Von Hans-Joachim Ordemann

Polizeiagenten – Lockspitzel im Zwielicht" hieß eine Fernsehsendung, die die ARD am 16. August 1984 ausgestrahlt hat. Diese Sendung war kein hilfreicher Beitrag zu dem wichtigen, die Öffentlichkeit beunruhigenden Thema des Einsatzes verdeckt ermittelnder Polizeibeamter, den sogenannten undercover agents.

Um was geht es? In der Bundesrepublik Deutschland ist eine starke Zunahme der organisierten Kriminalität zu beobachten, besonders bei Rauschgift-, Waffen- und Falschgelddelikten; aber auch bei Schutzgelderpressungen, vielfältigen Wirtschaftsdelikten, der illegalen Arbeitsvermittlung, auch bei Straftaten im Zusammenhang mit gestohlenen Kraftfahrzeugen und dem Nachtleben. Sie ist bandenmäßig organisiert und hierarchisch gegliedert, sie wird von meist auch den Bandenmitgliedern unbekannten Hintermännern geführt und kontrolliert, sie arbeitet konspirativ, ist in sich abgeschottet, häufig international verflochten sowie meist finanziell und mit moderner Technik gut ausgestattet.

Dagegen kann die Polizei nur dann durchschlagende Erfolge erzielen, wenn sie die handelnden Personen im Hintergrund, die Auftraggeber, die Financiers, aber auch die strukturellen Zusammenhänge intern und zu anderen kriminellen Vereinigungen kennenlernt. Bei der Rauschgiftkriminalität wird es beispielhaft deutlich: Den kleinen Dealer und den „Endverbraucher" zu stellen und zu bestrafen, ist nur ein Kurieren an Symptomen.

Die Erfahrung zeigt zunehmend, daß konventionelle Ermittlungen – also z. B. Fahndungen, Durchsuchungen, Vernehmungen, auch unauffällige Beobachtungen und richterlich angeordnete Telefonüberwachungen – wirkungslos bleiben. Auch das klassische Mittel des Einsatzes von Vertrauenspersonen, den sogenannten „V-Männern", die nicht Polizeibeamte sind, sondern nur Hinweise aus berufsbedingter oder milieubedingter Kenntnis geben, hilft bei der organisierten Kriminalität nur in seltenen Fällen weiter.

Nur Polizeibeamte, die in der kriminellen Szene selbst arbeiten, können aufgrund ihrer Ausbildung, ihrer Fachkenntnisse und ihrer Zuverlässigkeit die Informationen gewinnen, die zu strafrechtlicher Aburteilung nötig sind. Die Palette ist vielfältig. Dazu gehören u. a. Probeverkaufsverhandlungen über Hehlerware, Falschgeld und Rauschgift ebenso wie die Verwendung von Tarnpapieren und Tarnkennzeichen, die Benutzung von konspirativen Wohnungen, die Gründung von Scheinfirmen und länger andauernde Kontakte zu Hehlern und führenden Hintermännern, um Informationen über Arbeitsweise, Organisation und Finanzierung zu gewinnen.

Die Rechtsfragen, welche Maßnahmen der Polizei nach geltendem Recht zulässig sind und welche einer gesetzlichen Regelung bedürfen, sind unter Experten nicht unumstritten. Sie müssen eindeutig geklärt werden, um Unsicherheit bei den Bürgern, aber auch bei den Polizeibeamten zu beenden bzw. nicht erst aufkommen zu lassen. Die Entscheidungen müssen im Interesse einer wirksamen Verbrechensbekämpfung zwar behutsam, besonnen und ausgewogen, aber auch ohne ungebührliche Verzögerung getroffen werden.

Diesen Entscheidungen sollten die folgenden Leitgedanken zugrunde liegen:

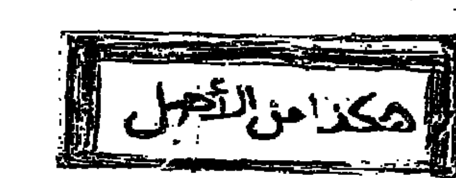
Zur Bekämpfung bestimmter Formen der Schwerkriminalität kann auf den Einsatz verdeckt vermittelnder Polizeibeamter nicht verzichtet werden. Diese sind an Recht und Gesetz gebunden.

Das rechtliche Instrumentarium bedarf der Überprüfung. Verdeckt ermittelnde Beamte müssen wissen, in welchem Rahmen sie arbeiten dürfen, und sie müssen sich des Schutzes des Gesetzes und ihrer Vorgesetzten sicher sein. Verdeckt ermittelnde Polizeibeamte dürfen keine Straftaten begehen; sie dürfen sich nicht als „agent provocateur" betätigen und sind an das Legalitätsprinzip gebunden, d. h. sie dürfen Straftaten, von denen sie Kenntnis erhalten, nicht ungebührlich lange übersehen.

Ein Einsatz verdeckt ermittelnder Polizeibeamter darf nur dann erfolgen, wenn andere Mittel zur Überführung von Straftätern erschöpft sind oder nicht zur Verfügung stehen.

Sorgfältige Personalauswahl, gründliche Ausbildung und wirksame Einsatzkontrolle müssen gewährleistet sein. Hierfür sollten Spezialdienststellen beim Bundeskriminalamt und bei den Landeskriminalämtern zuständig sein.

Ministerialdirektor a. D. Dr. Hans-Joachim Ordemann war jahrelang Leiter der Organisationsabteilung und später der Polizeiabteilung im Bundesinnenministerium



General Sharon in der Schlacht der Paragraphen

Viele glauben, daß dieser Prozeß besser nicht geführt würde, weil er Wunden aufreißt, die nur die Geschichte heilen kann: Ariel Sharon contra „Time“.

Von FRITZ WIRTH

Es ist zur Stunde das beste Theater in der Stadt“, sagen New Yorker Journalisten. Man darf das bezweifeln. Sicher ist jedoch: Es gibt keine Bühne in New York, für die Tickets so gefragt sind wie für die im Gerichtsgebäude am Foley Square.

Zwei Generale kämpfen seit ein paar Wochen in diesem Haus um ihre Ehre. Der israelische Kriegsheld Ariel Sharon verteidigt sie gegen das Nachrichtenmagazin „Time“. Ihm ist die Ehre 50 Millionen Dollar wert. Sechs Stockwerke tiefer möchte sich General Westmoreland, Vietnam-Veteran, seine Ehre von der Fernsehgesellschaft CBS mit einer Summe von 120 Millionen Dollar wiederherstellen lassen. So unterschiedlich läßt sich heute die Ehre von Kriegshelden bemessen, die immerhin einmal jenseits aller monetären Dimensionen lag.

Zwei Bühnen im gleichen Haus – das verträgt sich nicht. So ist denn das Schauspiel um den kränkelnden Vietnam-General Westmoreland nur noch zweite Wahl, seit Ariel Sharon vor 14 Tagen mit seinen großen denkwürdigen Monologen begann.

Er hat mit diesen Monologen seine Prozeßgegner und den Richter Abraham Sofaer zur Verzweiflung gebracht. Denn es ist ein Irrtum zu glauben, daß Soldaten und Offiziere das kurze und knappe Wort pflegen. Ariel Sharon ist von so geschäftiger Redseligkeit, daß er vom „Time“-Anwalt Thomas Barr bisher vergeblich beschworen wurde, seine Antworten auf ein kurzes „Ja“ oder „Nein“ zu beschränken. „Der Libanon ist so komplex und kompliziert, daß man ihn nicht mit einem einzigen Wort erklären kann“, sagt Sharon, und so gibt er immer wieder Lehrstunden über Geschichte, Bräuche und Psyche dieses Landes. Ein Wort sei, zugegeben, etwas knapp, räumt auch Richter Sofaer ein. Er solle es aber doch einmal mit einem Satz versuchen. Und dann beschwörend: „Einen Satz von normaler Länge, bitte.“

Zuweilen zwingt sich der vielsagende Sharon in diese Disziplin, wobei es jedoch nicht selten geschieht, daß er diesen einen Satz zwei- oder dreimal wiederholt. Generale wollen halt sicher sein, daß ihre Botschaften auch ankommen.

Es ist ein denkwürdiger Prozeß. Wer immer ihn gewinnen wird – ungeschoren geht keiner aus ihm hervor. Und deshalb sind viele, die es wohlmeinen mit dem General und der Sache Israels, der Meinung, daß es ein überflüssiger Prozeß ist. Er hat düstere Ereignisse in Erinnerung gerufen, die Wunden aufreißen, die man eigentlich der Geschichte und nicht prozessierenden Parteien zur Heilung überlassen sollte.

Dieses Ereignis war der Massenmord an über 600 Zivilisten in Flüchtlingslagern in Beirut am 16. September 1982 durch Phalangisten. Das Nachrichtenmagazin „Time“ behauptete im Februar 1983, daß Sharon für diesen Massenmord indirekt verantwortlich sei.

Sharon, der wenige Tage nach der Veröffentlichung des offiziellen Untersuchungs-Berichts (Kahan-Report) als Verteidigungsminister zurücktreten mußte, bestreitet das. Als den Phalangisten erlaubt wurde, die Flüchtlingslager zu betreten, habe er nicht voraussehen können, daß ein Massaker die Folge sein würde. „Im nachhinein ist es klar, daß es ein Fehler war, und ich habe den Preis dafür zahlen müssen, doch ich habe das Gefühl, daß ich bestraft wurde, ohne ein Verbrechen begangen zu haben. Wir hatten nichts mit diesen Dingen zu tun, doch sie haben uns schrecklich geschadet.“

Nun ist dieser Prozeß in sein entscheidendes Stadium getreten. Denn es geht in diesem Verfahren vor allem um einen einzigen Absatz im umstrittenen „Time“-Artikel. In diesem Absatz wird behauptet, daß Sharon nach dem Mord am designierten Libanon-Präsidenten Beshir Gemayel bei dessen Familie zu einem Beileidsbesuch erschienen sei und gesagt habe, daß diese Tat Rache erfordere. Dieser umstrittene Besuch sei im geheimgehaltenen Anhang des Reports der Kahan-Kommission erwähnt worden.

Die Behauptung stammt vom „Time“-Reporter David Halevy, einem Israeli, der seit vielen Jahren in Jerusalem lebt. Halevy erschien in der letzten Woche zum ersten Mal im Zeugenstand, und sein Auftritt war nicht unbedingt glanzvoll für ihn und sein Blatt. Denn unter dem Druck des Sharon-Anwaltes Milton Gould mußte Halevy einräumen, daß diese von ihm an seine Redaktion in New York durchgegebene Schilderung der angeblichen Revanche-Aufforderung nicht authentisch belegbar ist.

„Sie war das Ergebnis meiner eigenen Bewertung, meiner Analyse, und basiert auf meiner 43jährigen Lebenserfahrung in Israel“, qualifiziert er nun. Als der Sharon-Anwalt diese Art der Wahrheitsfindung mit „Spekulation“ übersetzt, wird er vom Richter Sofaer aufgefordert, derartige Interpretationen zu unterlassen. Gould, bemüht, die Glaubwürdigkeit der Schlüsselfigur dieses Prozesses weiter zu erschüttern, weist darauf hin, daß Halevy angeblich schon einmal von seinem Blatt wegen eines ungenauen Beitrags zu einer Bewährungszeit verdonnert worden sei.

Während im umstrittenen „Time“-Report noch herauszulesen war, daß Sharon beim Beileidsbesuch bei der Familie Gemayel zu einer Racheaktion ermutigt habe, formuliert Halevy im Zeugenstand nun wesentlich behutsamer: „Das Massaker ermutigt? Nein, Sir.“ – „Anstiftung zum Massenmord? Nein, Sir.“ – „Er wandte der ganzen Sache einfach den Rücken zu. Wenn dies stillschweigende Duldung bedeutet – Ja, Sir.“

Dennoch muß Halevy einräumen, daß es keine konkreten Anhaltspunkte dafür gibt, daß die von ihm an seine Redaktion weitergeleiteten Unterstellungen wirklich im Anhang des Kahan-Reports stehen. Eine weitere Verifizierung ist im übrigen unmöglich, denn diese Unterlagen sind streng geheim und unzugänglich.

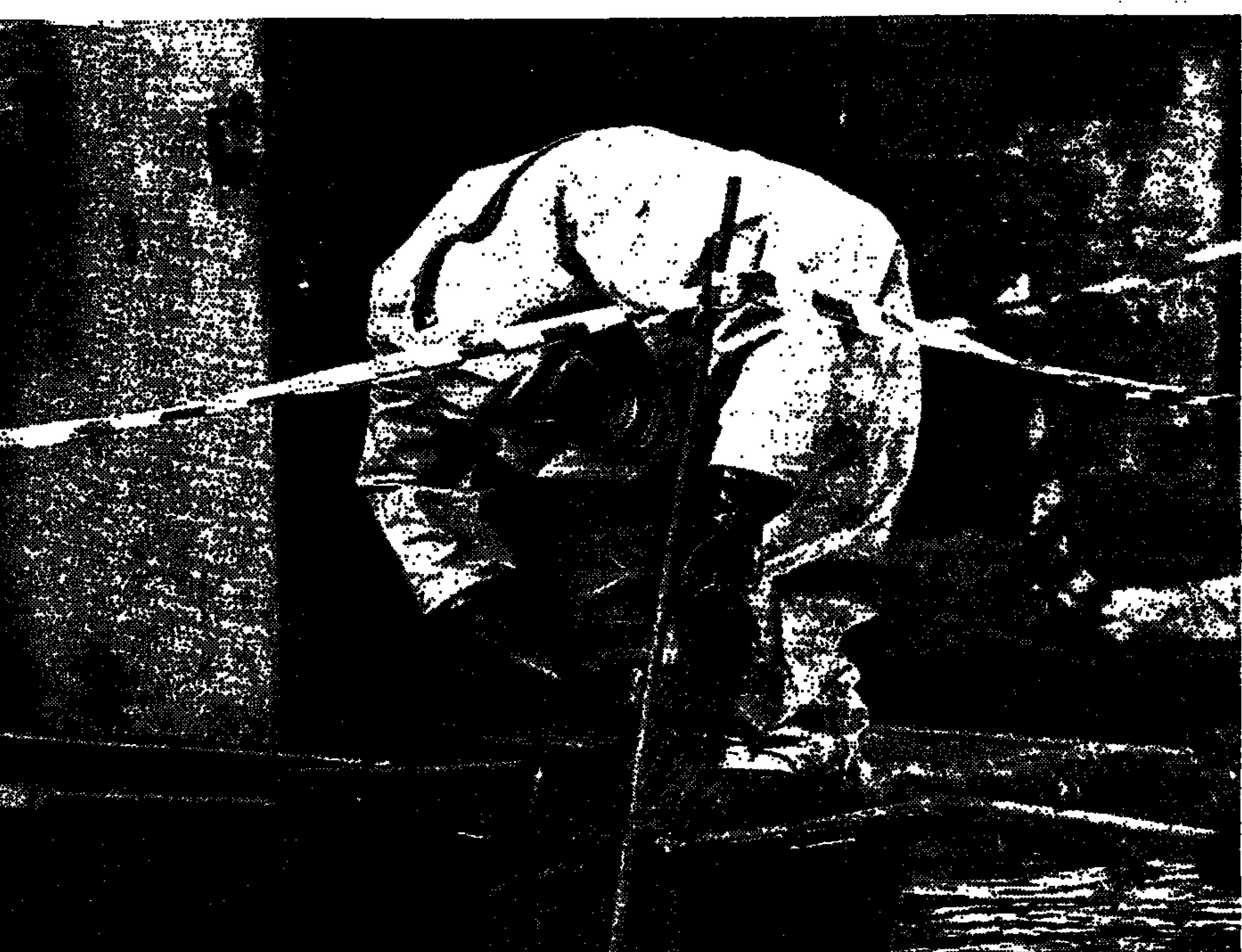
Das Nachrichtenmagazin ist von diesem Rückschlag jedoch nicht entmutigt. Es kündigte am Sonntag bereits neues Belastungsmaterial an. So soll noch in dieser Woche eine in Jerusalem auf Videotape aufgenommene Aussage des ehemaligen israelischen Offiziers Nahum Meneham dem Gericht vorgespielt werden, der behauptet, er habe Sharon vier Tage vor dem Massaker in Beirut vor einem schrecklichen Gemetzel durch die Phalangisten gewarnt. Sharon jedoch habe ihn beruhigt, es gebe keinen Anlaß zur Sorge.

Beide Prozesse im Justizgebäude am Foley Square können noch Wochen dauern. Beide Generale kämpfen ohne Zweifel die schwierigsten Schlachten ihres Lebens, weil hier mit Waffen gekämpft wird, die ihnen nicht vertraut sind. Sollten sie verlieren, warten auf beide Prozeßkosten, die weit über eine Million Dollar geschätzt werden.

Warum sie dennoch in diese Schlacht der Paragraphen gezogen sind? Die „Washington Post“ bot diese Antwort an: „General Westmoreland kämpft um seine Vergangenheit, General Sharon jedoch um seine Zukunft. Der eine kämpft sein letztes Gefecht, der andere kann kaum das nächste abwarten.“



Zwei Generale kämpfen vor Gericht um ihre Ehre: Ariel Sharon und William Westmoreland FOTOS: DPA



Arbeit in der Giftküche

Nein, was Sie sehen, ist kein Marsmensch, sondern ein Facharbeiter eines Unternehmens, das auf dem Gelände der ehemaligen Firma „Pintsch-Öl“ mit der Sanierung des verseuchten Bodens begonnen hat. Fünf Jahre lang wird es dauern, bis hier in Neukölln der öldurchtränkte Boden abgetragen und das Grundwasser gereinigt ist. Der Senat rechnet mit Kosten um 25 Millionen Mark. Um einen Begriff zu bekommen vom Ausmaß der Verseuchung: Auf dem Grundwasser schwimmt eine 1,45 Meter dicke Ölschicht, der Gehalt an chloriertem Kohlenwasserstoff übersteigt den zulässigen Höchstwert um das 3000fache.

FOTO: KLAUS MEHNER

Schockierendes aus dem Erdreich

Im wahrsten Sinne des Wortes atemberaubende Giftrückstände wurden in Berlin auf dem Gelände einer stillgelegten Ölfirma entdeckt. Bahnt sich damit ein ähnlicher Umweltskandal an, wie ihn Hamburg vor Jahren mit der Stoltzenberg-Affäre erlebte?

Von KNUT TESKE

Ungläubig schüttelt Berlins Umweltsenator Horst Vetter (FDP) während der Besichtigung des „Tatorts“ immer wieder den Kopf. Ein Blick auf das verwahrloste Gelände an der Gradestraße 83 in Neukölln macht schlagartig klar, warum die inzwischen pleite gegangene Firma sich mit Händen und Füßen unter Ausnutzung aller juristischen Tricks gegen eine offizielle Begehung gewehrt hatte: Der Boden ist schwarz, gesättigt mit Altöl; selbst Beton- und Asphaltschichten sind öldurchtränkt. Die Besuchergruppe versinkt mit ihren Gummistiefeln förmlich in einen ölverschmierten Brei. Ein strenger, unangenehmer Geruch wie aus tausend Petroleumlampen liegt über dem 16 000 Quadratmeter großen Areal. Jedesmal, wenn sich einer der Bagger in das Erdreich frißt, kommt eine solche Wolke hoch und erzeugt Übelkeit.

Der Sanierungsbeauftragte der Stadt, Dipl.-Ing. Manfred Woldtmann von der Wasserbehörde, verweist auf die pechschwarze Brühe in einem offenen Kanal: Altöl, das offenbar seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten – insgesamt war die Firma „Pintsch-Öl“ 50 Jahre auf diesem Grundstück ansässig – ungefiltert in den Boden versickerte. Unterdessen melden sich erste Stimmen, die „schon immer“ von einer grotesk laxen Sicherheitsauffassung der Geschäftsführung zu berichten wußten. Eine ehemalige Mitarbeiterin bezeugte, daß bereits in den Jahren 1937 bis 1943 unverwertbares Altöl schlicht in Gruben gekippt wurde...

Ein Skandal, schlimmer als der Hamburger?

Ja und nein. Vergleicht man die Schäden hier und dort, dann erscheint Hamburg beinahe noch als kleiner Fisch. Nur etwa 40 Wochen brauchte man in der Hansestadt, um die Giftküche des Chemikers Dr. Stoltzenberg auszuräumen. Rund fünf Millionen Mark kostete das den Steuerzahler. Berlin wird teurer.

Während vom Stoltzenberg-Gelände im wesentlichen „nur“ chemische Kampfstoffe abtransportiert werden mußten, die im Ernstfall freilich ausgereicht hätten, Deutschland zu entvölkern, müssen in Neukölln die Erde abgetragen und das Grundwasser gereinigt werden, Grundwasser im übrigen, das aus diesem Bereich nicht zur Trinkwasser-Versorgung benutzt wird. Vetter veranschlagt dafür fünf Jahre und Kosten von 25 Millionen Mark.

Mit diesen Zahlen endet aber auch die Vergleichbarkeit: Hamburg wuchs sich zu einem politischen Skandal aus, weil Hunderte von Beamten von der Stoltzenberg-Misere gewußt haben oder mindestens aber hätten wissen müssen. Über die Gefährlichkeit solcher Kampfstoffe wie Tabun oder Phosgen (Siedepunkt 8,2 Grad Celsius), von Sprengstoffen und Munition konnte niemand auch nur eine Sekunde lang in Zweifel sein.

Experten rechnen mit 50 000 „Giftlagern“

Berlins Ölklitsche, auf der aus Altöl neuwertiges raffiniert wurde, ist vor allem ein Umweltproblem, für das sich eine entsprechende Sensibilität erst in den letzten Jahren herauskristallisiert hat. Unbrauchbares Öl wegzukippen, galt bis in die sechziger Jahre hinein nicht einmal als Kavaliersdelikt – so fern lag jeglicher Gedanke an eine Umweltverschmutzung. Autofahrer gossen die Restbestände ihres Ölwechsels, den früher viele selbst vorgenommen haben, der Einfachheit halber in die Gullys. Kaum anders handelten unzählige Kfz-Werkstätten.

Für Fachleute aus dem Bonner Innenministerium ist denn auch klar, daß Deutschland aus dieser Ära der umweltpolitischen Steinzeit eine Hypothek von mindestens 50 000 „Giftlager“ aufzuweisen hat, von denen Tausende – andere reden konkreter von 16 000 – akuter Sanierungsmaßnahmen bedürften. So orakelt Senator Vetter: „Da wird sich noch manche westdeutsche Großstadt wundern, wenn sie erst mal anfängt, ihre Mülldeponien unter die Lupe zu nehmen.“ Aber auch in der geteilten Stadt rechnet Woldtmann mit weiteren „Zeitbomben“.

Im Jahre 1974 erwarb die Stadt einen Teil des Pintsch-Geländes für eine Müllverwertungsanlage. Obwohl dieses Stück saniert werden mußte, wurde den Behörden angeblich das Ausmaß der Verunreinigung immer noch nicht klar. Damals gehörten solche – heutzutage selbstverständlichen – Reizworte wie polychlorierte Biphenyle (PCB) und chlorierte Kohlenwasserstoffe (CKW), die jetzt in stärksten Dosen auf dem Gelände ausgemacht wurden, noch nicht zum allgemeinen Wissen; entsprechend selten wurden damals derartige Chemikalien überhaupt nachgewiesen.

Nur aus dieser Unkenntnis heraus konnte die paradoxe Situation entstehen, daß die Pintsch-Gesellschaft noch 1977 für ernsthafte kommunale Zuschüsse in Frage kam als eine Firma, die dankenswerterweise Recycling-Aufgaben übernommen hätte. Die Auszahlung scheiterte, weil Pintsch ersten Auflagen nicht nachkommen wollte. Vor zwei Jahren verschlechterte sich dann das Verhältnis zur Stadt rapide, als Bodenproben einen verheerenden Grad der Vergiftung anzeigten, Pintsch sich jedoch weiterhin allen Auflagen widersetzte.

Vorsichtig ausgedrückt, muß die Firma von diesem Zeitpunkt an als bösgläubig angesehen werden. Die Berliner Staatsanwaltschaft ermittelt denn auch wegen schwerer Umweltgefährdung – ein Delikt, das mit zehn Jahren Haft geahndet werden kann. Eineinhalb Jahre gelang es den Altöl-Restauratoren aus Neukölln, unter ihnen in leitender Funktion ein Graf Stauffenberg, die Auflagen zu verhindern. Im Mai 1984 ging die Pintsch-GmbH in die Pleite, mangels Masse konnte nicht einmal der Konkurs eröffnet werden. Im Spätherbst dieses Jahres ordnete das Verwaltungsgericht unter dem Druck immer höherer Giftwerte endlich den sofortigen Vollzug der amtlichen Auflagen an.

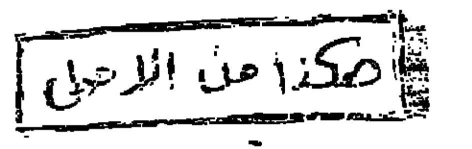
Der Augenschein bestätigte nun die schlimmsten Befürchtungen: Der CKW-Gehalt übertraf die zulässigen Höchstwerte mittlerweile um nicht weniger als das 3000fache. Auf dem Grundwasser schwimmt eine 1,45 Meter dicke hochgiftige Ölschicht, durchsetzt von PCB und CKW – Chemikalien, die sich im Organismus nicht mehr abbauen lassen. PCB gibt überdies bei der Verbrennung unterhalb der 1200 Grad Celsius-Grenze das Seveso-Gift Dioxin in großen Mengen ab.

Seit dieser Befund vorliegt, handelt der Senat: Der Boden wird bis zu zehn Meter tief abgetragen; die Gebäude werden geschleift. Anfang 1985 soll eine Grundwasser-Aufbereitungsanlage installiert werden. Ein Millionen-Unternehmen. Bei all' dem hat Berlin noch Glück gehabt. Dank günstiger geologischer Konstellation kann das Grundwasser nicht ablaufen, so daß der schwimmende Ölteppich lokalisiert werden konnte.

Der Schwarze Peter wird hin- und hergeschoben

Und Berlin wäre nicht Berlin, hätte es diesem Trauerspiel nicht schon eine optimistische Variante abgewonnen. Das Sanierungskonzept sehen einige Verantwortliche schon als Exportschlager für die Bundesrepublik Deutschland. Vetter: „Erste Anfragen liegen schon vor.“ Bei etlichen tausend Gifthöllen, die irgendwann enttarnt werden dürften, kann ein kleiner Vorsprung durchaus schon Wunder wirken.

Bleibt die Frage: Warum wurde nicht eher gehandelt, beispielsweise 1981, als die Uralt-Anlage in Flammen stand? Unter der Hand wird der Schwarze Peter vom Senat an die Bauaufsicht Neukölln weitergereicht. Deren Chef, Hanns-Peter Herz, ist sich keiner Schuld bewußt: „Unsere Stillegungsverfügungen von 1979 und 1981 wurden bei Gericht unterlaufen. Darüber hinaus haben wir Senat und Wasserbehörde auf unsere Bedenken hingewiesen. Aber es geschah nichts.“ Und dann gibt Herz den Schwarzen Peter dem Senat zurück: Für die mangelnde Koordinierung der Verwaltung sei er nicht zuständig.



Möllemann: FDP-Politik auf mehreren Schultern

Geplanter Führungswechsel für Genscher keine Beschränkung

BERNT CONRAD, Bonn

Führende FDP-Politiker gehen davon aus, daß Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher auch nach der erwarteten Wahl von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann zum Parteivorsitzenden Ende Februar 1985 weiterhin für die FDP zu wichtigen Fragen der Innen-, Wirtschafts- und Finanzpolitik öffentlich Stellung nehmen wird. Das heißt, Genscher wird sich nach seinem Abschied als Parteivorsitzender keineswegs auf sein ministerielles Aufgabengebiet, die Außenpolitik, beschränken.

„Wir können es uns doch gar nicht leisten, die Präsentation unserer Politik künftig nur auf zwei Schultern ruhen zu lassen", meinte der Bundestagsabgeordnete Jürgen Möllemann und Staatsminister im Auswärtigen Amt. Mit Bangemann werde es dabei keine Schwierigkeiten geben, denn der von Genscher für den Parteivorsitz nominierte Wirtschaftsminister habe ein ausgezeichnetes persönliches Verhältnis zu seinem Vorgänger.

Generell sei trotz anderslautender Spekulationen weder an dem geplanten Wechsel, noch daran zu zweifeln, dass die FDP mit der Formation Bangemann, Genscher, Mischnick, Haussmann in die nächte Bundestagswahl gehen werde, sagte Möllemann. Im Bundeskabinett werde Genscher Vizekanzler bleiben.

Der Außenminister und derzeitige FDP-Chef hatte in der vergangenen woche im Bundestag Überraschung ausgelöst, weil er sich bei der Debatte über den Kanzler-Etat fast ausschließlich zur Wirtschafts- und Finanzpolitik äußerte und erst später bei der zweiten Lesung des Haushalts des Auswärtigen Amtes zur Außen- und Sicherheitspolitik Stellung nahm. Sein Auftritt spiegelte nach Angaben Möllemanns die Schwerpunkte wider, die in den kommenden Landtagswahlkämpfen die Aussagen der Freien Demokraten bestimmen werden.

Genscher hatte im Parlament als Leitmotiv herausgestellt: „Wir wollen, daß in dieser Gesellschaft Leistung belohnt wird, damit Leistungen erbracht werden. Nur dann, wenn wir unseren Bürgern zeigen, daß sich Leistung lohnt, werden wir auch in der Lage sein, ein Wirtschaftswachstum herbeizuführen, das es uns ermöglicht, die Aufwendungen für unser System der sozialen Leistungen zu erbringen."

Mit dem Blick auf die FDP-Klientele unter den Wählern hatte der FDP-Chef hinzugefügt: „Zum erstenmal kann wieder eine Zunahme der Eigenkapitalbildung der Unternehmen festgestellt werden. Fragen Sie einmal die Handwerksbetriebe, die Handwerksmeister draußen, was es für sie bedeutet, wenn sie eine sichere Kapitalbasis haben. Erst dann können sie die notwendigen Investitionen vornehmen, die wir brauchen, damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden können."

Daran knüpfte Genscher seine Ablehnung einer Ergänzungsabgabe und sprach dann wieder direkt zu potentiellen FDP-Wählern, indem er die Mittel- und Kleinbetriebe als „Kraftquelle auch für Innovationen, für neuen Investitionen" rühmte. Neue Existenzgründungen müßten durch geeignete steuerliche Rahmenbedingungen ermöglicht werden. Eine „Versöhnung von Ökologie und Ökonomie" visierte der Vizekanzler mit der Forderung an, man müsse „die Möglichkeiten der Wachstumspolitik verstärken und damit auch jene Energien freisetzen, die wir brauchen, um einen wirksamen Umweltschutz in unserem Lande zu ermöglichen."

Damit hatte Genscher offensichtlich die Grundzüge der künftigen Wahlkampfstrategie seiner Partei umrissen, die er dann noch durch außenpolitische Thesen ergänzte. In der Tat will die FDP nach Angaben Möllemanns in der kommenden Zeit die Außen- und Sicherheitspolitik, sowie die Wirtschafts- und Finanzpolitik in den Vordergrund stellen. Dies sei schon im Hinblick auf das freidemokratische Wählerpotential – Mittelstand, Handwerker, Selbständige – notwendig. In der Innen- und Rechtspolitik gehe es darum, das, was an Liberalem geschaffen worden sei, zu halten. In den genannten anderen Bereichen hingegen könne die FDP mitprägend tätig sein.

Grüne auf der Grenze zwischen Protest und „Etablierung"

Dreitägige Bundesversammlung in Hamburg / Neuwahl von sechs Vorstandsmitgliedern

STEFAN HEYDECK, Bonn

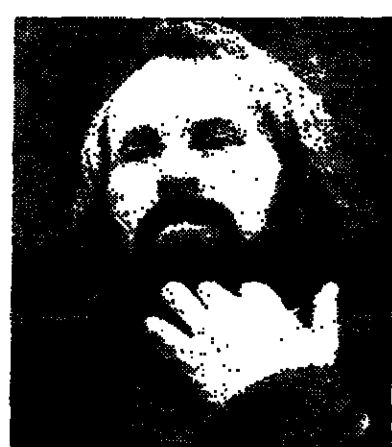
Die einen sehen die Grünen „in der Zerreißprobe". Nach dem Urteil der anderen ist die gut fünf Jahre alte Partei entschieden geschlossener als es nach außen hin den Anschein hat. Fest steht einen Tag vor Beginn der „7. ordentlichen Bundesversammlung", dem Parteitag, daß es zwischen den rund 800 Delegierten über die Perspektiven der weiteren politischen Arbeit zumindest zu lebhaften Diskussionen, wenn nicht sogar zu offen ausgetragenen hitzigen Kontroversen kommen wird. Im Mittelpunkt des dreitägigen Parteitags wird dabei vor allem die Frage stehen, ob die Grünen weiter nur Oppositions- und Protest-Partei sein wollen oder ob sie im Bund und in den Ländern zu Bündnissen mit den Sozialdemokraten und sogar zur Beteiligung an Regierungsverantwortungen bereit sind.

Auf den ersten Blick scheinen sich die Grünen den „etablierten" Parteien anzupassen: Tagungsort des Parteitages ist das Congreß Centrum Hamburg (CCH), wo bereits die Volksparteien CDU und SPD ihre Parteitage durchgeführt hatten. Das CCH, so wird versichert, wurde jedoch nicht aus „Renommiersucht", sondern aus Kostengründen ausgewählt. Und ähnlich wie die anderen Parteien legt der Parteivorstand den Delegierten eine Art „Leitantrag" vor.

In dem unter anderem von den ausscheidenden Vorstandsmitgliedern Rainer Trampert und Rudolf Bahro verfaßten 9-Seiten-Papier wird der „Handlungsrahmen" abgesteckt, innerhalb dessen sich die Parteispitze künftig bewegen soll. In ihm wird der SPD eine deutliche Absage erteilt. Außerdem wird eine Regierungsbeteiligung oder -mitverantwortung als „selbstzerstörerisch" für die Grünen bezeichnet (WELT v. 26. 11.).

Daran haben schon im Vorfeld – wohl auch unter dem Eindruck der Aufkündigung der Tolerierung der Regierung des hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner (SPD) – insbesondere Mitglieder der Bundestagsfraktion der Grünen Kritik angemeldet. So sprach zum Beispiel der Abgeordnete Hubert Kleinert von der „Gefahr eines gefährlichen Selbstbetrugs". Mit der Vorlage könne ein „Keil" zwischen die Grünen getrieben werden. Sie stünde im Kern im deutlichen Widerspruch „zur realpolitischen Grundrichtung mindestens der praktischen Parlamentsarbeit auf allen Ebenen".

Und Fraktionssprecher Heinz Suhr stellte die Frage: „Was soll der Quatsch?" Empörung sei auf Dauer noch keine Politik. Auch die „Leitantrags"-Forderung, nach der die Grünen ihren Schwerpunkt wieder „viel mehr auf die Verbindung mit den außerparlamentarischen



Lukas Beckmann FOTO: LOTHAR KUCHARZ

Kräften" legen sollen und sie „dringend einen neuen Schub" aus den sozialen Bewegungen des Widerstands und der Alternative brauchten, stößt bei etlichen Repräsentanten der Partei auf wenig Gegenliebe.

Aus ihrem Verständnis heraus glauben „Realpolitiker", inzwischen einen Wandel bei den Grünen erkannt zu haben. So entwickelten sich zum Beispiel im Vergleich zur Anfangsphase unter der jetzt rund 32 000 Mitglieder zählenden Partei andere Strukturen. Das Fundament sei gewachsen. Dennoch kämen aufgrund des Abschneidens bei Wahlen auf allen Ebenen aktive Mitglieder so schnell wie in keiner anderen Partei zu einem politischen Mandat. Dies mit der Folge, daß diese dann auch an politischen Entscheidungen beteiligt seien.

In ihrem zweiten Rechenschaftsbericht mit dem Titel „Die Früchte reifen ..." zieht die Bundestagsfraktion eine positive Bilanz ihrer Arbeit in Bonn. Nach der „teilweise turbulenten Anfangsphase" und nach einer gewissen Konsolidierung" der Organisationsstruktur habe man sich „parlamentarisch in diesem Jahr als Oppositionspartei nicht schlecht geschlagen". So werden in der 48-Seiten-Vorlage akribisch alle Aktivitäten im Bundestag von der Anfrage bis zum Gesetzesantrag hin einschließlich ihrer Folgen aufgelistet. Breiten Raum nimmt daneben der Bereich Finanzen ein.

So weist einerseits die Fraktion darauf hin, daß es bei den Abgeordneten-Diäten, für deren Verwendung die Grünen in Sindelfingen besondere Regeln aufgestellt hatten, noch klärungsbedürftige Fälle gebe. Dabei sei zum Beispiel noch offen, wie die Übergangsgelder der Abgeordneten, die ihnen nach einem Jahr Zugehörigkeit zum Bundestag zustehen, bei der Rotation im nächsten Jahr zu behandeln seien.

Neben der Beratung von Perspektiven und Sachfragen müssen die Delegierten sechs der elf Vorstandsmitglieder neu wählen. Dazu gehören die drei bisherigen Sprecher Wilhelm Knabe, Rainer Trampert sowie Rebecca Schmidt, die sie der Alternativen Liste Berlin (AL) angehört. Gegen eine im November 1983 vereinbarte Zusammenarbeit mit der AL hatten drei Mitglieder der Grünen beim Bonner Landgericht eine einstweilige Verfügung erwirkt (WELT v. 1. 11.). Allerdings will der Vorstand sich für eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der AL einsetzen.

Bisher bewerben sich für die sechs neu zu besetzenden Posten mehr als ein Dutzend Grüne. Als sicher gilt, daß das Gründungsmitglied Lukas Beckmann (34), der im Frühjahr als Bundesgeschäftsführer zurückgetreten war, wieder in den Vorstand einziehen wird. Gute Chancen werden auch der Bonnerin Regina Michalik und Jutta von Dittfurth eingeräumt.

„Auswahl" vor der Zulassung zur Universität?

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Soll das „Auswahlgespräch" mit Bewerbern um besonders begehrte Studienplätze an Universitäten und Hochschulen das standardisierte Massenverfahren über Abitur-Durchschnittsnoten und „Zentrale Vergabestelle" ergänzen und ersetzen?

Um diese Frage ging es bei der „Öffentlichen Anhörung zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes" gestern im Bundestag. Während der Plan von allen akademischen Organisationen lebhaft als Beitrag zu mehr Gerechtigkeit beim Zugang zur Alma Mater begrüßt wurde, wehrten sich Repräsentanten der Studentenschaft dagegen mit dem Argument, daß hier subjektive Gesichtspunkte eine von ihnen bevorzugte unpersönliche Objektivität ersetzen sollten.

Für die „Westdeutsche Rektorenkonferenz" stellte deren Präsident Professor Theodor Berchem fest, ein Auswahlverfahren für künftige Studenten, das als einzige Auswahlkriterien wie bisher die Abiturdurchschnittsnote und das Ergebnis eines Testverfahrens vorsehe, vermöge die verfassungsrechtlich geforderte Chancenoffenheit für alle, grundsätzlich gleichberechtigten Studienbewerber nicht sicherzustellen. Die jetzt im Gesetzentwurf angestrebte Beteiligung der Hochschulen an der Auswahl der Studenten sei eine „notwendige subjektiv-individuelle Ergänzung". Es werde damit den Universitäten ermöglicht, zumindest in einem Teilbereich ihre Vorstellungen über die Studienvoraussetzungen und Studieneignung wieder selbst zur Geltung zu bringen.

Während der Sprecher des Deutschen Gewerkschaftsbundes selbst kleinste Quoten von Bewerbern für solche Gespräche mit dem Argument ablehnte, dann stünde der „Selbstrekrutierung der deutschen Elite nichts mehr im Wege", zogen sich die Studenten (Seite an Seite der Ring christlich-demokratischer Studenten RCDS und die Juso-Hochschulgruppen) auf den Standpunkt zurück, eine halbe Stunde Eignungsgespräch zum Beispiel für das Fach Medizin, um das es gestern hauptsächlich ging, habe nicht mehr Aussage als ein Abitur und fördere dazu noch die „Vetternwirtschaft".

Gegen die Vorstellung, daß die „Gleichbehandlung" durch ein Auswahlgespräch verlorenginge, die für die Opposition gegen die Gesetzesvorlage vor allem der seit vielen Jahren in Klageverfahren abgewiesener Studenten tätige Marburger Rechtsanwalt Peter Becker vertrat, wandte sich der Saarbrücker Lehrstuhlinhaber für Pädagogische Psychologie, Professor Hans-Joachim Kornadt: „Jede Urteilsfindung auch vor Gericht ist subjektiv – glücklicherweise bleibt in unserer Gesellschaft bei allen objektiv meßbaren Dingen auch ein Bereich, der nur subjektiv meßbar ist –, in diesem Falle der Aspekt der Motivation für das Studienfach und die sozialen Merkmale."

Bremer Schwächeperiode

Bürgerschaft verabschiedet 4,52 Milliarden-Mark-Etat

W. WESSENDORF, Bremen

Die bremische Bürgerschaft hat gestern mit den Stimmen der Mehrheitsfraktion SPD den Haushalt für die Freie Hansestadt Bremen verabschiedet. Das Land Bremen hat damit einen „Sparetat", wie es Finanzsenator Moritz Thape (SPD) formulierte. Die volkswirtschaftlichen Gesamtausgaben wurden um 46 Millionen Mark auf 4,52 Milliarden Mark zurückgenommen. Zu Beginn der Beratungen rief Thape die Bundesregierung auf, dem kleinsten Bundesland bei der Überwindung einer „gefährlichen Schwächeperiode" zu helfen.

Eine Konsolidierung des Bremer Haushalts sei ohne Gleichbehandlung durch den Bund nicht möglich, meinte der Finanzsenator. Dies ist nach den Worten Thapes ein Gebot der Verfassung und des kooperativen Föderalismus. Er pochte dabei in erster Linie auf Bundesergänzungszuweisungen und eine Investitionshilfe: „Sollte sie nicht gewährt werden, muß das geltende Finanzverfassungssystem in Frage gestellt werden." Denn Bremen sei trotz seiner gewaltigen Finanznöte verpflichtet, jährlich 100 Millionen Mark aus seinem Steueraufkommen an andere Länder abzugeben.

Die Perspektive ist denn auch bedrückend. Die Zinslastquote steigt 1985 auf 15 Prozent und wird 1988 fast 16 Prozent erreichen. Die Investitionen erreichen mit 531 Millionen nicht den Wert von 1984 (660 Millionen Mark). Die Nettokreditaufnahme von 639 Millionen übersteigt die Investitionen. Der größte Batzen der Ausgaben geht dabei in den Personalbereich. Er beträgt 1,8 Milliarden. Thape: „Wir werden dennoch keine Entlassungen vornehmen." Bremen unternehme aber alle Anstrengungen, um die Finanzkrise zu meistern. So werde beispielsweise der Personalkörper durch Fluktuation abgebaut.

Der Chef der größten Oppositionspartei CDU, Bernd Neumann, bezeichnete die wirtschaftliche Lage Bremens als dramatisch. „Die Schulden steigen, die öffentlichen Leistungen nehmen dabei ab. Schon der Haushalt 1984 ist de facto nicht gedeckt, es fehlt die Perspektive", sagte Neumann. Bremen steuere auf eine Entwicklung zu, an deren Ende sowohl „Kaputt-Sparen" wie auch „Bankrott-Verschulden" stünde. Die Pro-Kopf-Verschuldung im Lande Bremen betrage inzwischen schon 12 800 Mark, erreiche Ende 1985 bereits 15 321 Mark und werde bis zum Ende der Legislaturperiode 1987 sogar auf 18 500 Mark steigen.

Der Sprecher der Grünen, Dieter Mützelburg, sieht eine Rettung des Landes nur durch ein Zinsmoratorium und eine Umschuldung sowie durch Stundung entsprechender Zahlungen. Mützelburg kritisierte außerdem den geplanten Verkauf von Anteilen der Stadtwerke. Damit würde sich die Stadtgemeinde Bremen um ein Instrument der Energiepolitik begeben.

Kohl gegen EG-„Unsitten"

Co. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich gestern im Bundeskabinett kritisch über die „Unsitte" geäußert, „auch Einzel- und Fachfragen in der Europäischen Gemeinschaft den Staats- und Regierungschefs zuzuschieben". Er bezog sich damit auf die Diskussion über die Weinüberschüsse der EG, die fast den gesamten Europagipfel in Dublin beherrscht hatte. Kohl meinte dazu, man müsse wieder zu den Grundfragen zurückkehren: Was wolle und wohin steuere die EG?

Nach Ansicht des Kanzlers kommt dabei dem Europagipfel in Rom im Frühsommer 1985 entscheidende Bedeutung zu. Dort werde auch über Verbesserungen in der Arbeitsweise der EG-Regierungschefs beraten werden. Nach Angaben von Regierungssprecher Peter Boenisch hat sich Kohls Kritik nicht gegen die deutsche Delegation gerichtet. Deren Arbeit in Dublin sei im Kabinett vielmehr ausdrücklich gelobt worden.

Zu dem Auftritt Kohls in Dublin meinte das Presseamt: Dem Kanzler sei es gelungen, „die Position der deutschen Winzer gegen Versuche anderer weinerzeugender Länder der Gemeinschaft zu verteidigen, den deutschen Weinproduzenten in unzumutbarer Weise für die Eindämmung des Weinüberschusses in der EG in Anspruch zu nehmen". Der Kanzler habe eine Vereinbarung durchgesetzt, die der wirtschaftlichen Vernunft und den Belangen der deutschen Winzer Rechnung trage.

Verantwortung von Rau

Ministerpräsident soll noch einmal vor Ausschuß aussagen

WILM HERLYN, Düsseldorf

Charakterstudien können die Mitglieder des Düsseldorfer parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Klinikum Aachen treiben. Binnen Wochenfrist traten die damals verantwortlichen Minister Friedrich Halstenberg (Finanzen) und Johannes Rau (Wissenschaft) in den Zeugenstand. Und so deutlich das ernsthafte Bedauern über Versäumnisse bei Halstenberg bei all seinen Antworten zu Tage trat, so deutlich bemühte sich Rau auf der anderen Seite, seine Verantwortung herunterzuspielen.

Er sei zwar der maßgebliche Fachminister von 1970 bis 1978 gewesen und auch stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der landeseigenen Hochschulfinanzierungsgesellschaft (HFG) – aber nach baulichen Themen dürfe man ihn nicht befragen. Da sei er Laie. Und nach baurechtlichen Zusammenhängen auch nicht. Da sei er auch Laie.

Halstenberg bekannte: „Wir sind der Neuen Heimat – dem Baubetreuer – auf den Leim gegangen." Damit meint er sich selbst und Rau. Die Planungs- und Baukrise des ehemals auf rund 600 Millionen Mark, heute aber auf mindestens 2,3 Milliarden Mark veranschlagten Bauwerkes habe 1973/74 begonnen.

Rau will von derartigen Details heute nichts wissen. Er beruft sich auf Erinnerungslücken und darauf, daß er sich um baufachliche Dinge nicht gekümmert habe. Er wertete es allerdings als Versäumnis, daß im Aufsichtsrat der HFG nie nach Baugenehmigungen gefragt worden sei, ohne die längere Zeit in Aachen gebaut wurde. Er habe sich auf den Sachverstand der für diese Aufgaben zuständigen Männer verlassen, meinte Rau, und seine Kontrollfunktion so wahrgenommen wie sein Aufsichtsratsmandat in einer Bergbaugesellschaft: „Da muß ich mich auch auf die Bergassessoren verlassen, wenn diese ein Gewerke bestellen und wir das beschließen sollen."

Er habe aber „intensive und harte" Gespräche mit dem Geschäftsführer der Neuen Heimat, dem kürzlich verstorbenen Albert Vietor, geführt und den „Verantwortlichen der Neuen Heimat mehrfach den Kopf gewaschen". Ob die HFG aber die Neue Heimat in Verzug gesetzt habe, vermochte Rau nicht zu sagen. Er sei kein Jurist und kenne nicht einmal diesen Terminus. Auch die ironische Frage des Ausschußvorsitzenden Rolf Klein (CDU) „Wer bewacht eigentlich die Wächter" brachte Rau nicht aus der Fassung. Es sei, so sagte er, „eine Stimmung fideler Resignation" eingetreten, als die ganze Bau- und Planungsmisere immer offenbarer wurde.

Klein kündigte an, der Ausschuß werde Johannes Rau noch einmal zum 15. Januar laden. Dann aber in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident, also als Gesamtverantwortlicher für die Kostenexplosion am Aachener Klinikum.

Auch niedrigeres Mutterschaftsgeld

AP, Kassel

Die Regelung im Kostendämpfungs-Ergänzungsgesetz, nach der nicht der Krankenversicherung angehörende Frauen nur ein Mutterschaftsgeld in Höhe von 400 Mark erhalten können, ist nicht verfassungswidrig. Zu dieser Grundsatzentscheidung ist das Bundessozialgericht in Kassel in einem Prozeß gegen die Bundesrepublik Deutschland gekommen. Das Gericht verzichtete deshalb auf eine Vorlage beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe.

Die von einer Frau aus Rheinland-Pfalz angestrengte Klage wegen zu geringer Höhe des Mutterschaftsgeldes wurde vom Bundessozialgericht in letzter Instanz abgewiesen. Die Frau wies darauf hin, ihre Empfängnis habe vor dem Inkrafttreten des Spargesetzes gelegen. Das Gericht ging dagegen vom Zeitpunkt der Entbindung aus, der nach dem Inkrafttreten lag (AZ: Bundessozialgericht 3 RK 51/83).

In einer weiteren Entscheidung kam das Bundessozialgericht zu dem Schluß, daß Frauen, die nach der Entbindung krank sind, auch dann Krankengeld beanspruchen können, wenn sie ursprünglich Mutterschaftsurlaub in Anspruch nehmen wollten, diesen aber wegen eines Krankenhausaufenthalts nicht antreten können. Zur Begründung hieß es, auch wenn der Mutterschaftsurlaub bereits beansprucht worden sei, stehe in derartigen Fällen der Krankenhausaufenthalt dem Antritt des Mutterschaftsurlaubs entgegen. Die Krankenkassen hatten argumentiert, die eigene Entscheidung der Frau, nach Ablauf der Schutzfrist Mutterschaftsurlaub in Anspruch zu nehmen, könne auch im Krankheitsfall nicht widerrufen werden (AZ: Bundessozialgericht 3 RK 19/83).

Hexen für den Westen und eine Lotto-Glücksrakete

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Wie dem festlich gestimmten Steuer-Bürger ans Weihnachtsgeld zu kommen sei, weiß nicht nur Gerhard Stoltenberg. Sein Ostberliner Ressortkollege Ernst Höfner ist dieser Kunst ebenfalls kundig. Nach dem westlichen Vorbild der „Glücksspirale" und anderen Verführungen Fortunas, legt Ost-Berlin bei jeder vertretbaren Gelegenheit muntere Sonderlotterien auf – 108 gesparte Ost-Milliarden auf Privatkonten wollen abgeschmolzen sein.

Startete man drüben selbst zum Republik-Geburtstag Sonderziehungen und würfelte „Trabant"-Autos aus, startet das „DDR"-Staatslotto jetzt eine „Silvester-Glücksrakete". Drei Mark kosten die Lose, und 650 000 Gewinne winken – bis zu 100 000 Mark gleich bar auf die sozialistische Hand. In der (Ost-)„Berliner Zeitung" von SED-Lokalchef Konrad Naumann ist die Werbung zu lesen. Von den westlichen TV-Sendern inspiriert – als Ideenspender geht eben doch nichts über die Bundesrepublik – überträgt das Adlershofer Fernsehen zu Silvester die Ziehung.

Die „DDR" steckt ja nicht nur im politisch-ökonomischen Bereich voller Merkwürdigkeiten. Von ungewollter Komik sind mitunter die Versuche, pädagogisch zu wirken, indem man die dargebotene Sache möglichst unterhaltsam serviert. Selbst das betuliche „Neue Deutschland" ist dagegen nicht gefeit.

Auf der Lokalseite löste das Blatt ein Rätsel auf, das gegen den mächtigen Zug der Zeit in der „DDR" angehen sollte, dem Genossen Alkohol zuzusprechen. Zwischen 25 und 150 Mark gewannen die glücklichen Leser, die bei einer Knobelaufgabe über den Abbau von Promille im Korpus richtig gerechnet hatten. Lösung: Ein 70-Kilo-Mann benötige zehn Stunden, um sechs kleine Bierchen und zwei doppelte Schnäpse abzubauen. Ganz ernsthaft erläutert Polizeiarzt Dr. Hansjochen Gildemeister im SED-Organ: „Mit Beginn des Trinkens setzt die Aufnahme des Alkohols in die Blutbahn ein. Es schließt sich die Verteilung im Körper an, und gleichzeitig beginnt der Alkoholabbau."

Womit – neben Billigbieren, Teppichen und Möbeln – das mittlere Deutschland das westliche Deutschland überschwemmt, stand kürzlich ausführlich in der „Wochenpost". Es ging um die Herstellung von Pappmasken, Augenmasken, Nasen und anderen Hilfsmitteln einer mittelständischen Karnevalsfete: „Eine Idee weiter südlich (von Skandinavien ausgehend, d. Red.), in der Bundesrepublik, sind vorwiegend Hexen und Nasen gefragt", stellte der Reporter fest.

Aus der Presse von drüben

70 000 dieser Narren-Stücke fertigen jährlich die 34 Heimarbeiterinnen des „VEB Erzgebirgische Festartikel". 60 000 Gesichtszüge, die nach Hexen, Clowns und Vagabunden aussehen, verlassen jährlich den kleinen Ort Neuwürschnitz. „Besonders der Bedarf an Hexen ist einfach nicht zu decken", berichtete die Chefin, im „DDR"-Deutsch auch „Produktionsleiterin" genannt. Die meisten also für die Bundesrepublik ... 3000 000mal preßt man dort im Gebirge auch eine Weihnachtsmannlarve. Arbeiterin Gisela Fischer sagte dem Berichterstatter dabei einen durchaus doppelbödigen Satz: „Ich habe inzwischen die ganze Republik mit Weihnachtsmännern versorgt." Na, na ...

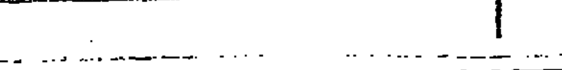
Auf anderen Feldern fallen Vergleiche und Zusammenhänge mit der Bundesrepublik nicht so humorig aus. Ein Fall, der hier sogleich den Wehrbeauftragten des Bundestages auf den Plan gerufen hätte, entlockt in der „DDR"-Armeeführung allenfalls ein nachsichtiges Lächeln: In der „Armeerundschau", Magazin mit Hochglanz-Stars, beschwerte sich ein Soldat, der Stubenälteste habe seinen auf dem Tisch liegengebliebenen Liebesbrief seiner Ehefrau in die Hand genommen und offenbar studiert.

Chefredakteur Karl Heinz Freitag belehrte den Nachwuchs-Krieger, dies sei zwar „taktlos", aber noch längst kein Verstoß gegen das Postgeheimnis, wie man es drüben versteht. Denn – so lautete seine wahrhaft dialektische Argumentation – das Postgeheimnis sichere zwar das „ungeöffnete" Aushändigen: „Wenn hingegen jemand, wie Sie es getan haben, einen geöffneten Brief frei herumliegen läßt, so kann er rechtlich keine Einwände erheben, nimmt ihn ein anderer kurz auf." Im übrigen sei der Stubensenior schließlich für „militärische Disziplin und Ordnung in der Stube verantwortlich". Mißtrauen auch beim Liebesbrief?

Mit der Schlagzeile „Wie gut, fest eingeplant zu sein", versucht die FDJ-Zeitung „Junge Welt", das in der jungen Generation gewiß vorhandene Gefühl anzusprechen, sich um eine Lehrstelle nicht sorgen zu müssen. Denn längst sind die Berufskader bis in die neunziger Jahre verplant. Da „DDR"-Jugendliche sehr differenziert denken, kennen sie zugleich aber auch die Nachteile dieses Systems: Es gibt für jeden nur e i n e n, aber keineswegs s e i n e n Arbeitsplatz, sprich Traumberuf.

Auch das Vergnügen ist fest, wenngleich nicht konkret eingeplant. Im Jugend-Teil des Volkswirtschaftsplans liest sich das so: „Entsprechend den Wünschen der Jugendlichen sind mehr niveauvolle Jugendtanzveranstaltungen in den Wohngebieten ... durchzuführen." Parteichinesisch zwar – aber Hauptsache, die Disco kommt irgendwann ins Dorf.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Münchner CSU kommt Kiesls Wunsch gelegen

Der frühere OB will in zwei Jahren in den Landtag

PETER SCHMALZ, München

Erich Kiesl, der Verlierer der Münchner Kommunalwahl im Frühjahr, bereitet den Rückzug vom Ort seiner größten politischen Niederlage vor. Im Münchner Rathaus, in dem der CSU-Politiker sechs Jahre als Oberbürgermeister regierte, bis er im März von seinem SPD-Vorgänger Georg Kronawitter überraschend hoch geschlagen wurde, will Kiesl nur noch zwei Jahre als CSU-Fraktionsvorsitzender ausharren, um im Oktober 1986 in den Bayerischen Landtag überzuwechseln. Wie er jetzt öffentlich verkündete, beansprucht er dafür Platz drei auf der oberbayerischen Liste.

Der Wunsch wird ihm mit hoher Wahrscheinlichkeit erfüllt, denn einerseits kann er darauf pochen, diese Plazierung stehe ihm als Münchner CSU-Bezirksvorsitzendem zu, und andererseits werden seine derzeitigen Fraktionskollegen alles unternehmen, daß ihm kein Stein den Weg aus dem Rathaus hinüber in den Landtag erschwert. Mancher CSU-Stadtrat bedauert sogar, daß diese Landtagswahl erst in zwei Jahren und nicht schon morgen stattfindet.

Diese Empfindungen entspringen jedoch weniger der Sorge um die politische Zukunft des einstigen Oberbürgermeisters als vielmehr der ernüchternden Erkenntnis, daß Kiesl das vernichtende Wählervotum nur schwer verkraftet und die Fraktion, die er als Rathauschef oft selbstherrlich behandelte, kaum für die Auseinandersetzungen mit der SPD und ihrem OB Kronawitter motivieren kann. Als Kiesl kürzlich in nobelster Münchner Adresse ein Wirtschaftsberatungsbüro eröffnete, hoffte mancher Parteifreund auf einen schnellen und vollständigen Ausstieg des „sinkenden Polit-Sterns", wie ihn eine Lokalzeitung spöttisch bezeichnete.

Listenplatz drei

Nun aber liegt sein Fahrplan auf dem Tisch. Demnach wird nicht nur die Fraktion mit ihm noch zwei Jahre auskommen müssen, auch als Münchner CSU-Chef wird er sich bei den Neuwahlen im Frühjahr für nochmals 24 Monate bestätigen lassen. Denn diesen Posten benötigt er für seinen Anspruch auf den dritten Listenplatz.

Damit ist zumindest vorerst Gerüchten der Boden entzogen, die das CSU-Multi-Talent Gerold Tandler schon im nächsten Jahr an der Spitze der Münchner Christsozialen sehen wollten. Tandler selbst lächelt abwehrend über solche Spekulationen, er weiß aber sehr wohl über die Machtbasis, über die jeder der zehn „Bezirksfürsten" in der Partei verfügt. Sollte einmal die Frage nach einem neuen Ministerpräsidenten beantwortet werden müssen, dann *könnte* der Münchner Bezirksvorsitz schwerer wiegen als der Posten des Fraktionschefs im Landtag oder des Generalsekretärs.

Diskussion über Satzung

Aber Tandler wäre schlecht beraten, wollte er jetzt *und* auch noch gegen Kiesls Willen auf den Münchner Chefstuhl drängeln und damit nur die Schar der Neider vergrößern, die schon jetzt seine respektable Machtfülle argwöhnisch beäugen. Er kann warten: Im Frühjahr 1987, wenn Kiesl den Stuhl dann wahrscheinlich freiwillig räumt, wird Tandler seinen Zweit-Job als Generalsekretär abgegeben und damit günstigere Voraussetzungen für die Übernahme eines neuen Parteiamtes geschaffen haben.

*Die CSU der bayerischen Landes*hauptstadt bietet derzeit ohnehin ein Bild, das keinen locken möchte, deren Zügel in die Hand zu nehmen. Dem Bezirksvorstand steht morgen *eine heiße Diskussion bevor, wenn* erneut über eine Satzungsänderung beraten wird, durch die der Verband 1280 seiner knapp 13 000 Mitglieder zu verlieren droht. Denn nach dem Landesschiedsgericht müssen alle Mitglieder, die in der Münchner CSU gemeldet sind, aber jenseits der Stadtgrenzen wohnen, den Bezirksverband verlassen. Von diesem Rausschmiß sind nur Bundestags- und Landtagsabgeordnete sowie Bezirksräte ausgenommen.

Kiesl plädiert für eine harte Linie, andere favorisieren einen Kompromiß: Künftig sollen nur noch Münchner aufgenommen werden, die Alt-Mitglieder aber dürfen auch dann bleiben, wenn sie inzwischen in ein Häuschen im Grünen gezogen sind. Die Debatte, so ein CSU-Mann, hat Unruhe und Unsicherheit in die Partei gebracht: „Unsere politischen Aktivitäten werden dadurch sehr belastet."

Der Kanzler, Frau Kohl und die „Initiative Lebensmut"

Von EVI KEIL

Mit großem Geschick, aber auch *dezent* hat Hannelore Kohl in den letzten zwölf Monaten Menschen in der Bundesrepublik für ein Problem interessiert, das bisher dem Interesse und der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit eher entzogen war: Mit der großen Popularität, die die Frau eines Kanzlers hat, machte sie auf die vielen Möglichkeiten der Rehabilitation hirnverletzter Unfallopfer in der Bundesrepublik aufmerksam.

Sie stellte ihre Arbeit unter das Motto „Initiative Lebensmut". Und als Präsidentin des Kuratoriums „ZNS", „für Unfallverletzte mit Schäden des zentralen Nervensystems", wie es etwas kompliziert heißt, erwies sie sich in einem Jahr auch als erfolgreiche Sammlerin von Geldspenden. Eine viertel Million Mark konnte Hannelore Kohl an Einrichtungen für die Rehabilitation solcher *Unfallop*fer geben.

Über ihr Motiv, sich für diese Menschen einzusetzen, sagt die Frau des Kanzlers in einem Gespräch mit der WELT: „Ich kannte die Problematik, um die es ging. Als mein Mann Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz war, wurde ich Schirmherrin der Neurologischen Rehabilitationsklinik in *Vallendar*. *Gespräche mit Ärz*ten zeigten mir, daß in der Rehabilitation hirnverletzter Unfallopfer noch viel zu tun ist."

Das, was Frau Kohl am meisten *erschütterte, ist die große* Zahl vor allem junger Menschen, die bei Unfällen, speziell im Straßenverkehr, auf dem Motorrad, Schädelverletzungen erleiden. „Schädelverletzungen *sind die Todesursache Nummer eins* bei 15- bis 25jährigen. 10 000 bis 20 000 Menschen erleiden jährlich Dauerschäden nach solchen Unfällen."

Frau Kohl, die ihren Mann kürzlich nach Wien begleitete, hat dort ein Rehabilitationszentrum für hirnverletzte Unfallopfer besucht. „Das Durchschnittsalter der Patienten war 22 Jahre", *berichtet* sie. „Für *mich hat* diese Erkenntnis auch eine moralische Komponente. Nicht daß ich Moralin verspritze. Aber man muß darauf hinweisen, das kann jedem passieren, *morgen zum Beispiel*. Es geht darum, nach dem Unfall optimale Voraussetzungen zu schaffen, das Zusammenspiel der Kräfte zu koordinieren, damit nicht durch unnötige Wartezeiten mögliche Genesung erschwert wird."

Und das genau ist der Punkt, an dem die Arbeit der Präsidentin Kohl einsetzt: „Schwerstverletzte", sagt *sie*, „*haben heute eine große Überle*benschance aufgrund der ganz hervorragenden Einsätze von Hubschraubern, Krankenwagen und der Arbeit in den Intensivstationen. Bei *Verletzungen mit Hirnschäden aber* kommt es darauf an, die Rehabilitation so schnell wie möglich an den Krankenhausaufenthalt anzuschließen. Denn es ist unglaublich, welche Fortschritte mit einer gezielten



Hannelore Kohl
FOTO: R.SCHULZE-VORBERG

nachfolgenden Behandlung gemacht werden können."

Um in der Bundesrepublik die Re*habilitation solcher Unfallopfer* zu unterstützen, wird das Kuratorium ZNS in Bonn eine Auskunfts- und Vermittlungsstelle für freie Rehabilitationsplätzen einrichten. Die Arbeitsräume *stellt* der *Bund Deutscher* Hirnbeschädigter zur Verfügung, das notwendige Arbeitsmaterial und das Personal das Kuratorium.

Dazu Frau Kohl: „Mit der Einrichtung einer solchen Auskunftsstelle schließen wir eine große Lücke. Ärzte *aus der ganzen* Bundesrepublik können hier freie Betten für Rehabilitationspatienten erfragen, was bisher nicht möglich war. Wir wissen", fügt sie hinzu, „daß nach der Entlassung eines *Patienten* aus dem Krankenhaus jede folgende Woche zählt. Wenn Maßnahmen schnell einsetzen, gibt es einen hohen Prozentsatz von Menschen, die wieder auf ihren Arbeitsplatz zurück können. Das ist ja auch eines unserer Anliegen."

Den Patienten wird mit dieser Einrichtung entscheidend geholfen. Hannelore Kohl: „Man kann natürlich sagen, es gibt nichts Besseres, *als* zu Hause zu sein. Das gilt für diese Art von Patienten nur sehr eingeschränkt. Die Interimsphase zu Hause, bevor Rehabilitation einsetzt, kann zu einer Negativphase werden, die diese Menschen sehr depressiv macht. Denn sie messen sich dann am gesunden Umfeld, in das sie noch nicht hineinpassen."

Die Kuratoriumspräsidentin hat durch das Spendenaufkommen inzwischen wertvolles diagnostisches und therapeutisches Gerät an einzelne Institutionen und Einrichtungen weitergeben können. So *erhielt* zum Beispiel die orthopädische und Poli-Klinik der Uni Heidelberg für ihre Abteilung für posttraumatisch-cerebralgeschädigte Kinder einen Zuschuß von 40 000 Mark für die Anschaffung eines Elektro-Myographen. Die Neurologische Klinik in Vallendar bekam einen rollstuhlgerechten Kleinbus für 25 200 Mark.

Frau Kohl: „*Wir wollen* vor *allem* auch kleineren Institutionen mit Sachzuwendungen helfen, damit modernes Gerät angeschafft werden kann. Die Anschaffungswünsche prüft das *Kuratorium*. Inzwischen sind zehn Institutionen von uns bedacht worden."

Inzwischen haben sich die Medien, Einzelpersonen, Firmen, aber auch Schulklassen mit Frau Kohls Initiative befaßt: Am 6. Dezember wird Hannelore Kohl im „Gesundheitsmagazin Praxis" im ZDF für ihre Arbeit werben können. Mit Frau Kohl werden über *ihre* Arbeit unter anderem Mildred Scheel und Veronica Carstens sprechen. Frau Scheel gründete die Deutsche Krebshilfe, Frau Carstens wurde Schirmherrin der Multiple-Sklerose-Kranken.

Hannelore Kohl ist keine Ärztin. Dafür *hat sie sich* erstaunlich schnell in die Problematik ihres Aufgabenbereichs eingearbeitet. „Eigentlich habe ich in meinem Leben nie das Rampenlicht gesucht", sagt sie. „Aber wenn ich mich jetzt für einen bestimmten Personenkreis engagiere, weiß ich, daß das sinnvoll ist und daß diese Tätigkeit auch für mich machbar ist."

Die Furcht des Vorstands vor undichten Stellen

Ehemaliger stellvertretender „Stern"-Verlagsleiter sagte aus

UWE BAHNSEN, Hamburg

Mit dem früheren stellvertretenden Verlagsleiter des „Stern", Wilfried Sorge, hat gestern im Betrugsprozeß um die gefälschten Hitler-Tagebücher zum ersten Mal einer der damals unmittelbar an der Affäre beteiligten Manager aus dem Hause Gruner + Jahr als Zeuge ausgesagt. Der 41jährige Verlagskaufmann, der vor einem halben Jahr bei G+J ausschied, konnte erst nach mehrfachen Umladungen in den Zeugenstand treten – ein Indiz dafür, daß der ursprüngliche Zeitplan der Großen Strafkammer 11 für die Bewältigung des umfangreichen Prozeßstoffs bereits *durcheinander geraten ist*. Sorge, der seit Mitte 1977 die Stellvertreter-Position in der Verlagsleitung des Flaggschiffs „Stern" innehatte, ist vor allem als Folge seiner persönlichen Freundschaft mit dem damaligen Ressortleiter Thomas Walde, dessen Vernehmung das Gericht inzwischen beendet hat, in den Strudel des Skandals hineingeraten.

Sorge bestätigte *im* wesentlichen die Darstellung Waldes über den Beginn des Projekts Hitler-Tagebücher – *die* ersten Gespräche darüber bei einer gemeinsamen Wanderung im Oktober 1980, und seinen damaligen Rat an den Freund und Kollegen, wenn es eine Chance zur Beschaffung der Tagebücher gäbe, solle man sie nach seiner persönlichen Auffassung nutzen. Auch Sorges Schilderung der ersten Besprechung über das Projekt mit dem Vorstandsvorsitzenden Manfred Fischer und dem Vorstandsmitglied Jan Hensmann am 27. Januar 1981 entsprach den Aussagen der damaligen Konferenzteilnehmer Walde und Heidemann. Wie sie führte Sorge *den bei diesem Treffen gefaßten* Beschluß, die damalige Chefredaktion des „Stern" zunächst nicht zu informieren, auf die Befürchtung zurück, die Redaktionsspitze werde die Ge*heimhaltung, eine von Heidemann* genannte absolute Voraussetzung für das Vorhaben, nicht wahren können.

Der Vorstandsvorsitzende habe es sich vorbehalten, die Chefredakteure zu einem von ihm als tunlich erkannten Zeitpunkt zu informieren. Sorge wandte sich in diesem Zusammenhang nachdrücklich gegen den Eindruck, die Chefredaktion sei erst sehr spät eingeweiht worden: „Von den neun Vierteljahren, die von der Konferenz am 27. Januar 1981 bis zur Veröffentlichung der ersten Serienfolge *über die Tagebücher vergingen*, wußten die Chefredakteure acht Vierteljahre hindurch Bescheid."

Angesichts der Tatbestände, die Heidemann anhand seiner „Präsentationsmappe" auf dieser Konferenz geschildert hatte, seien alle Beteiligten sicher gewesen, „auf dem richtigen Wege zu sein". Auch die erforderlichen Echtheitsprüfungen seien damals erörtert worden; man habe jedoch beschlossen, dieses Problem zunächst aufzuschieben, bis eine größere Zahl an Tagebüchern vorliegen würde. Damit sollte das Risiko, durch ein vorzeitiges Bekanntwerden könne die *Lieferung* der Bände womöglich ins Stocken geraten, so gering wie möglich gehalten werden.

Vorstandschef Fischer habe die sofortige Auszahlung eines ersten Betrages von 200 000 Mark an Heidemann zur Beschaffung von Tagebüchern genehmigt. Als er drei Wochen nach dieser Konferenz das erste Tagebuch beschafft hatte, habe er von der Verlagsspitze die Order erhalten: „Machen Sie weiter, kaufen Sie!"

USA schlagen Tür zur Unesco nicht ganz zu

AFP, Washington

Die USA wollen sich nach ihrem etwaigen Austritt aus der Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur durch eine Beobachterdelegation in der Unesco vertreten lassen. An der Bildung einer solchen Delegation werde derzeit gearbeitet, teilte der für internationale Organisationen zuständige Unterstaatssekretär Gregory Newell der „Washington Post" mit. „Wir schlagen die Tür nicht gänzlich zu", betonte er. Doch bestünden nur sehr geringe Aussichten, daß Washington seinen Entschluß, die Unesco zum Jahresende zu verlassen, doch noch zurücknimmt. Die Organisation habe keine ausreichende Reform vollzogen, die eine weitere Mitgliedschaft der USA erlaubt hätte. Newell bestritt, daß es der US-Regierung auf einen Rücktritt von Unesco-Generalsekretär Amadou Mahtar M'Bow ankomme. Die amerikanische Kritik richte sich nicht gegen Personen, sondern gegen Sachfragen, meinte er.

Zum Bukarester Attentat bekannt

AFP, Bukarest/Paris

Die palästinensische Terrororganisation „Schwarzer September" hat die Verantwortung für das Attentat von Bukarest übernommen und die Wiederaufnahme ihrer Terroroperationen angekündigt. Dies teilte ein anonymer Anrufer, der sich als Mitglied der Organisation ausgab, der französischen Nachrichtenagentur AFP telefonisch mit. Wie die rumänischen Behörden offiziell mitteilten, ist der Mörder des jordanischen Botschaftsrates in Bukarest, Azmi al Mufti, ein palästinensischer Student mit jordanischem Paß. Der am Tatort festgenommene 27jährige Architekturstudent Ahmed Mohammed Ali Hersch aus Nablus im Westjordanland hatte den jordanischen Diplomaten am Dienstag morgen durch mehrere Revolverschüsse getötet.

21 Journalisten 1984 ermordet

dpa, Washington

In diesem Jahr sind in 15 Ländern 21 Journalisten ermordet worden. 94 Reporter wurden festgenommen oder ausgewiesen, und in vielen Staaten wurde die Zensur verschärft. Das geht aus einem in Washington veröffentlichten Bericht der Organisation „Freedom House" hervor. In der Studie heißt es, etwa drei Viertel der Medien in aller Welt würden von Regierungen beeinflußt oder total kontrolliert. Pressezensur etwa über die Dürre in Äthiopien habe Hilfsaktionen gegen die Hungersnot verzögert. Chile und Haiti seien die Länder, in denen die Zensur am spürbarsten verschärft worden sei. In Argentinien, Ägypten, El Salvador, Grenada, Guatemala, Guinea, Jordanien und Südkorea hätten sich die Arbeitsbedingungen für Journalisten dagegen verbessert.

Große Parteien fehlten in Prag

AFP, Prag

Zu der in Prag tagenden Ideologie-Konferenz haben weder die großen kommunistischen Parteien Chinas, Frankreichs und Italiens, noch die Parteien Jugoslawiens und Albaniens Vertreter entsandt. Das verlautete gestern aus Kreisen politischer Beobachter in Prag. Thema der Konferenz ist der „Kampf für den Frieden und gegen den Imperialismus". Die KPdSU schickte ihren Chefideologen Boris Ponomarjow nach Prag.

Nationalgarde stützt den Wirtschaftsfachmann

Hohe Arbeitslosigkeit und stark wachsende Bevölkerung

G. FRIEDLÄNDER, Miami

Unter den vielen Spielarten der Demokratie, die Lateinamerika hervorgebracht hat, kann man die panamaische die „Demokratie des Konsensus" nennen. Sie ist übereingekommen, daß der aus den Mai-Wahlen hervorgegangene Präsident Nicolas Ardito-Barletta (48) „wahrscheinlich" nicht die meisten Stimmen erhielt. Da aber in Panama niemand ohne das volle Vertrauen der Nationalgarde regieren kann, scheint es den Konsensus-Demokraten besser, daß der politische Prozeß vereinfacht wurde: Die Nationalgarde ließ ihren Vertrauensmann zum Sieger erklären, statt Arnulfo Arias, der „vielleicht" mehr Stimmen an den Urnen bekam, erst stürzen zu müssen.

Solche Erwägungen sollte man nicht zynisch nennen. Panamas neuer Präsident ist wohl der geeignetste



Mann für dieses Amt. Dank einer soliden Erziehung an der Universität von Chicago (er ist dennoch kein „Chicago Boy") erwarb sich Ardito-Barletta den Ruf eines erstklassigen Wirtschaftsfachmanns. Er war Vizepräsident der Weltbank. Er braucht diese Kenntnisse, um das kleine Land (zwei Millionen Einwohner auf 77 100 Quadratkilometer) mit seiner hohen Auslandsschuld von 3,5 Milliarden Dollar, der Arbeitslosigkeit von etwa 15 Prozent bei einer mindestens doppelt so großen Unterbeschäftigung aus seiner Krise zu führen. Im Geist des Konsensus bat er die Oppostion, ihre bitteren Gefühle zu überwinden.

Der neue Präsident versprach der Opposition, die Nationalgarde werde sich ausschließlich der Landesverteidigung widmen und die Autorität der Zivilregierung stärken. Allerdings soll der Kommandant der Nationalgarde, General Manuel Antonio Noriega, bei der Bildung der neuen Regierung mehrmals seine Hände im Spiel gehabt haben. Nur die Zukunft kann zeigen, ob Ardito-Barlettas Amtszeit wie die seiner drei Vorgänger von der Nationalgarde bestimmt wird, oder ob er die in der Verfassung vorgesehenen fünf Jahre abdienen darf.

Die politische Aufgabe der neuen Regierung ist der Wiederaufbau der demokratischen Institutionen, die gemeinsam daran arbeiten müssen, das Land dafür vorzubereiten, im Jahr 2000 den Panamakanal ohne die USA zu verwalten. Der Kanal ist Panamas Schicksal. Es hätte am Anfang des Jahrhunderts nie die Unabhängigkeit von Kolumbien errungen, wenn die USA dank ihrer Sonderinteressen am Kanal nicht dabei geholfen hätten.

Der Kanal war lange das Rückgrat der panamaischen Wirtschaft. Die nordamerikanischen Truppen und ein großzügiges Freihafengesetz pumpten ohne Eigenanstrengung Geld in die Wirtschaft. Das änderte sich. Panama suchte die sich vermindernden Einnahmen durch eine eigene Industrie, den Fremdenverkehr und vor allem ein internationales Bankzentrum zu ersetzen, das lateinamerikanisches Fluchtkapital aufzufangen wußte. Dabei half, daß Panama zwar eine eigene Währung hat, die aber Parität zum Dollar wahrt.

Aber mit Freihäfen auf fast allen internationalen Flugplätzen der Erde und vielen Spielkasinos auf den Karibischen Inseln hat Panama viel von seiner Anziehungskraft für Urlauber verloren. Die Luxushotels sind nicht ausreichend belegt. Die Tätigkeit der Industrie fiel 1983 um mehr als zwei Prozent, die Bautätigkeit sogar um fast 28 Prozent.

Das alles bedeutet, daß man nicht die erforderlichen neuen Arbeitsplätze schaffen kann. In den letzten fünfzehn Jahren nahm die Bevölkerung um knapp die Hälfte zu. Wie in anderen lateinamerikanischen Ländern liegt die schwarze Bevölkerung weitgehend unterhalb der Armutsgrenze.

Kambodschanischer Widerstand gegen Vietnamesen vereint

Viele Opfer bei der neuen Trockenzeit-Offensive / Flüchtlingswelle nach Thailand

CHRISTEL PILZ, Bangkok

Bis zum 18. November war Nong Chan ein pulsierendes Flüchtlingslager an der kambodschanischen Grenze zu Thailand, 15 Kilometer nördlich des Thai-Grenzstädtchens Aranyaprathet. 20 000 Khmer lebten in simplen Bambushütten mit dem Wenigen, was sie in den letzten sechs Jahren dank westlicher Hilfe wieder erworben hatten: Fahrräder, Radios, Handwerkszeug, Ochsenkarren. Damals waren sie vor dem Einmarsch der Vietnamesen und neuem Krieg an die Grenze geflohen. Jetzt sitzen sie wieder auf Thaiboden, wieder darauf angewiesen, daß der Westen ihnen mit Spenden hilft.

Sie sind die ersten Opfer der neuen Trockenzeitoffensive, die Hanoi mit einer donnernden Attacke von schwerer Artillerie und Panzern auf Nong Chan begonnen hat. Mehr Flüchtlinge werden kommen, warnt der Generalsekretär des thailändischen Sicherheitsrats, Prasong Soonsiri. Er rechnet mit einer Flüchtlingsschar von 100 000.

Allein in Nong Chan sind unzählige Menschen ums Leben gekommen. Auf der Seite der Angreifer sollen mehr als 100 gefallen und noch mehr verwundet worden sein. Die meisten wurden Opfer von Landminen, den gefürchtetsten aller Waffen in dem insgesamt fast fünfzehnjährigen Kambodschakrieg.

Die Khmer hatten den Zugang zu ihrem Lager vermint. Obendrein hatten sie den Vietnamesen den Nachschub blockiert. Sieben Tage nach ihrem Einzug in Nong Chan zogen die Vietnamesen wieder ab – verbrannte Erde hinter sich lassend. Als nächstes dürften sie das weiter nördlich gelegene Ampil angreifen, wo die Widerstandsgruppe unter der Führung des ehemaligen Premierminister Son Sann ihr Hauptquartier hat.

Nong Chan war strategisch nicht wichtig, Ampil ist es. Nach Auskunft thailändischer Militärs haben die Vietnamesen mindestens fünf Panzer und mehrere schwere Geschütze in Stellungen um Ampil gebracht. An die 3000 Widerstandskämpfer sind zur Abwehr postiert, darunter Einheiten aus der Widerstandstruppe von Prinz Sihanouk. Son Sann hat heute 12 000, Prinz Sihanouk 6000 Mann unter Waffen.

Zum ersten Mal kämpfen sie jetzt zusammen, zum ersten Mal auch



Führt die Koalition: Prinz Sihanouk FOTO: DW

haben sie ihre Verteidigung mit den ehemals Roten Khmer koordiniert, die bis heute mit über 50 000 gut bewaffneten und kampfgestählten Guerrillas die schlagkräftigste Truppe sind. Die Roten Khmer kämpfen hinter den Linien der Vietnamesen, sabotieren ihre Basen und Vorratslager. Diese Kooperation signalisiert eine weitere Stabilisierung der bereits 1982 geschlossenen Koalitionsregierung der drei Widerstandsgruppen. Als Präsident dieser von der UNO mit überwältigender Mehrheit als rechtmäßige Vertretung des kambodschanischen Volkes anerkannten Koalitionsregierung fungiert Prinz Sihanouk. Der Gegner ist das von Hanoi an die Macht gehobene Regime in der Hauptstadt Phnom Penh unter Präsident Heng Samrin.

Hanois Strategen haben sich in Kambodscha verkalkuliert. Ohne Erfolg versuchen sie seit sechs Jahren mit brutaler Waffengewalt den Widerstand zu zerschlagen und die Anerkennung ihrer Marionetten in Phnom Penh zu erzwingen. Stattdessen ist der Widerstand zu einer nationalen Kraft gewachsen. Kann es dennoch einen militärischen Ausweg zugunsten der Vietnamesen geben?

Entgegen ihrer bisherigen Praxis haben die Vietnamesen ihre Grenzpositionen während der letzten Regenzeit nicht abgezogen. Sie haben sie ausgebaut und mit schweren Waffen verstärkt. Was aber soll der Ausbau der Artillerie in einem Guerrillakrieg? Sie kann nur wirksam sein gegen schutzlose Lager von Zivilisten. Oder sind ihre eigentliche Ziele die militärischen Grenzlager der Thais? Wiederholt haben die Vietnamesen in den vergangenen Jahren grenzüberschreitende Operationen versucht, um den kambodschanischen Widerstandslagern in den Rücken zu fallen.

Jedesmal wurden die Vietnamesen unter blutigen Verlusten von den Thais zurückgeschlagen. Besorgt registrieren die Thais die jüngsten Beistandsversicherungen des Kreml an Hanoi wie an Phnom Penh.

Daß dies nicht nur Worte sind, zeigt sich an konkreten Gesten: An der jüngsten Entsendung von 60 Panzern und fünfzehn bewaffneten Truppentransportern zur Verstärkung des vietnamesischen Kriegsarsenals in Kambodscha, an einer Verstärkung der Präsenz sowjetischer Kriegsschiffe in der Nähe des Golfs von Thailand und an der Entsendung von fünf weiteren Badger TU-16 Kampfflugzeugen nach Cam Ranh Day, der sowjetischen Mehrzweckbasis in Vietnam.

Chefredakteur von Le Monde gescheitert

A. GRAF KAGENECK, Paris

Nach dem Rücktritt ihres Chefredakteurs André Laurens (50) am späten Dienstagabend muß die Aktionärsversammlung der an den Rand des Konkurses geratenen Pariser Abendzeitung „Le Monde" am 20. Dezember einen Nachfolger wählen, dem die Doppelaufgabe der wirtschaftlichen Sanierung und konzeptionellen Umgestaltung des Blattes zufallen wird. Erinnert man sich der Auseinandersetzungen um die Nachfolge des langjährigen Chefredakteurs Jacques Fauvet, die zur Wahl des „kleinsten gemeinsamen Nenners" André Laurens führten, so muß man sich auf einen erbitterten Kampf gefaßt machen.

Laurens hatte dem Betriebsrat seinen Rücktritt eingereicht, nachdem eine Redakteursversammlung am Montag mit großer Mehrheit seinen Sanierungsplan abgelehnt hatte. Dieser sah den Verkauf des Verlagsgebäudes in der Rue des Italiens, die Stillegung einer der beiden Pariser Druckereien, den Übergang zum Faksimile-Verfahren und eine generelle Gehaltskürzung der etwa 1500 Redakteure und Angestellten des Hauses um zehn Prozent vor. Vor den Redakteuren, die 40 Prozent des Aktienkapitals der Zeitung innehaben, hatten schon die nicht zum Personal gehörenden Aktionäre den Laurens-Plan abgelehnt. Eine ursprünglich für Freitag vorgesehene Generalversammlung aller Aktionäre zur Abstimmung über einen verbesserten Sanierungsplan wurde auf die Zeit nach der Wahl eines neuen Chefredakteurs anberaumt.

Der „Monde" steckt seit etwa drei Jahren in einer sich rapide zuspitzenden Krise, die sich in einem Rückgang der Auflage (von 500 000 im Jahr 1980 auf 375 000 im Oktober 1984) einem etwa zehnprozentigen Anzeigenschwund und der Unmöglichkeit ausdrückt, unter den 185 Redakteuren des Blattes zu einem Konses über ein neues, attraktiveres Konzept des seit 1944 unveränderten Blattes zu kommen. Laurens hatte vor einem halben Jahr dem Blatt durch wöchentliche Beilagen und gezielte Information einen „New Look" verpassen wollen, der nicht zu Buche schlug und das jährliche Defizit auf umgerechnet 23 Millionen Mark ansteigen ließ.

Bezahlen ohne Interesse

U-Boot-Forschung der NATO verwundert über Deutsche

cvb, La Spezia

Im norditalienischen Hafen La Spezia unterhält die NATO ein Forschungszentrum, dessen Ergebnisse als Verschlußsachen an die Mitgliedsstaaten gehen: Es befaßt sich mit der Ausbreitung des Schalls unter der Meeresoberfläche. Damit liefert es Grundlagen für ein Gebiet, das für die NATO eine Schlüsselrolle spielt: die U-Boot-Jagd.

Kein Wunder, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien die Arbeit mit großem Interesse verfolgen. Schon einmal gelang es ihnen mit raffinierten Ortungsmitteln, die von der Wissenschaft bereitgestellt wurden, einen unter Wasser lauernden Gegner auszuschalten: die deutschen U-Boote im Zweiten Weltkrieg. Amerikaner und Briten wissen, um was es geht, denn die Bedrohung ihrer Schiffe auf den Weltmeeren durch sowjetische U-Boote ist weitaus größer als die damals von deutschen U-Booten ausgehende Gefahr: viele von ihnen tragen strategische Interkontinentalraketen.

Bis heute ist die Ausbreitung des Schalls unter Wasser der Schlüssel zur Ortung eines U-Bootes. (Radar versagt im Wasser.) Wasser leitet Schall besser als Luft, aber unterschiedliche Wassertemperaturen und andere Einflüsse verfälschen Ortungsbemühungen.

Das NATO-Forschungszentrum in La Spezia wird im Auftrag des Obersten alliierten Befehlshabers im Atlantik, Admiral Wesley McDonald, betrieben, dessen Hauptquartier in Norfolk im US-Staat Virginia liegt. 250 Wissenschaftler aus den meisten NATO-Staaten arbeiten in La Spezia mit einem Jahresetat von umgerechnet 36 Millionen Mark. Neben Washington und London trägt Bonn die meisten Kosten.

Im merkwürdigen Gegensatz dazu scheint Bonn aber nur wenig Interesse an der Arbeit zu haben. Das Zentrum verschickt regelmäßig seine Berichte auch in die Bundesrepublik, doch, wie vor Ort verlautet, kommen Rückfragen aus Bonn fast nie. Die Kette hoher Besucher aus den anderen NATO-Staaten reißt nie ab. Deutsche Besucher wurden hingegen noch nie gesichtet.

Das löst Rätsel aus, denn eine wichtige Aufgabe der Bundesmarine ist die U-Boot-Jagd. Weniger Rätsel löst die Tatsache aus, daß wissenschaftliche Mitarbeiter aus der Bundesrepublik sich im Gegensatz zu anderen Nationen nicht um die Mitarbeit in La Spezia reißen. Ein Eingeweihter: Viele befürchten eine unvorteilhafte Laufbahn-Unterbrechung.

Das Zentrum unterhält ein seegehendes Schiff von 2800 Tonnen, die „Maria Paolina G.". Wie die Sowjets das einschätzen, zeigt die Tatsache, daß die „Maria Paolina G.", die aussieht wie ein harmloser Dampfer, häufig von sowjetischen Kriegsschiffen beschattet wird. An Bord des Forschungsschiffes befindet sich neben anderem elektronischem Gerät auch eine Satelliten-Empfangsanlage. Ein neues, fast geräuschloses Schiff wird gebaut.

„Gesellschaft der Informatik kommt"

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Ein ungewöhnliches Manuskript wird seit einigen Monaten „unter der Hand" in Polen verbreitet: In Schreibmaschinen-Kopien zirkuliert der dritte Band eines Buches, das der polnische Alt-Marxist und Adam Schaff unter dem Titel „Die polnische Lektion" geschrieben hat.

Die „Polnische Vereinigte Arbeiterpartei" reagierte auf Schaffs jüngstes Werk, indem sie den Autor – Parteimitglied seit 1936, während des Zweiten Weltkrieges Emigrant in Moskau, 1957-1968 Mitglied des ZK – aus ihren Reihen ausschloß. Schaff, der zu den bedeutendsten Köpfen der zeitgenössischen marxistischen Philosophie zählt, wird von parteiamtlicher Seite vorgeworfen, er habe nicht nur die leninistische Theorie der „Diktatur des Proletariats", sondern dazu auch noch die These Lenins von der KP als einer „Partei neuen Typus" über Bord geworfen.

Der Philosoph, der sich auch heute zur kommunistischen Idee bekennt, bezeichnete die Behauptung der polnischen Parteispitze, er sei ein „Bannerträger des Anti-Kommunismus" und Gehilfe der „Konterrevolution", als „lächerliches" Relikt aus einer Zeit, in der man Verdächtigungen an die Stelle von Argumenten setzte. Eine der wichtigsten Thesen Schaffs lautet nämlich: Die heute in Polen sichtbare „Mauer" zwischen der Gesellschaft und der politischen Macht sei in jenem Augenblick aufgerichtet worden, als eine Revolution nach Polen importiert wurde, für die es im Lande keinerlei gesellschaftlichen Konsens gegeben habe. Die polnische KP, so Schaff, sei „innerlich zerschlagen" und in rivalisierende Fraktionen gespalten.

Schaff gehört – außerhalb der Reihen der Funktionäre und der Polizei – zu den wenigen Polen, welche die Verkündung des Kriegszustandes durch General Jaruzelski billigten. Aber, so fügt er heute hinzu – die am 13. Dezember 1981 gegebene Chance sei nicht genutzt worden. Damals hätte man nämlich nicht nur die Gewerkschaft „Solidarität" auflösen sollen, sondern auch die Kommunistische Partei, meint Schaff. Man hätte eine „neue Partei" schaffen müssen, die von der polnischen Öffentlichkeit eher akzeptiert worden wäre als die kompromittierte KP.

Bis zum vergangenen Jahr hatte Schaff noch die Möglichkeit, einige seiner Thesen in der offiziellen polnischen Presse zu veröffentlichen. Doch seine Thesen, von denen manches Mal sogar geglaubt wurde, sie stünden den Ideen des Generals Jaruzelski gar nicht so fern, stießen auf Widerstand einheimischer Ideologen und sowjetischer Funktionäre. Die schärfsten Proteste hagelten auf den Philosophen hernieder, als er erklärte, daß in Polen 1945 weder subjektiv noch objektiv Voraussetzungen für eine kommunistische Revolution bestanden hätten. Die in Polen von den Kommunisten eingeschlagene „falsche Politik" werde die Möglichkeiten zu einer Verwirklichung des Sozialismus „um zwei bis drei Generationen" verzögern, meint Schaff.

Über seine ursprünglichen Gesinnungsgenossen sagt der in jeder Beziehung „unorthodoxe" polnische Professor, die polnischen Marxisten seien „manchmal furchtbar orthodox" und neigten dazu, mit aller Gewalt gewisse überholte Formulierungen zu verteidigen, weil sie sich kein anderes Leben vorstellen könnten. Über die Versuche der östlichen und polnischen Ideologie-Funktionäre, die These von der „Diktatur des Proletariats" zu verteidigen, findet Schaff beinahe ironische Formulierungen: Man streite sich über die Aufrechterhaltung der Diktatur des Proletariats in einer Gesellschaft, in der es überhaupt kein Proletariat mehr geben werde. Schon Marx habe 1859 vorausgesehen, daß die Automatisierung der Produktion schließlich zum Verschwinden der Arbeiterklasse führen werde.

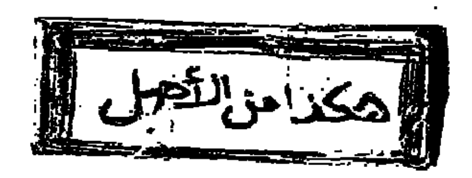
Diese künftige Gesellschaft, die er mit offenkundigem Unbehagen betrachtet, bezeichnet der Marxist Schaff als die „Gesellschaft der Informatik", in der jene die politische Macht – bis hin zur Diktatur und Unterdrückung – ausüben werden, welche den Zugang zu den Computern kontrollierten. Die von Schaff vorausgesehene „Gesellschaft der Informatik" berge beides in sich – die Möglichkeit zu großem Wohlstand und ungeahnten Formen der Freiheit, aber ebenso die Möglichkeit der Manipulation und Unterdrückung. Den Marxisten und Kommunisten wirft Schaff vor, diese neue Entwicklung überhaupt nicht begriffen zu haben. Sie glaubten immer noch, daß man Macht über andere Menschen nur durch Privateigentum und ökonomische Privilegien ausüben könne.

Maltas Neutralität ist „erloschen"

AP, Valletta

Ministerpräsident Dom Mintoff hat die Vereinbarung Maltas mit Italien über den neutralen Status der Mittelmeerinsel für erloschen erklärt. Vor dem Parlament in Valletta sagte Mintoff anläßlich der Ratifizierung eines maltesisch-libyschen Vertrages über Zusammenarbeit und Freundschaft, die Neutralitätsvereinbarung sei hinfällig, da ein an sie gebundenes italienisch-maltesisches Zusatzprotokoll über wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit ausgelaufen sei. Das Parlament billigte gegen die Stimmen der konservativen Opposition den Vertrag mit Libyen. Darin verpflichtet sich Libyen, Malta im Falle einer Bedrohung beizustehen und seine Neutralität anzuerkennen. Vereinbart wurde außerdem, maltesische Soldaten in Libyen auszubilden.

Die Vereinbarung mit Italien von 1980 besteht aus einer einseitigen Erklärung Maltas über den neutralen Status des Inselstaates, die in dem Zusatzprotokoll von Rom anerkannt wurde. Regierungsbeamte in Rom bestätigten das Auslaufen des Protokolls, äußerten jedoch die Hoffnung, daß sich gewisse Hindernisse, die einer Erneuerung des Abkommens bisher im Wege gestanden hätten, ausräumen ließen.



Das Establishment sitzt weiter auf den Erbhöfen

Die amerikanischen Demokraten nach der Niederlage

FRITZ WIRTH, Washington

Selten ist in der amerikanischen Politik ein Name so unbarmherzig schnell aus der öffentlichen Diskussion verschwunden wie der des Walter Mondale. Das letzte, was von ihm gehört wurde, war ein Nachruf auf sich selbst am Morgen nach der Wahl, als er seine Niederlage zumindest teilweise mit der Feststellung zu erklären versuchte, daß dies das Zeitalter der Fernseh-Präsidenten sei und daß er ein gebrochenes Verhältnis zu diesem Medium habe. Man hätte diesem sympathischen Mann gewünscht, daß er sich selbst einen besseren Abgang verschafft hätte.

Ebenso plötzlich wie sie im letzten Sommer zum politischen Star geworden war, verschwand nach dem 6. November auch Walter Mondales Wahlkampfgefährtin Geraldine Ferraro von der Bildfläche. Bis sie gestern wieder mit jener Art von Schlagzeilen in die Öffentlichkeit zurückkehrte, die ihr schon den Wahlkampf versauert hatten. Das „Ethics Committee" des Repräsentantenhauses bescheinigte ihr gestern, daß sie während der Finanz- und Steuerkontroverse im Wahlkampf *nicht in vollem Maße* die Finanzen ihres Ehemannes enthüllt und damit die ethischen Grundsätze des Hauses verletzt habe. Von Disziplinarmaßnahmen werde jedoch abgesehen, weil dies eher irrtümlich geschehen und eine Absicht der Täuschung nicht erkennbar gewesen sei.

Ob hier zu viel Nachsicht im Spiel ist oder nicht – Geraldine Ferraro ist mit dem politischen Abenteuer und der Tortur dieser Wahl, die sie nicht nur verlor, sondern die mit hoher Sicherheit auch ihre politische Karriere zerstört hat, genug bestraft worden.

Zurückgeblieben ist eine Partei, die begonnen hat, die Trümmer der Wahlniederlage aus dem Wege zu räumen. Die Trance, die diese Niederlage innerhalb der gesamten Partei hinterließ, beginnt sich zu lösen, die Diskussion um den Neubeginn, um Richtungsänderungen und Neuorganisation der Partei ist entbrannt. Doch die Hoffnung, daß auf diesen rauchenden Trümmern eine neugeborene Demokratische Partei emporsteigen wird – die beginnt bereits zu schwinden.

Das Establishment der Partei besetzt die alten Erbhöfe. Tiefgreifende personelle Änderungen sind nicht in Sicht. Am *Montag* wurde, woran im Grunde niemand gezweifelt hatte, „Tip" O'Neill als Sprecher des Repräsentantenhauses wiedergewählt. Er will erst in zwei Jahren endgültig Abschied aus der Politik nehmen.

Eine Vaterfigur

O'Neill ist nicht nur eine Vaterfigur in der Partei. Zahlreichen demokratischen Kongreßabgeordneten, besonders jenen aus den Südstaaten, ist er die Verkörperung der wachsenden Ideologisierung der Partei. Er wird mit seinen 71 Jahren vor allem als ein Hindernis bei dem Bemühen verstanden, die Südstaaten und die in Scharen davongelaufenen Jungwähler zurückzuholen.

Immerhin herrscht inzwischen in der Partei Übereinstimmung darüber, daß die bisher meistgebrauchte Wahlerklärung, daß die ein sehr persönlicher Erfolg Ronald Reagans gewesen sei, zu bequem und zu vordergründig ist. In gleicher Weise unhaltbar ist die Unterstellung, daß dies eine Niederlage Mondales und nicht so sehr der Demokraten war. Senator Gary Hart, der sich bereits auf die nächste Präsidentenwahl einrichtet, hat bisher diese These vertreten.

Es setzt sich statt dessen immer mehr bei den Demokraten die Einsicht durch, daß die Wiedergeburt im eigenen Haus zu beginnen hat. Das heißt: Bevor die Partei neue Wähler zu gewinnen sucht, muß sie zunächst *einmal die eigenen Wähler* zurückgewinnen, denn jetzt veröffentlichte Wahlanalysen zeigen, daß am 6. November jeder vierte Demokrat seine Stimme Präsident Reagan gab.

Harter Zweikampf

Diese Unpopularität des eigenen Präsidentschaftskandidaten hatte nach Meinung zahlreicher Demokraten ihre Hauptursache im heißen und oft rücksichtslosen Zweikampf zwischen Mondale und Senator Hart in den Primaries, bei dem das politische Image Mondales und das seiner Partei Schaden nahm. Bei den Demokraten regen sich deshalb starke Stimmen, die auf eine Reform dieser Primaries und ihre Entschärfung drängen.

Das Hauptproblem der Demokraten bleibt jedoch: Sie droht vollends zu einer Partei der Minderheiten zu werden und sich damit an den großen Wählermassen vorbeizubewegen. Sie konnte bei der letzten Wahl 90 Prozent der Stimmen aller Farbigen und 65 Prozent der Stimmen der „Hispanics" gewinnen, doch sie eroberte nur 36 Prozent der Stimmen der weißen Wählerschaft. Sie muß, um erfolgreich zu sein, wieder eine nationale Partei werden, die alle *anspricht* und nicht zu viele Sonderinteressen verficht.

Zur Stunde bietet die Partei noch ein verwirrendes Bild. Gary Hart ruft nach „neuen Ideen", ohne spezifischer zu sein. Jesse Jackson ruft zum Kampf um die amerikanische Mittelklasse auf. Die Männer jedoch, die im Jahre 1988 ernsthaft um das *Amt* des Präsidenten antreten wollen, spielen noch mit verdeckten Karten.

Im Augenblick mag ihre Aufgabe und ihre Chance noch hoffnungslos aussehen. Der Erdrutsch zu den Republikanern kam fast einer Wählerflucht gleich. Die Erfahrung jedoch zeigt, daß solche Fluchtbewegungen *nicht von langer Dauer* sein müssen.

Der Beleg: Die drei letzten amerikanischen Präsidenten, die sogenannte „Erdrutschsiege" errangen, mußten bei den nachfolgenden Wahlen mit ansehen, wie ihre unschlagbar erscheinende Partei besiegt wurde. Der Nachruhm solcher großen Siege ist offenbar sehr kurz. So mußte Dwight D. Eisenhower, der 1956 einen großen Wahlsieg errungen hatte, vier Jahre später den Wahlsieg J. F. Kennedy's erleben. Vier Jahre nach dem „*Erdrutschsieg*" *Lyndon* B. Johnsons über Barry Goldwater wurde Richard Nixon überlegener Wahlsieger. Nixon selbst führte dann 1972 seine Republikaner zu einem großen Sieg, dennoch waren die Demokraten vier Jahre später schon wieder im Amt.

Es ist deshalb zur Stunde nicht so sehr ein erregendes neues Programm, es ist der Rückblick auf diese Vergangenheit, der den demoralisierten Demokraten die bisher stärksten Hoffnungen auf eine Zukunft gibt.

West-Berlin als Nation?

Jugendverbände sind im Ost-West-Streit festgefahren

H. SCHMIDTENDORF, Stockholm

„Wenn die schwarz getünchten Organisationen so weiter machen, können sie mich mal ..." Aussagen wie diese eines sowjetischen Jugendpolitikers gegenüber einem deutschen Konservativen kennzeichneten das rauhe Klima, in dem in Stockholm eine gesamteuropäische Jugendkonferenz vonstatten ging. Eigentlich waren die Dachverbände zusammengekommen, um den Dialog wieder auf feste Beine zu stellen. Verabschiedet werden konnte jedoch noch nicht einmal ein Schlußdokument.

Seit Beginn der siebziger Jahre hatten die Jugendorganisationen Westeuropas die Verständigung *zu den* osteuropäischen Jugendorganisationen gesucht. Doch schon 1982 legten die sowjetischen Jugendpolitiker und ihre Verbündeten das „Rahmenwerk" lahm. Anlaß war der Wunsch des Europäischen Jüdischen Studentenbunds – laut Sowjets „Zionisten" – an den Jugendkonferenzen teilzunehmen. Doch intern mochte man *andere* Gründe für diesen Schritt ausmachen. So hatte man ein Interesse auch mancher kleineren östlichen Jugend*organisation an* eigenständigeren Beiträgen und Auftritten feststellen können. Zum anderen schien eine Beschränkung des Dialogs auf nachrüstungskritische Partner opportun.

Die jetzt ergebnislos verlaufene Konferenz von Stockholm hatte zunächst hoffnungsvoll begonnen. Im Vorfeld des für Juli 1985 in Moskau geplanten „12. Weltfestivals der Jugend und Studenten" hatten westliche Vertreter eine konstruktivere Haltung erwartet. Doch an entsprechende Zusicherungen wollte sich der sowjetische Wortführer „nicht erinnern". „Das Ende kam für uns über*raschend*", *kommentierte* der internationale Referent des Bundesjugendrings, Niels Meggers. „Offenbar wollten die Sowjets im Vorfeld des Weltfestivals alles abblocken, was Probleme bringen *könnte*."

Freude über das Mammut-Meeting 1985 in Moskau hat ein solches Verhalten bei den westlichen Jugendverbänden nicht gerade ausgelöst. Die Junge Union und ihre europäischen Partner haben abgesagt. Sie wollen, so Bundesvorstandsmitglied Kropp, nicht in einer „kommunistischen Jubelveranstaltung untergehen".

Zehn westeuropäische Jugenddachverbände und Festivalkomitees haben sich derzeit zur Mitarbeit in der „*ständigen* Vorbereitungskommission" für das Moskauer Festival bereitgefunden. Über den Einschluß von „Berlin (West)" in der bundesdeutschen Vertretung – so selbst von der DKP-Jugend akzeptiert – wäre eine bundesdeutsche Vertretung seitens der sowjetischen Jugendfunktionäre zunächst fast abgelehnt worden. Nach 26-*stündiger* Debatte mit den sowjetischen Jugendpolitikern schien die Berlin-Frage geklärt.

Doch der Leser der zentralen Sowjet-Jugendzeit*ung* „*Komsomolskaja Prawda*" bekam eine ganz andere Version verboten. Denn dort erhob man jüngst flugs den Westteil der geteilten Stadt in den Rang einer Nation, indem man vom „Nationalen Vorbereitungskomitee Westberlins" schrieb.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die Dauer-Schwarzseher

Der Kommentar „Katastropheten" von Peter Gillies, WELT vom 3. Dezember, ist mir aus dem Herzen gesprochen.

Die Gefahr, daß wir Deutsche durch das Fernsehen zu Angsthasen und Jammerlappen werden, ohne einen Grund dafür zu haben, ist tatsächlich vorhanden. Eine Erneuerung des Bewußtseins vom Geist und vom Glauben her ist dringend nötig, sonst greift die Massenneurose, gesteuert *von den Fernsehgewaltigen*, immer wieder um sich.

Am schlimmsten war und ist das Geschäft mit der Angst vor einem Atomkrieg. Hiroshima und Nagasaki waren nur möglich mangels Gegenwehr und haben dazu beigetragen, das untragbare Risiko richtig einzuschätzen. Sie können sich nie wiederholen. Die Verhandlungsbereitschaft der Supermächte hat der sogenannten Friedensbewegung oder Atomangst-Bewegung den Wind aus dem Segeln genommen. Da herrscht Flaute.

Man müßte seitens der gesunden Presse den Optimismus vorleben und transparent machen, wie es die WELT tut. Dazu gehört eine aktive und konstruktive Kritik *an* den Fernsehgewaltigen, die uns über die Bildschirme planmäßig verunsichern und zu Hypochondern machen, die im Selbstmitleid ersticken. Hoffnung und Vertrauen sind *die Elixiere* des Lebens, Angst der Wegbereiter des Todes.

Mit freundlichen Grüßen
U. Strech,
Wissen (Sieg)

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

selten ließ sich wie am vergangenen Wochenende die vom Fernsehen tagtäglich verlautbare Miesmacherei so offenkundig erkennen. Die ARD verkündete in ihren 20-Uhr-Nachrichten ein düsteres Bild des ersten verkaufsoffenen Tages, des Adventssonnabends. Es konnten einem die Tränen kommen, wie es um das arme Volk steht.

Als man Anfang der Woche die Zeitungen aufschlug, da zeigte sich ein ganz anderes Bild. „Sehr zufrieden" mit dem ersten Adventssamstag, zumindest „zufrieden", war der einhellige Tenor; es gab strahlende Berichte von Ergebnissen, die die der letzten Jahre einhellig übertrafen. Das Fernsehen wird doch nicht absichtlich Trostlosigkeit ausstrahlen und das Verbreiten positiver Nachrichten verhindern wollen?

Mit freundlichen Grüßen
W. Frehse,
Lüneburg

Edle Pharisäer

In den Auseinandersetzungen um die Flick-Spenden werfen sich die politischen Gegner gegenseitig „Pharisäismus" (gemeint ist Heuchelei) oder „Pharisäertum" (Selbstgerechtigkeit) vor. Politiker und Journalisten bedienen sich leider nach wie vor dieser Wortklischees.

Der christlich-jüdische Dialog der letzten Jahre hat deutlich herausgestellt, daß *die Pharisäer innerhalb des* Judentums eine Erneuerungsbewegung waren, die den Bereich des Heiligen nicht auf den Tempel beschränkten, sondern auf die Familie und das ganze Volk ausdehnten. Ihr besonderes Anliegen war die Heiligung des Alltags. Natürlich hatte das Ideal des Pharisäers nicht nur ideale Vertreter. So wendet sich Jesus in seiner Predigt gegen einzelne Pharisäer oder pharisäische Gruppen. Jedenfalls sind die Pharisäer die einzige religiöse Gruppe, die die Zerstörung Jerusalems überlebten. Alle heute lebenden Juden fühlen sich deshalb in gewissem Sinn als Nachkommen der pharisäisch-rabbinischen Tradition.

Im Interesse eines besseren Verständnisses zwischen Juden und Christen ist es deshalb dringend geboten, daß wir die Vokabel „Pharisäer" als gleichbedeutend mit „Heuchlern" aus unserem Sprachgebrauch streichen.

Pfarrer Wilm Sanders,
Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Hamburg

Ein Vorbild

„Wenn wir den Afghanen nicht helfen, wer soll es dann tun?"; WELT vom 26. November

Sehr geehrter Herr Rueb,

mit großem Interesse habe ich Ihren Bericht über die mutigen Aktivitäten des Herrn Dr. Freigang in Ihrer Zeitung gelesen. Ich bewundere den Mut und die vorbildliche Bereitschaft dieses guten Menschen, den ich persönlich kenne und mit dem ich sehr ausführlich über die Lage in Afghanistan gesprochen habe. Mein Dank gilt auch Ihnen für Ihre hervorragenden Berichte über die Lage in Afghanistan und über den Völkermord in meinem Land, der systematisch von den Sowjets *unter den Augen der* freien Welt praktiziert wird.

Trotzdem möchte ich Sie heute auf einen wichtigen Punkt aufmerksam machen, dessen Nicht-Berücksichtigung verheerende Folgen für die Arbeit von Herrn Freigang haben wird. Sie bezeichnen in Ihren Berichten den genauen Standort der von Dr. Freigang eingerichteten medizinischen Zentren. Dazu schreiben Sie auch die Namen der Ortschaften. Es handelt sich dabei um kleine Dörfer, die dann sehr leicht von der Besat*zungsmacht ausgemacht* und *völlig* zerstört werden können. Daher bitte ich Sie höflichst, in Zukunft nur die Provinzen zu nennen, in denen Dr. Freigang die medizinischen Versorgungslager einrichtet. Ich hoffe, daß Sie für diese Bitte Verständnis aufbringen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Amin Farhang,
Bochum 1

Wort des Tages

„Wie glücklich würde mancher leben, wenn er sich um anderer Leute Sachen so wenig bekümmerte wie um seine eigenen."

Georg Christoph Lichtenberg; deutscher Physiker und Autor (1742–1799)

Personalien

VERANSTALTUNG

Über das „Geschichtsbewußtsein der Deutschen" meditiert heute im Fahnen-Foyer des Berliner Reichstagsgebäudes eine hochkarätige Runde von Politikern und Historikern. Das „Bremer Tabakkollegium" lädt zum viertenmal an die Spree ein. Der amerikanisch-britische Historiker **Gordon A. Craig** hält das Hauptreferat. Zu dieser „Bruderschaft auf Zeit" treffen sich unter anderen: Bundespräsident **Richard von Weizsäcker**, sein Vorgänger **Karl Carstens**, Ex-Bundeskanzler **Helmut Schmidt**, der Regierende Bürgermeister **Eberhard Diepgen**, Bundeswirtschaftsminister **Martin Bangemann**, der Minister für innerdeutsche Beziehungen, **Heinrich Windelen**, SPD-Vizefraktionschef **Horst Ehmke**, Bürgermeister **Hans Koschnick**, SPD-Spitzenkandidat **Hans Apel**, Prinz **Louis Ferdinand von Preußen**, Regierungssprecher **Peter Boenisch** und der Präsident der Freien Universität, **Dieter Heckelmann**. An der ohne Öffentlichkeit geführten *freimütigen* Debatte nach *dem* Craig-Referat beteiligen sich auch führende Historiker.

EHRUNGEN

Für seine hervorragenden Verdienste im kirchlichen Bereich hat der Bundespräsident dem Bischof von Aachen, **Klaus Hemmerle**, das Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, **Johannes Rau**, der den Orden überreichte, hob hervor, daß Bischof Hemmerle zur Klärung vieler religiöser und geistiger Fragen der heutigen Zeit entscheidend beigetragen habe. Zahlreiche Entschließungen des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, dem er von 1968 bis 1974 als Geistlicher Direktor und seit 1975 als Geistlicher Assistent angehöre, seien durch ihn maßgeblich mitgestaltet worden. Rau erinnerte auch daran, daß Bischof Hemmerle an der Vorbereitung *mehrerer Katholikentage* beteiligt gewesen sei und sie durch sein Wirken geistig und geistlich geprägt habe. Seine Bemühungen um die Zusammenarbeit zwischen kirchlichen Laienorganisationen und Amtskirche sowie den Dialog *mit jungen Menschen* hätten besondere Erfolge erzielt. Schließlich gingen viele Gespräche zwischen Kirchen und Künstlern auf seine Initiative zurück.

*

Professor Dr. **Horst Engerth**, emeritierter Ordinarius für Maschinenwesen und Energiewirtschaft *der Brauerei der TU München, frü*herer Präsident der Hochschule der Bundeswehr München, wurde mit der Verfassungsmedaille in Silber ausgezeichnet.

*

Dr. **Dieter Hackfort**, Akademischer Rat am Lehrstuhl für Sportpädagogik der TU München, wurde die *Carl-Diem-Plakette 1984* verliehen.

STIFTUNG

Über ihren Tod hinaus soll **Marianne Strauß**, die im Juni tödlich verunglückte Ehefrau des bayerischen Ministerpräsidenten, Hilfe für in Not geratene Mitbürger bringen. **Monika** und **Franz-Georg**, die beiden jüngeren ihrer drei Kinder, haben eine Marianne-Strauß-Stiftung ins Leben gerufen, deren Ziel ***Franz-Josef Strauß*** *mit dem* Hinweis umschreibt, trotz eines dichten Netzes falle manche Not nicht unter die gesetzlichen Voraussetzungen, nach denen staatliche Hilfe gewährt wird. Die Stiftung sammelte in wenigen Wochen 250 000 Mark, weitere 100 000 Mark erhoffen sich die Strauß-Kinder aus dem Erlös einer Benefiz-Medaille, deren erstes Exemplar jetzt im oberbayerischen Rott am Inn, dem Geburtsort der verstorbenen Landesmutter, geprägt wurde. Die Münze trägt das Konterfei von Marianne Strauß und wird in Gold (735 Mark) und Silber (70 Mark) angeboten. Der erste Käufer war Vater Strauß persönlich. Er bestellte 200 Stück: „Selbstver*ständlich zum normalen Preis*".

Die USA wollen die nukleare Bedrohung aus dem Weltraum beenden / Was tun ihre Verbündeten?

Die von den Vereinigten Staaten geplanten Weltraumwaffen, die die Bedrohung der Atomraketen beenden sollen, schießen nicht nur mit Licht, sondern auch mit Strömen von Partikeln und elektromagnetisch beschleunigten Projektilen. Die Defensive soll so stark werden, daß die nuklearen Offensivraketen technisch überwunden werden.

SIEG DER STERNE

Die elektromagnetische Kanone – in Berlin erdacht

Von ADALBERT BÄRWOLF

Der Major hielt in der rechten Hand das Modell des Überschalljägers F-100. Er trug die volle US-Air-Force-Montur mit mehrreihiger Ordensspange für seinen Einsatz in Vietnam auf der Brust. Man hatte ihn und die drei anderen auserwählten Fliegeroffiziere nicht in die Flanellanzüge gesteckt, die John Glenn, Alan Shepard oder Gus Grissom noch tragen mußten.

Der 34jährige Major, der im Juni 1967 auf einer Pressekonferenz im kalifornischen El Segundo vor dem Hintergrund des geplanten bemannten Kreisbahnlaboratoriums MOL als erster militärischer Astronaut der Vereinigten Staaten vorgestellt wurde, hieß James A. Abrahamson aus Portland in Oregon.

Der heutige Dreisterne-General, der die intensiven Anstrengungen der USA leitet, der nuklearen Bedrohung durch die interkontinentalen Atomraketen ein Ende zu setzen, ist nie in den Weltraum geflogen. Er ist einer der ganz großen Militärmanager wie Sam Phillips geworden, der mit der Entfaltung der eintausend atomaren Minuteman-Interkontinentalraketen in unterirdischen Festungen Anfang der 60er Jahre das größte Bauprojekt der Geschichte und dann als Direktor des Apollo-Programms die erste Landung von Menschen auf einem anderen Himmelskörper geleitet hatte.

Meilensteine zu erreichen, die hinter Vorhängen auf Wandtafeln abgesteckt sind, Ideen in Technik umzusetzen, Technologien in Systeme zu integrieren, die Fäden zwischen dem Militär, Universitäten, Laboratorien, Großindustrie und Ministerien zu spannen, das ist die Aufgabe Abrahamsons, damit künftige Präsidenten der USA Entscheidungen treffen können. Es ist zentralisiertes Management mit totaler Autorität eines Mannes.

Auf dem Programm General Abrahamsons stehen unter der Rubrik „Directed Energy Weapons" nicht nur Kanonen, die mit Licht schießen. Auf dem Programm stehen auch Kanonen, die hochenergiereiche Teilchen verschießen. Dies sind die sogenannten PBW-Waffen (Particle Beam Weapons); die Kugeln, die diese Kanonen verschießen, sind hochenergiereiche elektrisch geladene oder elektrisch neutrale Teilchen. Im Vakuum des Weltraums müssen wegen des Erdmagnetfeldes elektrisch neutrale Teilchen verschossen werden. Die „Kanonen" sind Teilchenbeschleuniger, die im Gegensatz zu den riesigen Linearbeschleunigern auf der Erde für den Weltraumeinsatz sehr kompakt sein müssen.

Die auf Energieebenen von mehreren hundert Millionen Elektronenvolt beschleunigten leichten Atome dringen leicht in ihre Ziele – die gestarteten interkontinentalen Raketen – ein. Schon bei geringerer Energie kann die Elektronik der Raketen und der Atomgefechtsköpfe außer Gefecht gesetzt werden. Die Partikelströme aus Protonen- und Elektronenkanonen könnten auch Wolken durchdringen.

Diese Waffen hätten Allwetterfähigkeit. Sie wären also auch für die Bekämpfung von Gefechtsköpfen geeignet, die den Abwehrschirm durchbrochen haben. Elektronenkanonen hätten auch das Potential zur Bekämpfung luftatmender Mini-Bomber (Cruise missiles). Das Projekt trägt die Bezeichnung „Chair Heritage".

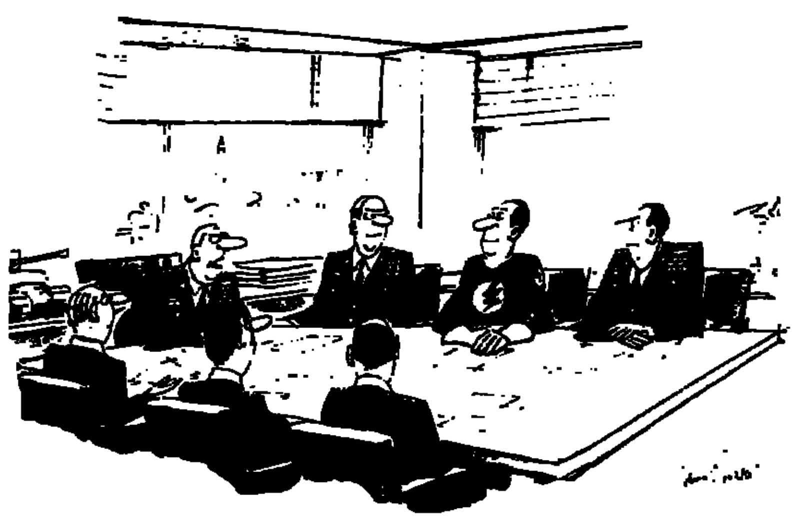
Abrahamsons Chefwissenschaftler, Gerold Yonas, ist eng mit dem Programm verknüpft, elektrisch neutrale Teilchen eines Tages aus Kampfstationen in Orbitalbahnen zu veschießen. Gegenmaßnahmen wie Schmelzkühlungsmäntel, die bei Lichtwaffen gewissen Schutz bieten, sind sehr schwierig. Alle Gegenmaßnahmen kosten Gewicht, so daß die Raketennutzlast – die atomaren Sprengköpfe – drastisch verringert werden muß.

Aber: Wie bekommt man die Ausgangsenergie in einen kleinen Satelliten hinein? Wie wissen die Computer, welche Rakete des Angreifers „gekillt" worden ist? Und auf keinen Fall dürften die gestarteten Raketen schon innerhalb der Erdatmosphäre ausbrennen. Die neutralen Partikelstrahlen sind unter 100 Kilometer Höhe wirkungslos.

Unter dem Decknamen „White Horse" treibt das Atomwaffenlaboratorium von Los Alamos in Neu Mexiko, das seltsamerweise genau wie das Laboratorium von Livermore zur Universität von Kalifornien zählt, die Technologie neutraler Teilchenstrahlen als Waffenstrahlen voran. Ein Vorgängerprojekt zur Entwicklung von Antisatellitenwaffen, die diese Strahlen einsetzen, hatte den Codenamen „Sipapu", der an einen indianischen Dialekt angelehnt ist.

Auf der Meilenstein-Liste des Generals Abrahamson stehen auch die Termine, bei denen Entwicklungsstufen des Projektes „Railgun" erreicht werden müssen. Dies ist eine Orbitalkanone, die nicht mit Licht oder energiereichen Teilchen, sondern mit der kinetischen Energie materieller Projektile schießt.

In den Versuchsanstalten der USA sollen zuerst Geschwindigkeiten der Geschosse von zwanzig Kilometer in der Sekunde erreicht werden. Ein Geschoß von zwei Kilogramm hätte bei einer Beschleunigung auf 20 km/sec die Wirkung von 100 Kilogramm Sprengstoff. Das übersteht keine Interkontinentalrakete. Aber: Wie überlebt das Lenksystem die Anfangsbeschleunigung? Und kann man ein Minikraftwerk konstruieren, das Hunderte von Megawatt für die elektromagnetische Kanone liefert?



„General Hoskins, es ist mir egal, ob Sie unsere Weltraum-Verteidigung befehligen, Sie haben eine korrekte Uniform zu tragen ZEICHNUNG: TISCH

Die Arbeiten an der potentiellen Abwehrwaffe gehen auf Forschungen zurück, die während des Zweiten Weltkrieges in Deutschland betrieben wurden. In einer geheimen Versuchsanstalt in Berlin schossen deutsche Forscher 1943 mit Linearmotoren elektrisch statt durch Gasausdehnung des Pulvers. Die Waffe sollte als „Wunderwaffe" zur Flugabwehr eingesetzt werden und hätte wegen ihrer hohen Geschwindigkeit abwehrlos ihr Ziel erreichen können. Das Projekt trug die Bezeichnung „L-M-2" – ein Akronym für Linearmotor. Projektchef des Geheimunternehmens war Dr. Joachim Hänsler.

Während der Versuche in Berlin erreichten Geschosse von zehn Gramm Geschwindigkeiten von 1050 Meter in der Sekunde. Das nächste Ziel war die Beschleunigung eines sieben Kilogramm schweren Geschosses auf eine Geschwindigkeit von 2000 Meter in der Sekunde. Das Kriegsende ließ die Arbeiten stillstehen.

Ein Jahr nach Kriegsende griff die amerikanische Armee das deutsche Vorhaben mit der Projektbezeichnung „15-391-e" auf. Beim Studium der erbeuteten deutschen Unterlagen stellte sich auch heraus, daß die Russen an einer elektromagnetischen Kanone mit der Deckbezeichnung „Iwan der Schreckliche" gearbeitet hatten. Damals erwiesen sich die technischen Probleme als unüberwindbar.

Im Prinzip ist die elektromagnetische Kanone ein linearer Gleichstrommotor. Ein Plasma wird beschleunigt, und das Plasma beschleunigt das Geschoß. In Amerika sind längst Geschwindigkeiten von mehr als 10 km/sec erreicht worden. Doch nach jedem Schuß sind die Schienen der „Railguns" verbogen. Dennoch glauben Technologie-Optimisten, daß eine elektromagnetische Kanone in ihrer experimentellen Form schon um 1990 mit dem Shuttle zum Versuchsschießen im Vakuum und zur Demonstration der amerikanischen Technologie in eine Orbitalbahn befördert werden kann.

Diese Demonstrationen der technologischen Macht Amerikas zur Abwehr der Bedrohung ballistischer Atomraketen der Sowjetunion sind für die amerikanische Öffentlichkeit, den Kongreß, die Alliierten, aber auch für den Kreml gedacht. Die Sowjets sollen darüber nachdenken, daß die Ultratechnologie als Defensivwaffe ihre Investition in nukleare Offensivsysteme in Frage stellt.

Die erste Demonstration liegt bereits hinter uns: Am 10. Juni 1984 vollbrachte Amerikas Ultratechnologie das, was nie für unmöglich gehalten wurde: Zwei mit 36 000 Stundenkilometer aufeinander zurasende Geschosse prallten im Weltraum in mehr als 150 Kilometer Höhe frontal aufeinander. Nach drei fehlgeschlagenen Versuchen traf eine auf dem Pazifik-Atoll Kwajalein abgeschossene Rakete den Gefechtskopf einer in Kalifornien gestarteten Interkontinentalrakete direkt und pulverisierte ihn. Das Geheimnis: Optische Lenkung mit Infrarotsensoren im Zusammenspiel mit Computern.

Das können die Russen nicht. Sie müßten sich die Computer und die Sensoren erst von Honeywell leihen. Und sie haben im Kreml dies erkennen müssen, als der Gefechtskopf, vor dem Hintergrund des Sternenhimmels, 4200 nautische Meilen vom Abschußpunkt entfernt, im Weltraum zerbarst: Die strategische Verteidigungsinitiative Präsident Reagans ist kein Vorspann zu dem Hollywood-Zelluloid-Streifen „Krieg der Sterne". Der Volltreffer über dem Pazifik war der Anfang vom Ende der ballistischen Atomraketen, die lautlos töten. Es war auch der Beginn vom „Sieg der Sterne".

Noch unzählige Probleme bleiben ungelöst. Sensoren und Computer müssen erst noch entwickelt werden, die Tausende von Objekten gleichzeitig verfolgen, die in jeder Sekunde Millionen Rechenoperationen ausführen, die ohne Wartung jahrelang im Weltraum kreisen und sich selbst verteidigen müssen. Und die Computer müssen erst noch gebaut werden, die die Computer-Programme schreiben. Und diese Computer werden nicht auf der Hannoverschen Messe für die Sowjets ausgestellt werden. Die Sowjets haben keine Chance, überhaupt mitzuhalten. Ihre alleinige Chance: die Raketenproduktion einstellen und zum Verhandlungstisch kommen.

Vor 26 Jahren, als der Vorhang der Raumfahrt gerade ein wenig hochgezogen worden war, erhob ein alter Herr seine Stimme gegen die Raumfahrt. Max Born, der Lehrer Tellers, sagte: „Ich gehöre zu der Generation, die noch zwischen Verstand und Vernunft unterscheidet. Von diesem Standpunkt ist die Raumfahrt ein Triumph des Verstandes, aber ein tragisches Versagen der Vernunft."

Der Gang der Geschichte hat dem großen Physiker zwar recht gegeben. Immer mehr Gelder flossen in die strategische Raumfahrt. Die rein wissenschaftliche Rechtfertigung war über ein Vierteljahrhundert fadenscheinig. Doch nun deutet sich die Hoffnung an, daß sich die zunehmende Militarisierung des Weltraums in ihr Gegenteil verkehrt: Die Raumfahrt könnte der atomaren Bedrohung ein Ende bereiten. Präsident Reagans Strahlenwaffeninitiative könnte wahrmachen, was der deutsche Raketenforscher Eugen Sänger schon 1957 im Krankenbett in Leonberg sagte: „Endgültig werden Waffenstrahlen hoher Energiekonzentration zur dauernden Befriedung beitragen."

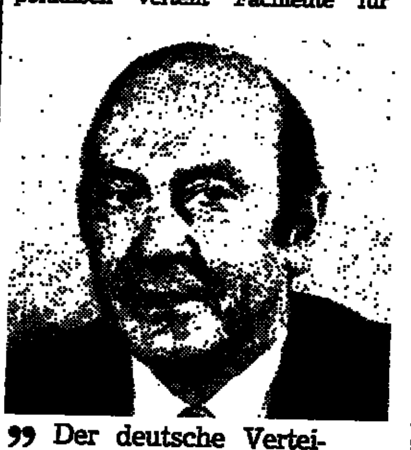
SCHLUSS

Hat es den Europäern die Sprache verschlagen?

Von RÜDIGER MONIAC

Niemand in Europa hat es für möglich gehalten, daß sich die Amerikaner mit derart großem Schwung an die Erforschung der technischen Probleme in einem Konzept zum „Sieg der Sterne" machen würden. Noch mehr als ein Jahr später, nachdem Präsident Reagan am 23. März 1983 seine Rede zur Verkündigung dieses Programms gehalten hatte, taten die Europäer völlig überrascht. Diese für sie peinliche Lage entstand im türkischen Çesme, wo sich die Verteidigungsminister der Nordatlantischen Allianz zur Tagung der „Nuklearen Planungsgruppe" Anfang April dieses Jahres versammelt hatten. Der Amerikaner unter ihnen, Casper Weinberger, berichtete zum ersten Mal in dieser Runde recht ausführlich über die Vorstellungen Washingtons zu einer Weltraumverteidigung. Was Weinbergers Amtskollegen dabei vernahmen, machte sie entweder sprachlos oder ließ sie zu nichtssagenden Formeln greifen. So rettete sich der deutsche Verteidigungsminister Wörner in die Aussage, was die USA mit der Weltraumverteidigung planten – der Begriff der „Strategischen Verteidigungs-Initiative" (SDI) war den Europäern noch vor einem guten halben Jahr nicht geläufig – sei „reine Zukunftsmusik".

Schlimmer noch: In Bonn und anderswo in der Bundesrepublik, wo poradisch verteilt Fachleute für Strategie und Militärpolitik arbeiten, wurde das Thema SDI unter ferner liefen behandelt. Bis auf den heutigen Tag findet eine öffentliche Debatte über eine der wichtigsten Zukunftsperspektiven der Organisation von äußerer Sicherheit in unserem Lande nicht statt. Abgesehen von wenigen, eher schüchternen Versuchen von Bonner Parlamentariern, die über das SDI-Projekt aus Amerika recht gutes Wissen mitgebracht haben, das Thema auch hier in das öffentliche Interesse zu stellen, kümmert sich jedenfalls öffentlich so gut wie niemand darum.



» Der deutsche Verteidigungsminister Wörner rettete sich in die Aussage, was die USA mit der Weltraumverteidigung planten, sei reine Zukunftsmusik «

Selbst in der Bundesregierung hat sich bis in die letzten Tage hinein wenig Bereitschaft entwickelt, diesen Stoff angemessen zu behandeln. Einzig im Verteidigungsministerium scheint die Spitze des Hauses die Brisanz des Themas inzwischen erkannt zu haben. Doch auch dort streiten sich offenbar die „Denkschulen", so daß Wörner große Mühe hat, sein Ressort auf eine Linie zu bringen. Dies wurde dem Verteidigungsminister vor einigen Wochen intern beinahe angekreidet, als sich der zuständige Kabinettsausschuß der Regierung, der sogenannte Bundessicherheitsrat, erstmals tastend mit der SDI-Materie zu befassen begann. Wörner konnte Kanzleramt und anderen im Sicherheitsrat vertretenen Ressorts wie Auswärtigem Amt und Wirtschaftsministerium nicht verbergen, daß ihm erst in fast letzter Minute im eigenen Hause die ursprünglich für die Sitzung des Kabinettsausschusses gemachte Vorlage umgeschmissen worden war und er schließlich mit einer neuen mit völlig anderer Tendenz in die Runde kam. In der hastig verworfenen Vorlage überwogen die Bedenken gegen SDI, wurde vor allem der Akzent auf die angeblich destabilisierenden Tendenzen für das strategische Gleichgewicht zwischen USA und Sowjetunion gelegt und überhaupt geraten, die Amerikaner von der weiteren Verfolgung ihrer Pläne abzubringen.

Erst die dann von Wörner wirklich im Bundessicherheitsrat vertretene Vorlage stellte sich realistisch auf die von den USA bereits vorgegebenen Bedingungen ein. Mit ihr ist die Bundesregierung darauf festgelegt zu akzeptieren, daß in Amerika aufgrund eines nicht mehr beeinflußbaren Willens von Präsident Reagan mit Nachdruck am SDI-Programm geforscht wird und damit Fakten geschaffen werden, an denen man sich in Europa wird orientieren müssen. Das erste Faktum lautet: Mit Hilfe von SDI wird sich Amerika einen beispiellosen Vorsprung an technologischem „Know-how" verschaffen, der weit über das militärische Anwendungsgebiet auf fast alle Ziviltechnik-Bereiche auszustrahlen verspricht. Damit gewinnen die USA eine dermaßen gute Startposition für den bereits eingeläuteten Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt, daß die Europäer, vor allem aber wir Deutsche abgeschlagen zu werden drohen. Das zweite Faktum stellt die sicherheitspolitischen Interessen in den Mittelpunkt. Was immer am Ende der Forschungsphase des SDI-Projektes zu erwarten sein wird – schon jetzt steht für die Experten in der Bundesregierung fest, daß Europa mit dem Nachdenken darüber beginnen muß, wie die Friedenssicherung über das Jahr 2000 hinaus wird aussehen können.

Die gegenwärtige Phase der Kriegsverhinderung durch „Abschreckung" könnte – theoretisch – abgelöst werden durch etwas, wofür heute noch der Begriff fehlt. Wenn die USA dann tatsächlich über ein System verfügen sollten, daß den strategischen Angriff auf sie durch sowjetische Nuklearraketen verhindern hülfe, stellt sich für die Europäer die Frage, wo sie mit ihrer Sicherheit bleiben, wenn sie im eigenen Rücken einen Verbündeten wissen, den die strategische Drohung aus Moskau kalt läßt, vor sich im Osten aber einen ideologisch-politischen Gegner, der mit der ganzen Wucht seines Militärpotentials jedweder Kategorie politisch (mit Drohung und Erpressung) wie aber auch militärisch (mit der Aussicht auf militärischen Sieg) allein auf sie drücken könnte. Die nüchterne Bestimmung solcher Fakten hat geholfen, in der Bonner Regierungszentrale der Annäherung an das Thema eine neue Richtung zu geben.

Seit kurzem wirkt eine Arbeitsgruppe im Verteidigungsministerium unter Vorsitz von Staatssekretär Lothar Ruehl. Sie soll erst einmal eine Bestandsaufnahme machen und feststellen, was eine strategische Weltraumverteidigung, sollte sie denn zustande kommen, politisch, wirtschaftlich, militärisch und technisch für unser Land und Europa als Ganzes bedeuten würde. Ruehl will in dieser Arbeitsgruppe auch die Fachleute der deutschen Industrie zusammenbringen, um in Erfahrung zu bringen, was hierzulande der „technische Sachverstand" über die amerikanischen Forschungspläne zu urteilen weiß. Schließlich – naheliegend, doch bislang versäumt – steht die Bundesregierung durch Ruehl nun ständig im Kontakt mit dem staatlichen SDI-Projektmanager in Washington, General Abrahamson, so daß die Bonner Regierung nicht mehr befürchten muß, von neuen Entwicklungen erst dann zu erfahren, wenn auf sie nicht mehr einzuwirken ist.

Die deutsche Stimmung des Tastens und der Ungewißheit auf diesem brisanten Gebiet der Zukunft hat in unnachahmlicher Weise der deutsche General Hans-Joachim Mack, der im europäischen Obersten NATO-Kommando Shape als einer der beiden Vertreter von US-General Rogers fungiert, letzten Sonntag in einem Interview des Deutschlandfunks offenbart. Mack sagte auf eine entsprechende Frage: „Ich glaube, daß der Komplex der Weltraumwaffen und die Fähigkeit dieser Waffen zu wirken und strategische Bereiche abzudecken, der weiteren Analyseuntersuchungen bedarf. Denn zur Zeit sprechen wir zwar von Weltraumwaffen. Aber wir haben die Technologie eigentlich noch gar nicht richtig erkannt und analysiert... Hierüber muß verstärkt nachgedacht werden, gar kein Zweifel."



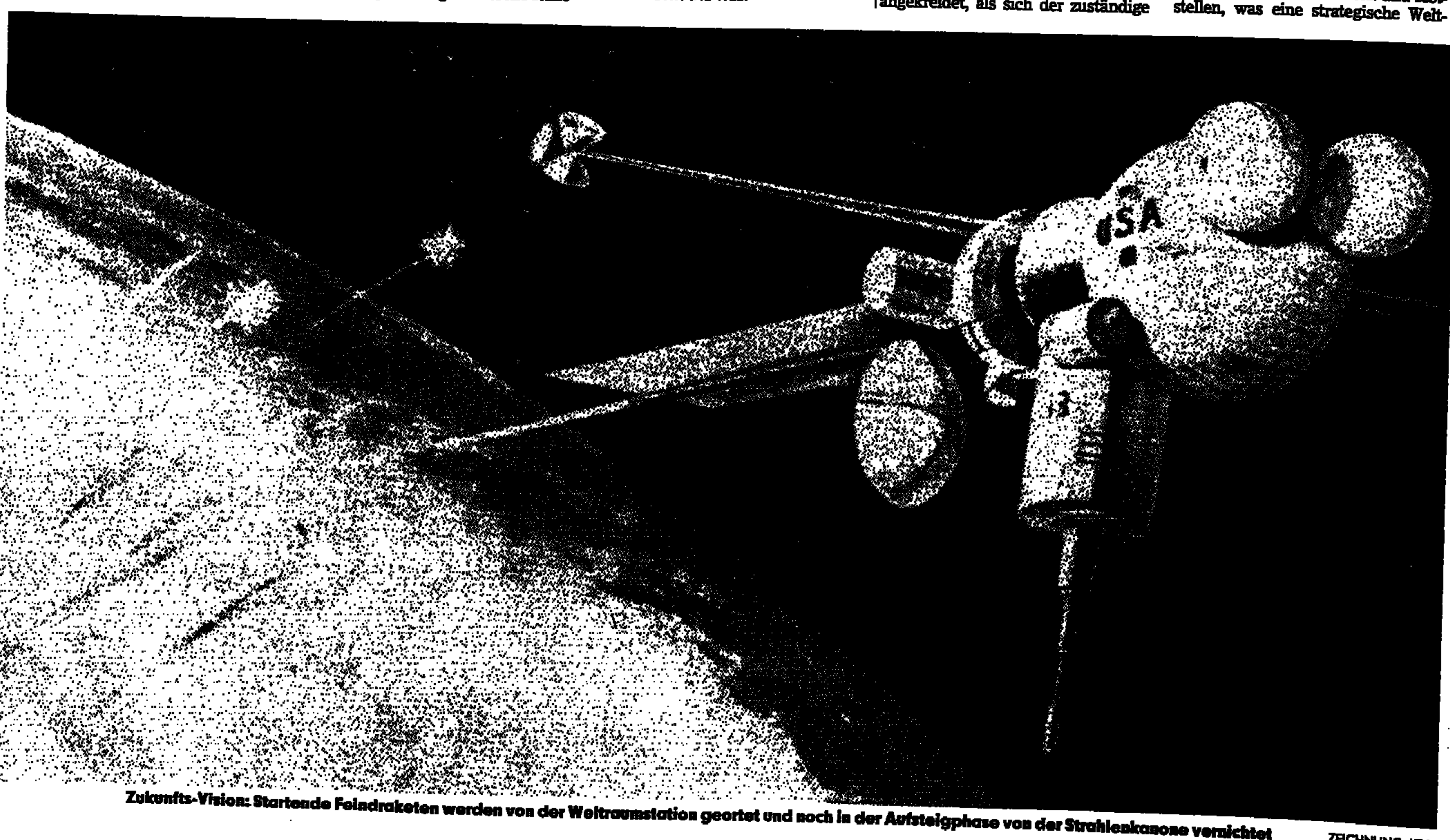
» Zur Zeit sprechen wir zwar von Weltraumwaffen, aber wir haben die Technologie eigentlich noch gar richtig erkannt und analysiert ... «

General Hans-Joachim Mack, Stellvertreter von NATO-Oberbefehlshaber General Rogers

Die Opposition in Bonn hat das offenbar schon zur Genüge getan, denn verschiedene Stimmen aus der SPD formulieren unermüdlich immer wieder denselben Satz. Er lautet, der Weltraum müsse von der „Militarisierung" freigehalten werden, die „wahnsinnigen Hochrüstung" in die außerirdischen Bereiche müsse unterbleiben. Ob diese Äußerungen aber das Produkt intensiven Nachdenkens sind, muß entschieden bezweifelt werden. Eher liegt der Schluß nahe, in der SPD habe sich auch auf diesem Sektor der Politik die Abkehr vom Realismus vollzogen. Die pure ideologische Betrachtung allein kann derartige Bewertungen zutage fördern, wohl kaum die von General Mack geforderte nüchterne Analyse.

Was sie ans Licht fördern müßte, um zur Definition der europäischen und damit auch der deutschen Interessen in der SDI-Frage beizutragen, wird deutlich, wenn man die besondere Lage Westeuropas gegenüber der Sowjetunion beschreibt. Allein schon begründet durch die physikalischen Gesetze wird klar, daß ein SDI-Schutz für NATO-Europa ein Ding der Unmöglichkeit bleiben muß. Denn wegen der kürzeren Entfernung zwischen den Abschußpositionen ballistischer Raketen in der Sowjetunion und ihren mutmaßlichen Zielen in Westeuropa würde die Flugbahn der Projektile nicht dermaßen hoch in den Raum reichen, daß sie dort von Weltraumwaffen zerstört werden könnten. Wenn überhaupt könnte sich Westeuropa gegen ballistische Raketen sowjetischer Bauart nur schützen, indem es für die Aufstellung von Anti-Raketen-Raketen sorgt. In den USA sind dem Vernehmen nach erste Versuche mit der Anti-Flugzeug-Waffe „Patriot" schon vorgesehen. Sie könnte als Abwehr gegen die SS 20 oder auch die kürzer schießenden Raketen der Typen SS 21, 22 und 23 herhalten. Der sogenannte Hoffman-Report in Washington spricht davon, daß in etwa fünf Jahren eine „Patriot Improved", eine durch veränderte Elektronik und Radar verbesserte Version, diese Aufgabe des „Objektschutzes" in Europa übernehmen könnte.

Ob sich Bonn freilich je zur Aufstellung solcher Anti-Waffen bereitfinden würde, ist schwer vorauszusehen. Nach den herrschenden Bedingungen würde dies eine Verletzung des ABM-Vertrages bedeuten. Sie könnten durch die USA aber verändert werden.



Zukunfts-Vision: Startende Feindraketen werden von der Weltraumstation geortet und noch in der Aufsteigphase von der Strahlenkanone vernichtet ZEICHNUNG: LTV

STAND PUNKT

Menneas große Geste

Pietro Mennea ist mal wieder zurückgetreten, der italienische Weltrekordläufer über 200 Meter (19,72 Sekunden). Der Rücktritt des Dottore der politischen Wissenschaften traf selbst seinen langjährigen Freund und Trainer Carlo Vittori wie ein Blitz aus heiteren Himmel. Denn noch in der vorigen Woche hatte der mittlerweile 32jährige Mennea sein Programm für das Jahr 1985 verkündet: Großer Einsatz schon bei den Hallen-Europameisterschaften Anfang März in Athen, danach die Konzentration auf die 400-m-Distanz. Am Montag, 24 Stunden vor der offiziellen Bekanntgabe seines Rücktritts, weihte Mennea auch Vittori ein.

Was Mennea als Grund für seinen Rücktritt angab, war eine scharfe Anklage gegen die weltweite Dopingseuche in der internationalen Leichtathletik. Er sagte: „Es gibt Leute, die sagen, der Mennea ist aus der Mode gekommen und Menschen, die aus der Mode gekommen sind, haben nichts mehr unter diesen Menschen zu suchen." Um zu verdeutlichen, was er damit meinte, erläuterte er: „Dieser Sport ist nicht mehr mein Sport. Ich hätte durchaus noch einmal meinen eigenen 200-m-Weltrekord verbessern können, doch das wäre nur mit der Hilfe verbotener Substanzen möglich. Das ist nicht meine Weltanschauung. Ich könnte meiner Familie und meinen Freunden nicht mehr in die Augen schauen." Das Angebot des italienischen Leichtathletikverbandes, als Berater tätig zu werden, hat der Weltrekordler vorerst ausgeschlagen. Er wolle nicht Mitwissender und Mitschuldiger in Sachen Doping werden.

Carlo Vittori, Menneas langjähriger Weggefährte, äußerte sich vor italienischen Journalisten in dieser Angelegenheit nur mit einem Satz: „Wenn man wie Pietro mit der Lüge groß geworden ist, dann ist man schlecht erwachsen geworden."

Was dahinter steckt? Pietro Mennea war stets ein Mann der großen Geste. Und so meinte Vittori wohl nur dies: Auch Mennea, mittlerweile im hohen Sprintalter von 32 Jahren, hätte mit oder ohne Doping keine Chance mehr, in die absolute Weltspitze zurückzukehren. Doch dies zuzugeben, würde Mennea wohl allzu schwerfallen. Und so tritt er von der großen Leichtathletikbühne so ab, wie man es sich eigentlich von ihm erwartet hatte: Mit einer spektakulären Geste, deren Inhalt ernster zu nehmen wäre, hätte ihn Mennea vor fünf Jahren der staunenden Öffentlichkeit unterbreitet – damals, als er in Mexico City Weltrekord über 200 Meter gelaufen war.

K. Bl.

SCHACH

Hübner hatte sich getäuscht

dpa, Saloniki

Nach dem 2,5:1,5-Erfolg über die USA in der vorletzten Runde unterlag das deutsche Herrenteam bei der Schach-Olympiade in Saloniki dem alten und neuen Weltmeister UdSSR nur mit 1,5:2,5. Die Damen gewannen dagegen ihr letztes Spiel gegen Jugoslawien mit 2:1 und belegten damit in der Endabrechnung den vierten Platz. Die Herren belegten am Ende Rang sechs.

Ausschlaggebend über die Niederlage der Herren war ausgerechnet ein Zugfehler des mit den weißen Steinen spielenden Kölner Großmeisters Robert Hübner. Er mußte sich nach nur 20 Zügen Waganjan geschlagen geben, weil er in einer ihm bekannten Variante der Englischen Verteidigung zwei Züge vertauschte.

FUSSBALL / Bayer 04 Leverkusen: Ein Starteam kommt nicht in Schwung – Bayern gegen Mannheim: Nur müdes Pokalspiel

„No hard feelings" – Cramer regt nichts auf

BERND WEBER, Köln

Dettmar Cramer, Trainer von Bayer Leverkusen, der eigentlich für seinen nie versiegenden Redefluß bekannt ist und dafür, daß er speziell die Pressekonferenzen zu ausschweifenden Erklärungen benutzt, hielt seinen Auftritt nach dem Bundesliga-Nachholspiel beim 1. FC Köln ungewohnt knapp. Cramer gab lediglich dies zu Protokoll: „Wir sind im Abschluß zu schwach. Entweder wir schießen zu wenig oder gar keine Tore." Es folgte ein kurzer Glückwunsch an die Kölner 3:1-Sieger. Das war's.

Nun kann man natürlich sehr wohl akzeptieren, daß dem Trainer die streckenweise geradezu jammervollen Darbietungen seiner Leute glatt die Sprache verschlagen hat. Aber dennoch, allzu lange wird Cramer mit solch platten Sätzen nicht mehr davonkommen. Das Klima in Leverkusen ist erkennbar frostig geworden, das Umfeld will immer dringlicher die Gründe dafür wissen, warum die Bayer-Gruppe – statt wie erhofft zum Sprung an die Spitze anzusetzen – mit immer heftiger Vehemenz abstürzt. Und viele glauben, bald stürzt der Trainer. Doch der wies solche Vermutungen in einem Gespräch mit der WELT weit von sich. „Natürlich stehe ich unter einem ungeheuerlichen Erfolgsdruck", sagte er, „aber erstens bin ich davon überzeugt, daß wir sehr bald aus unserem Tief heraus sind und zweitens kann ich verbindlich versichern, daß meine Position ungefährdet ist." Immerhin, Cramer schloß nicht aus, daß auch eine Situation denkbar sei, die ihn dazu verleiten würde, von sich aus abzutreten. Der Trainer wörtlich: „Wenn die Medien sich auf mich einschießen würden, wenn sich das auf die Fans übertrüge und die mich auspfeifen würden, und wenn sich das dann letztlich auch auf die Mannschaft negativ auswirken würde, dann müßte ich gehen." Er sei zu sehr gestandener Profi, auch in dem Fall empfände er „no hard feelings". Ein wenig überspitzt ins Deutsche übertragen meinte Cramer wohl, es würde ihn nicht sonderlich aufregen.

Andere berichten jedoch anderes. Und was da so alles nach dem Spiel in Köln durch Leverkusen getragen wird, scheint recht aufschlußreich. Weil es beweist, daß „no hard feelings" keineswegs den wahren Gemütszustand von Cramer wiedergeben. Im Gegenteil. Der Trainer soll bei der Busrückfahrt eine ziemlich scharfe Ansprache gehalten haben. Tenor: Hier im Kreis sei einer, der ihn abschießen wolle. Aber das ließe er sich nicht gefallen.

Einen Namen, so berichten Insider, habe Cramer zwar nicht genannt. Aber hinter vorgehaltener Hand wird getuschelt, daß er Manager Hubert Schieth gemeint habe. Von dem geht das Gerücht, daß er in letzter Zeit mehrfach in den höheren Werksetagen vorstellig gewesen sei, um über eine Trainerablöse zu diskutieren. Mehr noch, er soll seine Fühler auch schon nach dem derzeit arbeitslosen Horst Franz ausgestreckt haben. Fest steht in jedem Fall, daß die Grenzen zwischen Dichtung und Wahrheit fließend bleiben werden, wenn Cramer sein Millionenteam nicht sehr kurzfristig auf Vordermann bringen kann.

Wie will er das anstellen? In Köln sah es so aus, als ob die Mannschaft so spielt, wie ihr Trainer auf der Bank sitzt: zu ruhig, zu wenig Aggressivität, ohne Mumm.



Bekam einen Hut mit Gamsbart: Klaus Schlappner FOTO: DPA



Tierlieb: Karl-Heinz Wöhrlin und Vogel „Bobby" FOTO: AP

Spiel war Nebensache, nur Hüte interessierten

DW. München

Wenn die Jagd nach dem Hut eines Trainers mehr Aufmerksamkeit findet als der Verlauf eines Fußballspiels um den deutschen Vereinspokal, so läßt das Rückschlüsse auf die Qualität des Spiels zu. In der Tat konnten sich die 12 500 Zuschauer im Münchner Olympiastadion an dem erbeuteten Pepita-Hut von Mannheims Klaus Schlappner mehr erfreuen als an dem 1:0-Sieg des FC Bayern im vorgezogenen Spiel des Achtelfinales.

Zwar hatte Udo Lattek vor dem Spiel noch angekündigt, sich die berühmte Kopfbedeckung Schlappners als Siegestrophäe zu holen, doch nach dem Schlußpfiff verschwand der Münchner Trainer schleunigst in der Kabine. Masseur Toni Brablec sprang ein, rupfte dem Mannheimer den Hut vom Kopf und setzte ihm dafür einen Trachtenhut mit Gamsbart auf.

Nach dem Spiel entschuldigte sich Trainer Schlappner für die Defensivtaktik seiner Mannschaft: „Mit unseren Mitteln können wir zur Zeit nicht mehr machen. Es sieht für die Zuschauer nicht schön aus, aber der Zweck heiligt die Mittel." Diese Mittel hatten schon einmal Erfolg gezeigt, als die Mannheimer vor acht Wochen das Bundesligaspiel im Olympiastadion überraschend mit 2:1 gewonnen hatten.

Den Münchnern fiel auch diesmal nicht besonders viel ein. Der Tabellenführer hatte gegen die vielbeinige Hintermannschaft der Mannheimer nur planloses Anrennen als Konzept. „Wir haben das Spiel zwar beherrscht, aber nicht bestimmt", gab Lattek denn auch zu. Doch einen Vorwurf wollte er seiner Mannschaft nicht machen. „Im nachhinein bin ich doch keinem böse, denn alle haben schließlich gekämpft." Und als Entschuldigung für die schwache Leistung führte Lattek die Bundesligabegegnung in Kaiserslautern an: „Nur zwei Tage Erholung machen sich bemerkbar. Der Sieg in Kaiserslautern hat geistig und körperlich viel Kraft gekostet. Wir waren müde. Die Schritte meiner Spieler wurden in der zweiten Halbzeit kürzer." Dann versetzte Lattek seinem Kollegen Schlappner noch einen Seitenhieb: „Es ist schwer Lücken zu finden, wenn sich der Gegner mit Mann und Maus 20 Meter vor seinem Tor postiert."

Den entscheidenden Treffer erzielte ausgerechnet Dieter Hoeneß, der mit seinem Kopfball-Tor in der 73. Minute allen eine Verlängerung ersparte. Dabei war der Münchner, der in der zweiten Halbzeit für Roland Wolfarth aufs Feld kam, zuvor von den Zuschauern nach einigen mißglückten Aktionen gnadenlos ausgepfiffen worden. Verständnislos erklärte er später: „Ich glaube, die Fans haben Vorurteile gegen mich. Ich war nicht schlechter als andere."

Klaus Schlappner gewann der Niederlage auch eine gute Seite ab: „Unser Ziel ist die Bundesliga." Und dann fügte er hinzu: „Wir wollten ein Wiederholungsspiel, haben dann kurz gepatzt und sind ausgeschieden. Wir müssen uns momentan nach der Decke strecken. Die heutige Spielweise war die einzige Möglichkeit, um die Bayern zu ärgern. Es hätte ja auch beinahe geklappt . . ."

Wie immer man dies auch sehen mag: Für den Fußball wäre es eine Ohrfeige, wenn Schlappner mit dieser Taktik Erfolg gehabt hätte.

Wöhrlin: „Beckenbauer habe ich erst einmal die Hand gegeben"

ULRICH SCHMIDLA, Bonn

Für das zweite Weltmeisterschafts-Qualifikationsspiel der deutschen Fußball-Nationalmannschaft am 16. Dezember auf Malta hat Teamchef Franz Beckenbauer neben Olaf Thon mit dem Uerdinger Karl-Heinz Wöhrlin einen zweiten Neuling in den 20 Spielern umfassenden Kader berufen, der noch auf 16 verringert wird. Die WELT sprach mit Wöhrlin, der wegen seines südländischen Aussehens von seinen Kameraden „Brasilianer" genannt wird.

WELT: Karl-Heinz Wöhrlin, Sie sind bereits 27 Jahre alt. Wie erklären Sie sich ihre späte Berücksichtigung für die Nationalmannschaft?

Wöhrlin: Ich wußte schon immer, daß ich ganz gut Fußball spielen kann. Allerdings war das immer in der Zweiten Liga. In Uerdingen habe ich jetzt seit Saisonbeginn konstante Leistungen gezeigt.

WELT: Der Termin des Länderspiels gegen Malta fällt mit ihrer geplanten Hochzeit zusammen.

Wöhrlin: Das stimmt. Zuerst war meine Braut ein bißchen böse, aber dann hat sie es eingesehen, daß die Trauung verschoben wird, falls ich im Aufgebot bleibe.

WELT: Rechnen Sie damit?

Wöhrlin: Ich glaube, die Neulinge werden auch wieder gestrichen. Aber ich traue mir durchaus zu, da mitzuspielen.

WELT: Haben Sie irgendwelche Idole oder Vorbilder als Fußballspieler?

Wöhrlin: Nein, ich habe keine. In meiner Jugendzeit war wie bei so vielen anderen auch Franz Beckenbauer ein Vorbild für mich.

WELT: Wie ist ihr Verhältnis zum Teamchef der Nationalmannschaft?

Wöhrlin: Ich kenne Franz Beckenbauer persönlich eigentlich noch nicht. Ich habe ihn zweimal gesehen. Bei unserem Saisonauftakt in Bremen ist er in die Kabine gekommen und hat jedem Spieler die Hand geschüttelt.

WELT: Wen würden Sie denn als Ihren Entdecker bezeichnen?

Wöhrlin: Das waren Manager Reinhard Roder und Trainer Karl-Heinz Feldkamp von Bayer Uerdingen. Die beiden haben mich vor der Saison überzeugt, den Sprung in die erste Liga zu wagen. Zuerst wollte ich gar nicht, denn ich hatte in Freiburg ein gutes Auskommen. Aber dann hat auch meine Freundin gesagt, ich hätte schon soviel ausgeschlagen, ich sollte es jetzt mal probieren.

WELT: Gab es denn schon früher Angebote aus der ersten Liga?

Wöhrlin: Ja, die gab es. Fast jedes Jahr wollte mich einer aus Freiburg wegholen. Köln, Karlsruhe und Nürnberg waren darunter.

WELT: Und warum sind Sie nicht gegangen?

Wöhrlin: Vor allem wegen meiner beruflichen Laufbahn. In Freiburg hatte ich die Möglichkeit in der Autovermietung des früheren Lizenzspieler-Obmanns Pit Zick einzusteigen. Und außerdem, wenn man in dieser Gegend groß geworden ist, will man eigentlich nicht weggehen.

WELT: Nach Matthias Herget sind Sie der zweite Uerdinger, der eine Berufung für die Nationalelf erhielt. Die Uerdinger stehen in der Tabelle auf Platz drei. Gehören noch mehr Spieler aus der Mannschaft in die Nationalelf?

Wöhrlin: Das ist schwer zu beurteilen. Wir sind vor allem wegen unserer Geschlossenheit derzeit so stark.

WELT: Was rechnen Sie sich für diese Saison noch aus? Ist ein UEFA-Cup-Platz drin?

Wöhrlin: Im Sommer haben wir uns noch den zehnten Platz als Ziel gesetzt. Doch wenn man mal da oben steht und alles so gut läuft, schielt man natürlich auch auf einen UEFA-Pokal-Platz. Hinter uns sind allerdings noch so gute Mannschaften wie der Hamburger SV, Borussia Mönchengladbach und der 1. FC Köln. Ich rechne damit, daß sie in der Abschlußtabelle vor uns stehen.

TENNIS

Verletzt: Ivan Lendl unterlag

sid, Melbourne

Kevin Curren vollbrachte die erste große Überraschung bei den 73. Internationalen Tennismeisterschaften von Australien in Melbourne. Der in Texas lebende Südafrikaner besiegte im Achtelfinale Ivan Lendl aus der CSSR mit 6:1, 7:6, 6:4.

Lendl war wegen einer Bauchmuskelzerrung mit einer starken Bandage angetreten, die während des Spiels gegen Curren von Coach Larry Maddison mehrmals gewechselt werden mußte. „Es hat nur beim Aufschlag wirklich geschmerzt, sonst ging es. Ich will das Resultat nicht auf meine Verletzung zurückführen, denn Kevin hat fantastisch gespielt", sagte Lendl anerkennend.

Als Viertelfinal-Gegener für den Mannheimer Boris Becker wurde der 22 Jahre alte Ben Testermann ermittelt. Der an Nummer 14 gesetzte Amerikaner aus Knoxville (US-Bundesstaat Tennessee) bezwang im Achtelfinale den Schweden Joakim Nyström mit 7:6, 6:3, 6:7, 7:5.

Neben diesen beiden Spielen konnten am neunten Spieltag in Melbourne nur zwei weitere Begegnungen beendet werden. Dabei gewann Johan Kriek (USA) gegen den 19 Jahre alten Australier Pat Cash mit 7:5, 6:1, 7:6 und Scott Davis (USA) setzte sich gegen seinen Landsmann Brad Gilbert mit 6:3, 7:5, 3:6, 6:4 durch. Die mit 1,28 Millionen Mark dotierten Meisterschaften drohen im Dauerregen zu ertrinken. Drei Tage vor den für Sonntag geplanten Finals ist der Spielplan hoffnungslos im Rückstand.

Claudia Kohde kommen die Verzögerungen gerade recht. „Das bedeutet einen weiteren Ruhetag", sagte die Saarbrückerin zu dem schlechten Wetter. Als bisher einzige steht sie zusammen mit ihrer Partnerin Helena Sukova (CSSR) im Halbfinale des Damen-Doppels.

SPORT-NACHRICHTEN

Kiehl am schnellsten

Puy St. Vincent (sid) – Die Münchnerin Marina Kiehl fuhr im dritten Trainingslauf zur Weltcup-Abfahrt der alpinen Ski-Damen in Puy St. Vincent (Frankreich) in 1:27,99 Minuten die beste Zeit. Irene Epple (Seeg) fuhr die viertbeste Zeit. Das Abfahrtsrennen wird heute ausgetragen.

Golf-Profi bestraft

London (dpa) – Der 28 Jahre englische Golf-Profi Trevor Powell ist vom britischen Golf-Verband wegen Betrugs mit einer Geldstrafe von umgerechnet rund 3600 Mark belegt und für fünf Jahre gesperrt worden. Powell hatte bei einem Turnier einen Schlag weniger als ausgeführt angegeben.

Angebot für Thurau

Frankfurt (sid) – Der Frankfurter Rad-Profi Dietrich Thurau hat ein zweites Angebot für die Straßensaison erhalten. Nach dem belgischen Rennstall Splendor zeigt jetzt das spanische Team von Zor-Gemeaz Interesse. Thurau: „Sollte sich das Angebot konkretisieren, würde ich mich für Spanien entscheiden."

Sackewitz verpflichtet

Braunschweig (sid) – Der abstiegsgefährdete Fußball-Bundesligaklub Eintracht Braunschweig hat für den Rest der Saison den bislang arbeitslosen Christian Sackewitz (zuletzt Uerdingen) verpflichtet. Die Ablösesumme, die nicht bekannt gegeben wurde, wird von Gönnern des hochverschuldeten Klubs bezahlt.

UEFA-Cup-Spiel im TV

Hamburg (sid) – Original wird das Achtelfinal-Rückspiel im Fußball-UEFA-Pokal zwischen Inter Mailand und dem Hamburger SV am 12. Dezember ab 20.30 Uhr von den meisten Dritten Programmen des Deutschen Fernsehens (ARD) übertragen. Ausgenommen sind lediglich der Westdeutsche und der Süddeutsche Rundfunk. Reporter in Mailand ist Fritz Klein.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

DFB-Pokal, Achtelfinale: Bayern München – Waldhof Mannheim 1:0. – **Bundesliga, Nachholspiel vom 14. Spieltag:** 1. FC Köln – Bayer Leverkusen 3:1 (1:0). – Tabellenspitze: 1. München (34:18-Tore/23:7-Punkte), 2. Bremen (45:28/21:11), 3. Uerdingen (33:21/19:13), 4. Hamburg (30:24/19:13), 5. Gladbach (42:27/18:12), 6. Köln (38:32/18:12). – **Englische Meisterschaft,** 18. Spieltag: Liverpool – Coventry 3:1. – Nachholspiel: Queen's Park Rangers – Stoke City 2:0.

EISHOCKEY

Bundesliga, vorgezogenes Spiel vom 22. Spieltag: Kaufbeuren – Kölner EC 1:4 (0:2, 1:0, 0:2). – Tabellenspitze: 1. Rosenheim 30:10 Punkte, 2. Köln 29:13.

TENNIS

Australische Meisterschaften in Melbourne, Herren-Einzel, Achtelfinale: Curren (Südafrika) – Lendl (CSSR) 6:1, 7:6, 6:4, Testerman (USA) – Nyström (Schweden) 7:6, 6:3, 6:7, 7:5. Viertelfinale: Kriek (USA) – Cash (Austalien) 7:5, 6:1, 7:6. – **Damen,** Viertelfinale: Navratilova – Potter (beide USA) 6:3, 6:2. Damendoppel, Viertelfinale: Evert-Lloyd/Turnbull (USA/Australien) – Anne und Elizabeth Minter (Australien) 6:2, 1:6, 6:3.

SCHACH

Olympiade in Saloniki, 14. und letzte Runde: Deutschland – UdSSR 1,5:2,5 (Hübner – Waganjan 0:1, Lobron – Tukmakow 0:1, Kindermann – Jusupow remis, Ostermeyer – Sokolow 1:0). – Endstand: 1. UdSSR 41 Punkte, 2. Großbritannien 37, 3. USA 35, 4. Ungarn 34,5, 5. Rumänien 33, 6. Deutschland 32,5. – **Damen:** Deutschland – Jugoslawien 2:1 (Hund – Lazarevic remis, Vokralova – Petronic 1:0, Feustel – Maksimovic remis). – Endstand: 1. UdSSR 32 Punkte, 2. Bulgarien 27,5, 3. Rumänien 27, 4. Deutschland 26.

Reagan: Verfolgung in der UdSSR „alarmierend"

Der Präsident mahnt in Moskau Einhaltung der KSZE-Schlußakte an

D. SCHULZ/DW. Washington

Das Verhalten der Sowjetunion auf dem Gebiet der Menschenrechte sei in „beklagenswerter Weise" rückschrittlich. Das stellt der amerikanische Präsident Reagan in einem Bericht an den Kongreß fest, der über die Einhaltung der Menschenrechtsbestimmungen der KSZE-Schlußakte informiert. Der Kongreß hat die Regierung verpflichtet, ihm über diese Vorgänge zweimal jährlich Bericht zu erstatten.

Moskau verstoße weiterhin gegen die fundamentalen Grundsätze der Schlußakte von Helsinki, indem es in Afghanistan Krieg führe, die Besetzung Kambodschas durch Vietnam unterstütze und den Abschuß einer versehentlich in sowjetischen Luftraum geratenen koreanischen Verkehrsmaschine im September 1983 rechtfertige. Washington, so versicherte der Präsident, werde auch in Zukunft „politischen und moralischen Druck ausüben", um die Durchsetzung der Menschenrechtsbestimmungen in den Ostblockländern anzumahnen. „Wir werden die Unterzeichner der Schlußakte von Helsinki an die Verpflichtungen erinnern, die sie dort eingegangen sind."

In dem vom amerikanischen Außenministerium erarbeiteten Bericht wird der Sowjetunion weiter vorgeworfen, daß in ihrem Machtbereich „die Verfolgung in alarmierender Weise" weitergehe. Das zeige sich beispielsweise am Schicksal des Nobelpreisträgers Andrej Sacharow und seiner Frau Yelena Bonner. Die Verfolgung religiöser Aktivisten habe ein „unheilverkündendes" Ausmaß erreicht, trotz eingegangener Verpflichtungen verweigere Moskau Tausenden von sowjetischen Staatsbürgern die Genehmigung, zu ihrer Familie ins Ausland auszureisen.

Der Bericht der US-Regierung befaßt sich auch mit den Verhältnissen in anderen Ostblockländern. In der „DDR" beispielsweise, so heißt es, seien die Grundrechte weiterhin eingeschränkt, und es habe eine Reihe von Menschenrechtsverletzungen gegeben. Zumindest scheine sich Ost-Berlin jedoch nicht in die Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen. Der Regierung in Sofia legt der Bericht unvermindert scharfe Propaganda gegen den Westen zur Last.

Im Fall der Tschechoslowakei seien die ständigen Einschüchterungsversuche zu beklagen, denen alle die Menschen ausgesetzt seien, die für die Verwirklichung der Menschenrechte einträten. Positiv vermerkt wird, daß die Unterdrückung der Glaubensfreiheit in jüngster Zeit gelockert worden sei. Die Amnestie für Gefangene in Polen im Sommer 1984 wird in dem Bericht zwar begrüßt, doch kritisiert er zugleich die Schwierigkeiten der politischen Opposition.

Eine positive Entwicklung in bezug auf die Glaubensfreiheit sieht der Bericht in Rumänien, weist aber auch auf die unveränderten politischen Einschränkungen der Bürger hin. Am besten schneidet Ungarn ab. Das Land habe, so heißt es, „an seiner relativ liberalen Menschenrechts-, Kultur- und Wirtschaftspolitik" festgehalten.

Die beiden republikanischen Senatoren Steven Symms und John East machten dem Präsidenten in einem Brief zum Vorwurf, die der Regierung längst vorliegenden Einzelheiten über Verstöße der Sowjetunion gegen Abrüstungsvereinbarungen bisher nicht in vollem Umfang veröffentlicht zu haben. Sie spielten damit auf einen Expertenbericht an, der die sowjetischen Vertragsverletzungen in den vergangenen Jahrzehnten auflistet. Er sollte eigentlich schon im November zur Veröffentlichung freigegeben werden. Die Regierung hielt ihn jedoch zurück, nachdem die Vereinbarung über die Wiederaufnahme des Dialogs der Supermächte Anfang Januar in Genf zustande gekommen war. Das Weiße Haus hat nun die Veröffentlichung für das kommende Jahr in Aussicht gestellt.

Die beiden Senatoren drohten, gegen die Bewilligung weiterer Mittel für die neue MX-Rakete zu stimmen, wenn die Verstöße der Sowjets gegen Rüstungskontrollvereinbarungen nicht vollständig ans Licht gebracht würden.

Bischof Tutu führt scharfe Attacke gegen die Südafrika-Politik der Reagan-Administration

Welle von Anti-Apartheid-Demonstrationen in sieben amerikanischen Städten / Jesse Jackson reist nach Johannesburg

FRITZ WIRTH, Washington

Die ständig wachsende Welle von Anti-Apartheid-Demonstrationen, die sich inzwischen auf sieben amerikanische Städte ausgebreitet hat, erreichte gestern ihren Höhepunkt mit einer scharfen Attacke des südafrikanischen Friedensnobelpreisträgers Bischof Desmond Tutu gegen die Südafrikapolitik der Reagan-Administration.

Tutu nannte diese Politik „unmoralisch, übel und absolut unchristlich". Der Bischof machte diese Äußerungen vor dem Unterausschuß für Auswärtige Angelegenheiten des amerikanischen Repräsentantenhauses, dessen Mitglieder ihn anschließend mit Beifall überschütteten.

Die scharfen Angriffe Tutus haben im Weißen Haus und im State Department starkes Mißfallen ausgelöst. Der für Südafrikafragen zuständige Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Chester Crocker, wies die Vorwürfe Tutus entschieden zurück. „Die amerikanische Regierung hat stets das System der Apartheid scharf und öffentlich verurteilt", erklärte Crocker. „Es geht jedoch darum, mit welcher Politik dieses System am besten überwunden werden kann. Der bisher von uns eingeschlagene Weg des 'konstruktiven Engagements' ist produktiv und hat sichtbare Erfolge erzielt."

Tutu jedoch behauptet, daß diese amerikanische Politik gegenüber Südafrika „der Demokratie einen schlechten Namen" gebe. Sie habe die südafrikanische Regierung zu weiterer Unterdrückung der Farbigen ermutigt.

Der südafrikanische Bischof kündigte im übrigen an, daß er sich weigere, künftig noch mit Beamten des State Departments Gespräche zu führen. Er akzeptiere lediglich noch Außenminister George Shultz und Präsident Ronald Reagan als Gesprächspartner. Der Präsident jedoch hat wissen lassen, daß es in den nächsten Tagen keinen Platz mehr in seinem Terminkalender für ein Gespräch mit Tutu gebe.

Die Anti-Apartheid-Demonstrationen hatten am 21. November vor der südafrikanischen Botschaft in Washington begonnen. Anlaß war die Verhaftung von 21 farbigen südafrikanischen Gewerkschaftsmitgliedern durch die südafrikanischen Behörden. Zu den Demonstranten zählen Kongreßabgeordnete, Bürgerrechtler und Gewerkschaftsführer. Die Demonstrationen verliefen bisher gewaltlos.

Zahlreiche Demonstranten suchten dennoch gezielt die Verhaftung, indem sie die Polizeikette vor der Botschaft durchbrachen. Bis zur Stunde wurden insgesamt 22 Personen festgenommen, unter ihnen sieben Mitglieder des Repräsentantenhauses.

Die Demonstrationen haben sich inzwischen auf die südafrikanischen Konsulate in New York, Boston, Chicago, Los Angeles, Houston und Seattle ausgedehnt. Sie sollen nach Angaben der Beteiligten noch mindestens bis zum kommenden Wochenende dauern.

Reverend Jesse Jackson, der sich erfolglos um eine Kandidatur bei den jüngsten Präsidentschaftswahlen bemüht hatte, erschien vorübergehend auch zum Protest vor der südafrikanischen Botschaft in Washington, vermied aber eine Verhaftung durch die Polizei. Jackson hat sich um ein Einreisevisum nach Südafrika bemüht, das ihm gewährt wurde. Er will im nächsten Jahr zu Gesprächen mit südafrikanischen Kirchenvertretern und Gewerkschaftsmitgliedern nach Johannesburg reisen.

Chile verbannt Studenten

rtr, Santiago

Die chilenische Militärregierung hat nach Angaben des Innenministeriums 58 Menschen für die Dauer von drei Monaten in die sogenannte innere Verbannung in entlegene Landesteile geschickt. Bei den Verbannten handelt es sich nach Angaben aus zuständigen Kreisen vorwiegend um Studenten, die sich in der vergangenen Woche an regierungsfeindlichen Demonstrationen beteiligt hatten. Die Maßnahme geschah nach den Bestimmungen des Ausnahmerechts, das solche Strafmaßnahmen ohne richterliche Anordnung zuläßt.

In einer Verlautbarung hieß es, daß sich noch neun Personen in Gewahrsam der Sicherheitskräfte befänden. Insgesamt sind nach amtlichen Angaben 221 Menschen in die Verbannung geschickt worden, nachdem Präsident General Augusto Pinochet im November den Ausnahezustand über das Land verhängt hattte.

Aussiedlerzahl erreicht Tiefstand

dpa, Moskau

Die Zahl der deutschstämmigen Aussiedler aus der Sowjetunion hat in diesem Jahr den tiefsten Stand seit dreizehn Jahren erreicht. Die sowjetischen Behörden genehmigten bis Ende November nach Angaben der Deutschen Botschaft in Moskau 644 Ausreiseanträge. Das ist rund die Hälfte weniger als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Hupka nannte die niedrigen Aussiedlerzahlen bestürzend. Er forderte Außenminister Hans-Dietrich Genscher auf, hierzu ein deutliches Wort zu sagen.

Nach sowjetischen Statistiken leben noch etwa 1,9 Millionen Deutschstämmige in der Sowjetunion. Obwohl Moskau behauptet, der Strom der Ausreisewilligen versiege langsam, warten viele Rußlanddeutsche seit Jahren auf ihre Ausreise.

Regierung rügt „Monitor"

AP, Bonn

Staatssekretär Werner Chory vom Bundesgesundheitsministerium hat Kritik an der Sendung „Monitor" des Westdeutschen Rundfunks (WDR) Köln geübt.

Die dort aufgestellte Behauptung, Kohl habe den Bundesgesundheitsminister veranlaßt, auf die Entscheidung des Bundesgesundheitsamtes einzuwirken, die Gefahr der krebsfördernden Wirkung von Formaldehyd nicht wissenschaftlich aufzuklären, sei „ebenso unwahr wie unverantwortlich".

Bundesgesundheitsminister Heiner Geißler habe nach der Sendung eine entsprechende Stellungnahme abgegeben und juristische Schritte eingeleitet. Richtig sei, daß die Bundesregierung durch die zuständigen Bundesbehörden Formaldehyd habe untersuchen lassen, fügte Chory hinzu.

Mehr Kubaner in Angola?

AP, London

Im afrikanischen Staat Angola sind nach einem Bericht der Londoner Militärzeitschrift „Jane's Defense Weekly" derzeit etwa 31 000 kubanische Soldaten und damit rund 6000 mehr als noch vor einem Jahr stationiert. Darunter seien etwa 1000 Berater und Ausbilder und etwa 500 Angehörige der Luftwaffe, berichtet das Blatt unter Berufung auf Angaben südafrikanischer Militärkreise in Namibia.

Wie „Jane's" ferner meldet, kamen die ersten 200 kubanischen Militärberater bereits im Mai des Jahres 1975, also rund sechs Monate vor der Unabhängigkeit Angolas ins Land. Im Jahre 1976 habe sich die Zahl der Kubaner auf 1400, im Jahre 1979 auf 19 000 und im Jahre 1983 auf 25 000 belaufen.

Die Kubaner unterstützen die angolanische Regierung im Kampf gegen die „Nationalunion für die völlige Unabhängigkeit Angolas" (Unita).

Quai d'Orsay verwaist

Cheysson strauchelte über Fiasko seiner Tschad-Politik

A. GRAF KAGENECK, Paris

Der französische Ministerrat unter Vorsitz Präsident Mitterrands hat am Mittwoch wider Erwarten keinen Nachfolger für den am Dienstag abberufenen bisherigen Außenminister Claude Cheysson ernannt. Allgemein war angenommen worden, daß Präsident Mitterrand nur eine kurze Frist zwischen der Abberufung des ehemaligen und der Ernennung eines neuen Ministers verstreichen lassen würde. Regierungssprecher und Europaminister Roland Dumas, der allgemein als Nachfolger Cheyssons angesehen wird, erklärte nach dem Ende des Ministerrats lediglich, daß die Regierung in ihrer bisherigen Zusammensetzung weiterarbeiten werde.

Cheyssons Abberufung und gleichzeitige Ernennung zum zweiten französischen Mitglied der Brüsseler EG-Kommission (nach Jacques Delors) war am Dienstagabend überraschend, wenn auch nicht ganz unerwartet, von Präsident Mitterrand am Ende des Dubliner Gipfeltreffens verkündet worden.

Aus dieser Art der Verkündung leiten Pariser Kommentatoren die Bestätigung einer lange gehegten Vermutung ab: Das nie sehr freundschaftliche persönliche Verhältnis zwischen dem Staatschef und seinem Außenminister, welches auf dem dünnen Boden des gemeinsamen Glaubens an den Sozialismus fußte, war am Schluß in der unglücklichen Tschad-Affäre total zerrüttet worden. Cheysson war der Mann, der Mitterrand in das Abenteuer eines zweimaligen persönlichen Kontaktes mit dem undurchsichtigen libyschen Gegenspieler Khadhafi getrieben hatte.

Dank seiner nahezu intimen Beziehungen zum libyschen Amtskollegen Abdelsalam Triki war Cheysson zu der Überzeugung gekommen, daß auch Khadhafi loyal an einer Evakuierung aller in Tschad stationierten fremden Truppen mitarbeiten würde. Als sich herausstellte, daß Khadhafi sein Versprechen nicht gehalten und Truppen auch nach Ablauf der Räumungsfrist im Land belassen hatte (französische Militärs sind überzeugt, daß noch heute etwa 3000 Mann libysche Truppen in Tschad stehen), stand Mitterrand vor der französischen Öffentlichkeit als Gefoppter da.

Der Präsident soll seinem Minister die mangelhafte, wenn nicht tölpelhafte Vorbereitung des Evakuierungsabkommens vom 17. September sehr übel genommen und damit im kleinen Kreis nicht hinter den Berg gehalten haben. Cheyssons Kredit war schon durch vorhergehende wiederholte diplomatische Ausrutscher, insbesondere in der Nahost-Politik, stark reduziert worden.

Als Positivum seiner dreieinhalbjährigen Präsenz im Quai d'Orsay wird indes die erhebliche Verbesserung der französisch-amerikanischen Beziehungen und Frankreichs Rückkehr zu enger atlantischer Zusammenarbeit verzeichnet bleiben.

Verständnis für Europäer

● Fortsetzung von Seite 1

Gegensatz resultierenden Spannungen in der NATO sind am Rande der Wintertagung mit diplomatischen Mitteln nur mühsam beherrscht worden. Eine besondere Rolle bei diesen Versuchen zur „Beruhigung" der US-Vertreter spielte Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner, dem es gelang, die US-Wünsche so weit zu „entschärfen", daß sie im Abschlußkommunique der Konferenz zwar noch erwähnt werden, über die kommenden fünf Jahre aber keine zusätzlichen Kosten verursachen.

Große Bedeutung maß Wörner dem wachsenden Verständnis der Europäer untereinander zur Intensivierung ihrer Rüstungskooperation bei. Wörner sagte, in den USA werde erkannt, daß Europa mit der Schaffung seiner eigenen Rüstungsindustrie nun ernst machen wolle. Dies werde von den Amerikanern als Ansatz für einen gleichberechtigten Dialog über den Atlantik hinweg anerkannt. Bis heute liefern die USA an Europa wertmäßig mehr als siebenmal soviel Verteidigungsgüter wie umgekehrt. Um dieses volkswirtschaftliche Ungleichgewicht auszubalancieren, hat die NATO neun Rüstungsprogramme ausgearbeitet, bei deren Verwirklichung die Europäer in Verhandlungen mit den USA, so Wörner, einen „angemessenen Anteil" verlangen. Andernfalls seien diese Programme nicht realisierbar. Zu den neuen Waffensystemen der neunziger Jahre, deren Produktion in diesen Programmen vorgesehen ist, gehören eine NATO-Fregatte, ein Hubschrauber für diesen Schiffstyp, verschiedene Kategorien von Flugzeugbewaffnung, eine Anti-Radar-Rakete, Systeme zur elektronischen Kriegführung sowie ein 155 Millimeter-Geschoß mit selbstzielsuchendem Gefechtskopf. Umstritten blieb die US-Forderung nach Bereitstellung von 30 000 zusätzlichen Reservisten der Bundeswehr, die in einem erweiterten Programm zur Unterstützung der amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik Versorgungs- und andere Aufgaben in der Etappe übernehmen sollen. Bonn hat darauf bislang mit strikter Ablehnung reagiert.

NATO-Generalsekretär Lord Carrington gab bekannt, daß der Oberste Alliierte Befehlshaber für Europa (SACEUR), US-General Rogers, von Präsident Reagan für weitere zwei Jahre auf diesen Posten bestätigt wurde, so daß Rogers bei SHAPE noch bis Juni 1987 bleiben wird.

Steuerstreit: CSU spricht von „Alarmstufe 1"

lz./HH, München

Die CSU macht Front gegen die Steuerbelastungsdiskussion in der CDU. Einen Tag vor der heutigen Koalitionsrunde schoß das Parteiblatt „Bayernkurier" eine volle Breitseite gegen die Schwesterpartei. Die Vorwürfe gipfelten in der Vermutung, die „von der CDU entfachte Belastungsdiskussion" um eine Ergänzungsabgabe basiere auf Überlegungen, der FDP Unionswähler zuzutreiben. Es sei keine Frage, so das Blatt, daß die CSU „für diese Taktik der Selbstzerstörung, für dieses Spiel mit dem Feuer als Partner nicht zur Verfügung stünde".

„Bayernkurier"-Chefredakteur Wilfried Scharnagl beruft sich auf Informationen aus Bonn, wonach sich CDU-Politiker, „fixiert auf den windigen Strohhalm der Demoskopie", in ein für die Unionsparteien lebensgefährliches Abenteuer stürzen wollen.

Das „verhängnisvolle Kurzschlußrezept" sehe folgendermaßen aus: Durch eine Ergänzungsabgabe oder andere Steuerbelastungen solle das angestammte Wählerfundament der Union verkleinert und der FDP „in existenzsicherndem Ausmaß" Wähler zugetrieben werden. Das im Unionslager eintretende Minus solle durch Stammwähler der SPD, die durch eine solche Politik angeblich zu gewinnen seien, ausgeglichen werden. Diese Überlegungen müßten die „Alarmstufe eins auslösen".

In der Kommission, die sich unter Vorsitz von Finanzminister Stoltenberg um eine Ersatzlösung für die verfassungwidrige Zwangsanleihe bemüht, hat es in der gestrigen Sitzung zwar keine Einigung gegeben. Doch gewinnt der Vorschlag, mit der Streichung zum Beispiel des Weihnachtsfreibetrags den Einstieg in den Subventionsabbau zu beginnen, an Zustimmung.

Die Streichung des Weihnachtsfreibetrags für Bezieher höherer Einkommen (etwa von 50 000/100 000 Mark für Ledige/Verheiratete) brächte für Bund, Länder und Gemeinden jährliche Einsparungen von schätzungsweise 340 Millionen Mark. Das ist mehr, als der Zinsverlust aus der gescheiterten Zwangsanleihe für die Bezieher höherer Einkommen ausgemacht hätte.

Zugleich wird daran erinnert, daß die Koalitionsvereinbarung von 1983 die Einschränkung des Weihnachtsfreibetrags im Zusammenhang mit der Steuerreform ausdrücklich vorsieht. Der CSU-Vorschlag zur Steuersenkung in der Proportionalzone (also teilweise elf statt 22 Prozent oder in stärker abgestufter Form) würde zu Steuerausfällen in Milliardenhöhe führen und wurde daher verworfen, ebenso der FDP-Vorschlag eines „Bonus" für Schlechterverdienende.

Lambsdorff weist neue Vorwürfe zurück

STEFAN HEYDECK, Bonn

Das Hauptverfahren gegen die früheren Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs und Otto Graf Lambsdorff (beide FDP) sowie den ehemaligen Konzern-Manager Eberhard von Brauchitsch, denen die Staatsanwaltschaft Bestechlichkeit beziehungsweise Bestechung im Zusammenhang mit der Flick-Affäre vorwirft, wird wie geplant am 10. Januar vor dem Bonner Landgericht eröffnet.

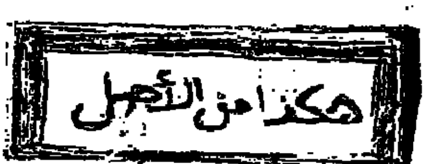
An diesem Termin ändert sich auch nichts dadurch, daß die Staatsanwaltschaft Lambsdorff jetzt zusätzlich wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung bei Parteispenden anklagen will. Auch gestern stand noch nicht fest, ob beide Anklagen zu einem Verfahren zusammengezogen werden. Ebenfalls unklar war, ob auch Brauchitsch und Friderichs wegen Steuerhinterziehung angeklagt werden. Oberstaatsanwalt Johannes Wilhelm meinte lediglich: „Kein Kommentar."

Die Ermittlungsbehörden hatten nach WELT-Informationen vor rund drei Wochen vergeblich versucht, die für den 10. Januar vorgesehene Eröffnung vom Gericht um ein bis zwei Monate verschieben zu lassen. Damit wäre der Verfahrensbeginn noch dichter an die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen herangerückt, die am 12. Mai stattfinden.

Der frühere Schatzmeister und heutige stellvertretende Chef der nordrhein-westfälischen FDP hat inzwischen „mit aller Entschiedenheit" die tatsächlichen und rechtlichen neuen Vorwürfe zurückgewiesen.

Die Staatsanwaltschaft wirft Lambsdorff vor, in der Vergangenheit Spendern für über Staatsbürgerliche Vereinigungen an die FDP geflossene Gelder von der Steuer abzugsfähige Quittungen verschafft zu haben. Nach seinen Worten ist es ein „bemerkenswerter Vorgang", daß es bisher weder Verfahren noch Strafbefehle gegen Hauptbeschuldigte wegen Steuerhinterziehung bei Parteispenden gegeben habe.

Gleichzeitig betonte er, daß ihm kein ausreichendes rechtliches Gehör gewährt worden sei. So sei seine Einlassungsfrist am 15. November abgelaufen. Einen Tag später aber hätten noch Ermittlungen bei dritten stattgefunden.



Nicht auszurotten

hg – „Aggressive Autowerbung fördert aggressives Fahrverhalten". Diese schlichte Aussage, Ergebnis einer Studie der Bundesanstalt für Straßenwesen, hat dem Bundesverkehrsminister derart eingeleuchtet, daß er vor einiger Zeit die Automobilindustrie in aller Strenge darauf hinwies, man werde derlei Reklame in Zukunft „sehr kritisch" prüfen. Hat er doch recht, oder? Oder auch nicht. Inzwischen hat sich nämlich herausgestellt, daß die Zahl der Verkehrsopfer von Januar bis September dieses Jahres um 5,3 Prozent zurückgegangen ist – die tödlichen Unfälle nahmen gar um 13 Prozent ab – obwohl die Automobilindustrie zur gleichen Zeit geworben hat wie nie. Auch aggressiv geworben, um der lahmenden Nachfrage Beine zu machen.

Daraus folgt, daß die Experten in der Bundesanstalt für Straßenwesen nicht besonders sorgfältig gearbeitet haben können. Tatsächlich ist die Basis ihrer Untersuchung – zwei Zeitschriften und daraus nur wenige Anzeigen – ziemlich dürftig. Die Unverdrossenheit, mit der die Autoren dennoch von der Werbung auf das Fahrverhalten geschlossen haben, läßt vermuten, daß sie dieses Ergebnis haben wollten.

Offenbar ist der mythische Glaube an die gefährliche Macht der Werbung nicht auszurotten. Der Glaube, daß der Verbraucher in seiner grenzenlosen Beschränktheit alles in die Tat umsetzt, was ihm Anzeigen und Fernsehspots erzählen. Warum läßt Minister Dollinger nicht einmal verstärkt für den öffentlichen Nahverkehr werben – vielleicht mit ein paar hübschen Mädchen. Er würde schon sehen, was er davon hat.

Neidvoller Blick

lf. – Nachdem der deutsche Aktienkurszettel jahrelang schrumpfte, weil den durch Konkurs und Übernahmen ausgeschiedenen Werten keine Neuemissionen gegenüberstanden, verweist die Deutsche Bank jetzt mit einem gewissen Stolz darauf, daß im vergangenen Jahr elf und in diesem Jahr 18 neue Aktien an den deutschen Markt gekommen sind. Daß von diesen Neuemissionen 92 Prozent von der Deutschen Bank plaziert wurden, registrierte Vorstandssprecher Wilhelm F. Christians ebenfalls mit einer gewissen Genugtuung. Wenn man aber das Emissionsvolumen von 350 Millionen Mark im Vorjahr und von etwa 1,5 Milliarden Mark im bisherigen Jahresverlauf betrachtet, ist die deutsche Börse dem Status eines Entwicklungslandes näher als dem eines hochentwickelten Industriestaates. Weiter gedämpft wird die Freude, wenn man bedenkt, daß bei der Telecom-Emission in London 14,5 Milliarden Mark plaziert werden konnten. Christians' Eingeständnis: Da kann man nur mit Neid und Respekt nach London blicken.

PRIVATISIERUNG / Entscheidet das Bundeskabinett am 19. Dezember?

Stoltenberg will sein Programm in diesem Jahr auf den Weg bringen

HEINZ HECK, Bonn

Finanzminister Gerhard Stoltenberg will die Privatisierung von Bundesvermögen noch in diesem Jahr auf den Weg bringen. Das erfordert eine Entscheidung des Kabinetts spätestens am 19. Dezember. Vom heutigen Koalitionsgespräch, an dem auch CSU-Chef Strauß teilnimmt, war eine Klärung über die umstrittene Teilprivatisierung der Lufthansa erwartet worden. Doch wurde das Thema kurzfristig von der Tagesordnung abgesetzt. Stoltenbergs Kabinettsvorlage ist seit Ende Oktober fertig.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Graf Lambsdorff, drängt die Koalition zur Eile. Gegenüber der WELT erklärte er gestern, er und seine Fraktion seien mit der Vorlage des Finanzministers „ganz einverstanden". Sie decke sich weitgehend mit den FDP-Vorstellungen – immer vorausgesetzt, daß man hierin nur den ersten Schritt sieht. Allerdings könnte er sich zum Beispiel eine stärkere Verringerung des Bundesanteils am Volkswagenwerk vorstellen. Doch sei Eile geboten, da in einigen Fällen Gesetzesänderungen erforderlich seien, die möglichst noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden sollten.

Wenn das Kabinett dem Stoltenberg-Konzept in der geplanten Fassung zustimmt, wird die FDP wahrscheinlich, so Graf Lambsdorff, auf zusätzliche eigene Vorschläge verzichten und sich statt dessen auf die volle parlamentarische Unterstützung dieses Konzepts konzentrieren.

Nach Stoltenbergs Kabinettsvorlage soll der Bundesanteil an acht Unternehmen, darunter der Lufthansa, deutlich verringert und bei drei weiteren eine Teilprivatisierung geprüft werden. Der Verkaufserlös dieser Aktion wird auf 1,5 bis zwei Milliarden Mark geschätzt, die allerdings nicht allein dem Bund, sondern auch zum Beispiel der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KW) oder der Volkswagenstiftung zufließen.

Hauptstreitpunkt und damit zugleich Hauptursache für die verzögerte Vorlage im Kabinett (zunächst sollte am 13. November entschieden werden) ist die Verringerung des Bundesanteils an der Deutschen Lufthansa von 79,9 Prozent (einschließlich KW, Post und Bahn) auf 55 Prozent. Noch in der Debatte über den Verkehrshaushalt Ende November hat der federführend zuständige Verkehrsminister Dollinger (CSU) diesen Schritt „als durchaus sinnvoll" bezeichnet. Vor dem Bonner Regierungswechsel 1982 war Dollinger einer der maßgeblichen Befürworter eines weiteren Privatisierungsschritts (nach dem der sechziger Jahre) bei der Lufthansa.

Darüber hinaus will Stoltenberg

- den Kapitalanteil des Bundes an der Volkswagenwerk AG durch Verzicht auf die Beteiligung an zwei Kapitalaufstockungen von 20 auf 14 Prozent senken,
- mindestens 25 Prozent des Grundkapitals der VIAG AG (derzeit 87,4 Prozent beim Bund und 12,6 Prozent bei der KW) über die Börse veräußern („weitere Schritte sind mittelfristig vorgesehen"),
- den Bundesanteil an zwei Banken, der Deutschen Pfandbriefanstalt und der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank (DSL-Bank), auf 51 Prozent verringern (die DSL-Bank gehört zu 99 Prozent dem Bund, die Deutsche Pfandbriefanstalt zu über 80 Prozent dem Bund und verschiedenen Sondervermögen),
- die Deutsche Industrieanlagen GmbH (DIAG) an Private veräußern („dabei muß das Interesse am Fortbestand des Maschinenbaus in Berlin berücksichtigt werden").

Die drei Prüfungskandidaten sind die Gesellschaft für Nebenbetriebe der Bundesautobahnen GmbH, die Schenker & Co. GmbH sowie die Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank.

Stoltenberg macht seine Position in der Vorlage deutlich: „Es ist nicht Aufgabe des Staates, Substanzakkumulation mittels Steuerfinanzierung oder Staatsverschuldung zu betreiben. Er hat vielmehr, soweit ein wichtiges Bundesinteresse nicht entgegensteht, durch Zurückhaltung im unternehmerischen Bereich zur Entlastung des Etats beizutragen. Damit wird indirekt auch der Bürger entlastet und privater Vermögensbildung mehr Spielraum geschaffen."

WELTKONJUNKTUR

Guth: Die beste Situation seit den 60er Jahren

LEO FISCHER, Düsseldorf

Unklarheiten, Versäumnisse und ein schlechtes Bild, das die Regierung in der Kernkraftfrage, bei der Katalysator-Problematik und bei der Diskussion um die Sonderabgabe für Besserverdienende bot, haben nach Ansicht von Wilfried Guth, Sprecher der Deutschen Bank AG, den Blick für die „positive Wirtschaftsentwicklung" und die „eindeutigen Erfolge der Wirtschafts- und Finanzpolitik" verstellt.

Diese Erfolge faßte Guth so zusammen:

1. Das reale Bruttosozialprodukt dürfte in diesem Jahr um 2,5 bis drei Prozent wachsen – das beste Ergebnis seit fünf Jahren. Das Tempo der Konjunkturbelebung habe im Herbst deutlich zugenommen.
2. Der Preisanstieg verringerte sich von 5,3 Prozent (1982) und 3,3 Prozent 1983 auf jetzt zwei Prozent. Im Weltvergleich liegt die Bundesrepublik mit Japan auf dem besten Rang.
3. Die Kapitalmarktzinsen sind seit Jahresbeginn um ein Prozent auf etwa sieben Prozent zurückgegangen. Nach der Schweiz und Japan hat die Bundesrepublik damit die niedrigsten Kapitalmarktzinsen unter allen Industrieländern.
4. Die Ertragslage der Unternehmen hat sich spürbar verbessert, allerdings von einem niedrigen Niveau ausgehend.
5. Ein weiterer Aktivposten ist die Reduzierung der Budgetdefizite. Bund, Länder und Gemeinden werden in diesem Jahr einen Haushaltsfehlbetrag von 45 Mrd. DM nach 55 Mrd. DM vor einem Jahr und knapp 70 Mrd. DM im Jahr 1982 haben.
6. Die deutsche Leistungsbilanz befindet sich aufgrund der guten Exportentwicklung in einer soliden Überschußposition von etwa zehn Milliarden Mark (wie in Vorjahreshöhe).

Guth wies darauf hin, daß es gerade das Ausland „nur schwer begreifen kann, wie eine so grundlegend positive Entwicklung mit so großer politischer Verwirrung und dem Umsichgreifen von Irrationalismus, ja mit Selbstzerstörungstendenzen unserer Demokratie einhergehen kann". Das Konjunkturschiff liege insgesamt auf Kurs. Hauptauftriebskräfte werden weiterhin der Export sein sowie die Investitionen. Vieles deutet nach Guth auf einen neuen Investitionsschub hin. Für die internationale Konjunkturentwicklung sieht Guth trotz der abgeschwächten Lokomotivwirkung der USA die besten Chancen seit den 60er Jahren.

Unbefriedigend sei aber weiter die Situation am Arbeitsmarkt, obwohl die Zahl der Arbeitslosen erstmals seit 1979 nicht gestiegen sei. Die Beschäftigung sei nicht nur eine Funktion der Wachstumsrate, sondern auch des Preises für Arbeit. Da das Erwerbspersonenpotential 1985 erstmals seit Jahren nicht nennenswert steigen werde, könnten die Wachstumserfolge im nächsten Jahr stärker auf den Arbeitsmarkt durchschlagen.

Sparen wie die SPD

Von HEINZ HECK

Wenn es in den Wahlkampf geht, gilt es, Geschenke zu verteilen oder wenigstens beizeiten anzukündigen – am besten solche, die man nicht selbst bezahlen will oder kann. Genau an dieses Rezept hält sich Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) mit seinem Vorschlag eines „Förderprogramms des Bundes bei kohlebetriebenen Feuerungsanlagen". Hierfür soll nach Raus Wunschvorstellung der Bund die Kleinigkeit von 4,1 Milliarden Mark springen lassen.

Das Dumme ist nur, daß der Bund partout nicht mitspielen will, wie der Bundeskanzler in der Antwort auf Raus Schreiben unmißverständlich klargemacht hat. Schlimmer noch für den Landesvater ist vielleicht, daß auch die vermeintlich Begünstigten, also die Elektrizitätswerke, nicht anbeißen.

Was also tun? Man wendet sich an den Oppositionsführer. Schließlich ist bald Wahlkampf, und in Sachen Kohle hat die große Koalition fast immer geklappt. Doch auch dieser Umarmungsversuch muß als gescheitert angesehen werden, auch wenn Rau hin und wieder durchblicken läßt, er habe Bernhard Worms praktisch schon auf seiner Seite.

Ungewöhnlich, aber wahr: Worms hat sich auch nicht mit Blick auf den Wahltag am 12. Mai über den Tisch ziehen lassen. Seine Antwort an Rau: „In mehreren vertieften Fachgesprächen habe ich in der Zwischenzeit die Relevanz und Stichhaltigkeit Ihres Vorschlages geprüft. Das Ergebnis dieser Gespräche und Prüfungen widerspricht unmißverständlich allem, was Sie aus energie-, wirtschafts- und umweltpolitischer Sicht für Ihr Programm zu hoffen vorgegeben haben."

Für den Fall, daß Rau dies alles noch nicht unmißverständlich genug sein sollte, präzisiert Worms seine Ablehnung vorsorglich mit dem Hinweis, Rau gefährde mit seiner Milliardenforderung „unsere bisherige gemeinsame Kohlepolitik im Land Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus auch den Konsens in dieser länderübergreifenden Sache auf Bundesebene".

Damit hat Worms den wohl sensibelsten Punkt angesprochen. Ausgerechnet der Regierungschef eines Kohlelandes greift in die äußerst fragile Balance, die Bund und Länder in der sogenannten Kohlevorrangpolitik zu halten bemüht sind. Er stellt, ungeachtet des Geldsegens für Ruhr und Saar, den der Kanzler in seinem Schreiben an Rau für dieses Jahr auf über 5,7 Milliarden Mark beziffert, einfach weitere Forderungen und damit zugleich das auch von der SPD im Grundsatz und ganz allgemein so begrüßte Verursacherprinzip auf den Kopf.

Schon heute wird auf jede Kilowattstunde Strom – ganz gleich, ob aus (Stein- oder Braun)Kohle, Kernkraft, Wasser, Gas oder Öl erzeugt – der „Kohlepfennig" entrichtet, der sich seit Jahren zu Milliardenbeträgen zugunsten allein der Steinkohle summiert. Hinzu kommt: Dank der billigen Braunkohle und der – gegenüber revierfernen Bundesländern – niedrigen Transportkosten liegt Nordrhein-Westfalen (zusammen mit dem Saarland) am unteren Ende der Strompreisskala.

Die anderen Bundesländer nehmen zusammen mit den Abnahmeverpflichtungen für Steinkohle aus dem Jahrhundertvertrag nicht nur höhere Strompreise, sondern auch Standortnachteile in Kauf – aus welchem anderen Grund als dem der Solidarität mit der Kohle?

Aber es liegt ganz in der Logik des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministers Reimut Jochimsen (SPD), der wie seine Vorgänger die Bedeutung des Strompreises für die Standortwahl sträflich veranchlässigt, diese finanziellen Kraftakte der anderen Länder zu ignorieren. Ausgerechnet Rau und Jochimsen gefährden den Jahrhundertvertrag von Kohle und Strom, wenn sie neue Forderungen aufsatteln – so wie es eine rot-grüne Koalition (?) in Hessen mit einem neuen Energiegesetzentwurf auf andere Weise tut.

Ausgerechnet die SPD, die seit Jahren von Parteitag zu Parteitag einen erbitterten Kampf gegen die Stromwirtschaft führt, ausgerechnet die SPD, die in Bonn gegen neue und alte Subventionen wettert – ausgerechnet diese SPD fordert schlankweg vier Milliarden Mark Subventionen für Kraftwerke. Das sind – selbst im Wahlkampf und in der (Bonner) Opposition – zu viele Ungereimtheiten auf einmal.

AUF EIN WORT

„Im Hinblick auf die zahlreichen Vorleistungen Niedersachsens für die Realisierung eines nationalen Entsorgungskonzepts ist die Landesregierung auf der einen Seite nicht bereit hinzunehmen, daß die Investitionsströme für eine Wiederaufbereitungsanlage an Niedersachsen vorbeiströmen, andererseits wird sie nicht zulassen, daß Niedersachsen zur Atommüllkippe der Republik wird."

Birgit Breuel, Wirtschaftsminister von Niedersachsen FOTO: JUPP DARCHINGER

Ruhrkohle will Erdgassteuer

dpa/VWD, Essen

Die Ruhrkohle AG (RAG) sieht in der Absatzpolitik der Gaswirtschaft eine Gefahr für die Zukunft der Steinkohle. Um nicht durch eine „aggressive Strategie" verdrängt zu werden, sollte eine Erdgassteuer nicht ausgeschlossen werden. Diese hatte auch schon Veba-Chef Rudolf von Bennigsen-Foerder vor wenigen Tagen gefordert. Die deutsche Steinkohle habe, so die RAG, im Wärmemarkt in den siebziger Jahren bis 1983 über 21 Mill. Tonnen Absatz verloren. Eine weitere Verdrängung durch das Erdgas sei zu befürchten.

KAPITALMARKT

Bund senkt die Renditen für seine Daueremissionen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Der Bund hat jetzt die Renditen seiner Daueremissionen an die gesunkenen Kapitalmarktrenditen angeglichen, deren Rückgang sich gestern weiter spürbar beschleunigt hat. Von heute an gelten für Bundesobligationen, Finanzierungsschätze und Bundesschatzbriefe neue Konditionen, die für die Anleger ungünstiger sind als bisher.

Bundesobligationen mit fünfjähriger Laufzeit werden jetzt nur noch mit 6,75 statt mit bisher sieben Prozent verzinst. Die neue Serie 52 bringt bei einem Ausgabekurs von 99,70 Prozent eine Rendite von 6,82 (bisher 6,90) Prozent. Finanzierungsschätze des Bundes rentieren sich jetzt bei einjähriger Laufzeit mit 5,25 (5,35) Prozent und bei zweijähriger Laufzeit mit 6,15 (6,30) Prozent.

Stärker fällt die Renditeverschlechterung bei den Bundesschätzchen aus. Der Typ A mit jährlicher Zinsauszahlung bringt jetzt bei Durchhalten bis zur Fälligkeit nach sechs Jahren eine Rendite von 6,77 (bisher 7,13) Prozent; der Typ B mit Zinsansammlung rentiert sich bei siebenjähriger Besitzdauer künftig mit 7,03 (7,42) Prozent. Die Bundesschatzbriefe werden im ersten Jahr wie bisher mit nominal fünf Prozent verzinst, im zweiten Jahr sinkt der Nominalzins von 7,00 auf 6,50 Prozent, im dritten von 7,25 auf 7,00 Prozent, im vierten von 7,75 auf 7,25 Prozent, im fünften von 8,00 auf 7,50 Prozent und im sechsten und siebten Jahr von 8,50 auf 8,00 Prozent.

Der Druck auf die Zinsen geht derzeit fast ausschließlich von der Auslandsnachfrage aus; Inländer haben sich an das Zinsniveau noch nicht ganz gewöhnt.

KONJUNKTUR

Im Oktober kräftiges Plus bei Auslandsbestellungen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die lebhafte Auslandsnachfrage hält den deutschen Konjunkturmotor weiter in Fahrt. Nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums sind die Auslandsbestellungen von September auf Oktober kräftig um vier Prozent gestiegen. Insgesamt war der Auftragseingang in der verarbeitenden Industrie im Oktober allerdings nur um real ein Prozent höher als im Vormonat.

Darin spiegelt sich der einprozentige Rückgang der Inlandsorders, der auf einen starken 25prozentigen Rückgang der Aufträge im Fahrzeugbau zurückzuführen ist; diese Abschwächung war einmal eine Normalisierung nach der sehr lebhaften Bestelltätigkeit nach Ende des Streiks, zum anderen eine Reaktion auf die Katalysatordiskussion. In den übrigen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes nahm die Inlandsnachfrage auch im Oktober im Durchschnitt zu.

Im Zweimonatsvergleich September/Oktober gegenüber Juli/August stieg der Auftragseingang insgesamt ebenfalls um ein Prozent, wobei die Auslandsorders um zwei Prozent zunahmen und die Inlandsbestellungen um ein Prozent zurückgingen; das Investitionsgütergewerbe verzeichnet allerdings ein zweiprozentiges Plus. Im Jahresvergleich waren die Bestellungen im September/Oktober um sechs Prozent höher.

In den ersten zehn Monaten dieses Jahres sind die deutschen Ausfuhren um 13,7 Prozent gestiegen. Am stärksten wurde der Export in die USA, in die 9,3 Prozent der deutschen Exporte gehen, gesteigert, nämlich um 46,1 Prozent. Die Exporte in die EG stiegen um 12,5 und die nach Japan um 26,1 Prozent.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Sozialprodukt wächst wieder schneller

Frankfurt (cd.) – Die Zunahme des realen Bruttosozialprodukts, das nach Angaben des Statistischen Bundesamts um 2,8 Prozent im dritten Quartal gegenüber der gleichen Vorjahreszeit und um zweieinhalb Prozent gegenüber dem zweiten Quartal dieses Jahres gestiegen ist, zeigt, daß die deutsche Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs liegt. Die Verwendungsseite des Sozialprodukts weist einen starken Anstieg der Auslandsnachfrage auf, während die Inlandsnachfrage schwächer als in den vergangenen Quartalen zunahm. Am stärksten expandierten die Ausrüstungsinvestitionen um 4,1 Prozent.

Vorschlag zur TA Luft

Bonn (HH) – „Nicht mit dem Rasenmäher", sondern in einer zeitlichen Staffelung nach dem Gefährdungsgrad sollte im Rahmen der zu novellierenden Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft), Teil 3, die weitere Begrenzung der Schadstoffe in Angriff genommen werden. Diese Anregung hat der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) gegeben. Wie BDI-Hauptgeschäftsführer Siegfried Mann erklärte, scheine Innenminister Zimmermann für diesen Vorschlag aufgeschlossen zu sein.

Hoher Exportüberschuß

Hamburg (dpa/VWD) – Der Exportüberschuß der Bundesrepublik wird nach Einschätzung des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hamburg, in diesem Jahr das Vorjahresergebnis von 42 Mrd. DM um mehrere Mrd. DM übertreffen. Die Exportaussichten der Bundesrepublik bleiben nach Ansicht des HWWA auch 1985 günstig. Allerdings dürfte die Zunahme der Ausfuhren mit rund sechs Prozent nicht mehr ganz so hoch ausfallen wie 1984 mit real etwa 8,5 Prozent.

US-Stahlimporteure klagen

Washington (AP) – Das Amerikanische Institut für Importstahl (AIIS) hat beim New Yorker Welthandelsgericht Klage gegen die Entscheidung von US-Präsident Ronald Reagan eingereicht, die Einfuhr von Stahlröhren aus Westeuropa mit sofortiger Wirkung zu stoppen. Das Institut repräsentiert 70 Unternehmen und wickelt 80 Prozent der Stahleinfuhren aus Westeuropa ab.

Innovationsförderung

Frankfurt (cd.) – Die Stadt Frankfurt fördert Innovationsvorhaben kleiner und mittlerer Frankfurter Betriebe mit einer zweiprozentigen Zinsverbilligung als zusätzlichen Anreiz zu Programmen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Ferner erstattet die Stadt einen erheblichen Teil diverser Beratungskosten.

Möbel und Bücher vorn

Düsseldorf (Py.) – Die Fachgeschäfte des deutschen Einzelhandels haben im Oktober drei (preisbereinigt knapp zwei) Prozent mehr umgesetzt als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Herausragende Zuwachsraten hatten der Bürofachhandel (plus 16 Prozent), der Handel mit Möbeln, Büchern sowie die Reformhäuser mit jeweils zwölf Prozent. Nach Angaben des Instituts für Handelsforschung an der Universität Köln erhöhte sich der Fachhandelsumsatz in den ersten zehn Monaten nominal nicht, preisbereinigt war ein Umsatzrückgang um zwei Prozent zu verzeichnen.

Herlitz-Optionsanleihe

Frankfurt (DW.) – Die Herlitz Finanzierung B. V., Niederlande, beabsichtigt, unter der Federführung der Deutschen Bank AG eine 50-Millionen-DM-Optionsanleihe zu begeben. Die Herlitz AG, Berlin, garantiert die Anleihe. Der Zinssatz soll drei Prozent und der Emissionskurs 100 Prozent betragen, die Laufzeit zehn Jahre. Jeder Teilschuldverschreibung von 1000 Mark sind selbständig verbriefte Optionsrechte beigefügt, die auf die Dauer von zehn Jahren zum Erwerb von fünf Stammaktien der Herlitz AG zum Preis von 218 Mark berechtigen. Die Optionsscheine können vom 27. Dezember 1984 von den Teilschuldverschreibungen getrennt und selbständig gehandelt werden. Die Teilschuldverschreibungen und Optionsscheine sollen an der Berliner, Düsseldorfer und Frankfurter Wertpapierbörse eingeführt werden.

BETRIEBSKRANKENKASSEN

Für mehr Mitbestimmung bei Krankenhaus-Planung

tb. Berlin

Die Mitglieder der Betriebskrankenkassen müssen mit höheren Beiträgen rechnen. Der durchschnittliche Beitragssatz der 761 Kassen wird zum 1. Januar 1985 von jetzt 10,07 Prozent auf etwa 10,5 Prozent steigen. Und eine weitere Erhöhung dieses Durchschnittssatzes im Laufe des nächsten Jahres ist nicht ausgeschlossen, erklärten Sprecher des Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen anläßlich ihrer Vertreterversammlung in Berlin. Gegenwärtig geht man davon aus, daß 130 Kassen ihren Beitragssatz zum Jahreswechsel anheben werden; bei 66 gibt es allerdings weitere Senkungen.

Als nach wie vor problematisch bezeichneten die Sprecher die Neuordnung der Krankenhausfinanzierung. Die Betriebskrankenkassen wünschen auch bei der Krankenhausplanung – angefangen bei der Bedarfsplanung – mehr Mitbestimmung, so der Vorsitzende der Vertreterversammlung, Gerd Krems. Immerhin seien die Krankenkassen der größte Kostenträger; etwa ein Drittel der Leistungsausgaben entfallen nach diesen Angaben auf die Pflegesätze.

Durch die bevorstehende Weichenstellung in der Krankenhausfinanzierung werde zwar der Finanzbedarf der Krankenkassen in erheblichem Umfang bestimmt, ihr Einfluß auf die Planung bleibe jedoch unzureichend. Wenn der Gesetzgeber die Krankenversicherung mit nur schwachen Zuständigkeiten ausstatte, werde es kaum gelingen, den „Ausgaben-Treibsatz" Krankenhaus zu bremsen. Die Betriebskassen sind der drittgrößte Zweig der gesetzlichen Krankenversicherung mit knapp acht Millionen Versicherten.

OECD-ENTWICKLUNGSHILFE / Afrika soll stärker in den Vordergrund rücken

Sonderfonds als Lösungsvorschlag

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Entwicklungshilfe der westlichen Industriestaaten sollte stärker auf die notleidenden afrikanischen Länder südlich der Sahara konzentriert werden. Dafür haben sich hohe Funktionäre des OECD-Entwicklungshilfeausschusses (DAC), des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und anderer multinationaler Organisationen auf einer Sondertagung in Paris ausgesprochen. Allgemein wurde die „dringende Notwendigkeit zusätzlicher Hilfen" für diese Ländergruppe anerkannt.

Nachdem bereits die Weltbank neue Hilfen von bis zu zwei Milliarden Dollar angekündigt hatte, hofft DAC-Präsident Rutherford M. Poats, die dem Ausschuß angehörenden OECD-Staaten zu größerer bilateraler Hilfe zu veranlassen; in welcher Form ist noch ungeklärt. Abgesehen davon: Konkrete Zusagen gibt es erst von den Japanern (165 Millionen Dollar). Diskutiert wurde die Schaffung eines Sonderfonds; ausgestattet mit einer Mrd. Dollar für drei Jahre zu den Konditionen, die auch für die Weltbank-Tochter Ida gelten. Vorgesehen wäre, den Fonds für schnell wirksame Maßnahmen einzusetzen.

Trotz der Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums wird die gesamte DAC-Hilfe in diesem Jahr ihr von 27,73 Milliarden Dollar 1982 auf 27,46 Milliarden Dollar 1983 geschrumpftes Volumen kaum überschreiten, da vor allem die USA weiterhin starke Zurückhaltung geübt haben. Für die nächsten Jahre erwartet Poats eine leichte Verstärkung der Hilfszusagen. Auch bestünde die Tendenz zu einer schnelleren und vollständigeren Durchführung dieser Zusagen.

Positiv bewertete Poats, daß sich viele afrikanische Länder endlich zu größeren strukturellen Reformen bereit gefunden hätten und die Kooperation mit den Geberländern „vor Ort" akzeptierten. Hinsichtlich der Verbesserung ihrer Agrarstruktur zwecks Verminderung der Importabhängigkeit gäbe es jetzt mehr Chancen des Erfolgs als des Mißerfolgs. Allerdings brauchte man Jahrzehnte, um hier zu befriedigenden Ergebnissen zu kommen.

Deshalb muß sich die westliche Hilfe vor allem an die unter der Trokkenheit leidenden afrikanischen Länder immer noch sehr stark auf die Bereitstellung von Nahrungsmitteln stützen. Von seiten der DAC-Staaten werden das in diesem Jahr mehr als drei Millionen Tonnen sein.

Mittelfristig sprechen sich die Konferenzteilnehmer in ihrem wortreichen Kommuniqué für die Verstärkung des technischen Beistands und allgemein für eine größere Effizienz der Entwicklungshilfe im Rahmen einer besseren internationalen Koordinierung aus.

FOKKER-FLUGZEUGE

Erster Käufer für das neue Modell

BODO RADKE, Amsterdam

Für ihr vorerst nur auf dem Reißbrett existierendes neues Modell F-50 haben die niederländischen Fokker-Flugzeugwerke mit Hauptsitz in Amsterdam bereits den ersten Käufer gefunden. Die australische Luftverkehrsgesellschaft Ansett bestellte zehn Maschinen dieses neuen Typs und nahm eine Option auf fünf weitere Exemplare.

Die F-50 soll ab Mitte 1986 die seit bald drei Jahrzehnten produzierte Fokker-„Friendship" ablösen, die sich als großer Verkaufserfolg in der Kategorie von Passagiermaschienn für Kurz- und Mittelstrecken erwiesen hat. Das neue Modell wird – wie die „Friendship" – von zwei Turboprop-Motoren getrieben und kann bis zu 50 Fluggäste befördern. Ihre robuste Bauart erlaubt die Benutzung auch sehr primitiver Pisten als Start- und Landeplätze.

Als die Fokker-Werke Ende vergangenen Jahres die Entwicklung der neuen Maschine ankündigten, schätzte die Direktion den Markt für einen solchen Typ auf 1000 bis 1200 Exemplare. Nach heutigem Dollarkurs beträgt der Stückpreis umgerechnet etwa 22 Mill. DM. Der erste Testflug des neuen Modells ist für Ende 1985 geplant. Sechs Monate später könnte die Serienproduktion anlaufen.

Wie ein Sprecher der Fokker-Direktion mitteilte, werden die Entwicklungskosten durch das Zurückgreifen auf die Erfahrungen mit der „Friendship" nur etwa ein Viertel von denen betragen, die bei der Konstruktion eines völlig neuen Modells anfallen. Schon nach dem Absatz von 150 bis 250 Maschinen wäre die Gewinnzone erreicht. Zur Zeit werde mit annähernd zehn weiteren Interessenten verhandelt.

Gleichzeitig mit der F-50 wird in den Amsterdamer Fokker-Werken an der Entwicklung einer F-100 gearbeitet, die ebenfalls für Flüge kurzer und mittlerer Entfernung eingesetzt werden soll. Bei der F-100 handelt es sich jedoch um eine Düsenmaschine mit einer Kapazität von 100 Passagiersitzen. Der Bedarf für einen solchen Typ wird weltweit auf etwa 750 Exemplare geschätzt.

An den Entwicklungskosten beider Modelle beteiligt sich der niederländische Staat mit über 800 Mill. DM in Form von Vorfinanzierungen oder Kreditgarantien. (SAD)

KABELMETAL / Interessen in der Verkehrstechnik verstärkt – Dividende wird auf zehn Prozent verdoppelt

Auf schwierigeren Geschäftsverlauf eingestellt

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Kabel- und Metallwerke Gute-Hoffnungshütte AG (Kabelmetal), Osnabrück, äußert sich nach den günstigen Ergebnissen im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 6.) zu den weiteren Aussichten eher vorsichtig. Vorstandschef Jörg Stegmann verweist auf die „Auswirkungen der viel zu teuren Tarifrunde" und die spürbare Verunsicherung durch die andauernden Diskussionen im politischen Bereich. Kabelmetal sei gut beraten, von einer zwar weiterhin positiven, aber gegenüber dem Vorjahr schwächeren Entwicklung auszugehen. Sorge bereiteten vor allem die in jüngster Zeit bekanntgewordenen Zahlen aus der Bauwirtschaft.

Für die ersten sechs Monate des neuen Geschäftsjahres rechnet Stegmann zwar noch mit einem zufriedenstellenden Verlauf; das zweite Halbjahr allerdings dürfte in der Tendenz schwieriger werden. Vor diesem Hintergrund wäre es falsch, schon jetzt Ergebnisprognosen zu wagen. Gemessen an den ersten vier Monaten (Juli bis Oktober) sei Kabelmetal durchaus zufrieden, wenngleich der Umsatz geringfügig unter dem Vorjahresniveau liege und auch der Auftragsbestand gesunken sei. Kurzarbeit stehe nirgendwo zur Debatte, in Teilbereichen würden derzeit sogar Überstunden gefahren.

Eine ausgesprochen positive Geschäftsentwicklung verzeichnete Kabelmetal im Geschäftsjahr 1983/84. In der Bilanz und im Gewinnverwendungsvorschlag (10 nach 5 Prozent Dividende) kommt dies nur bedingt zum Ausdruck. Jeweils „einige Millionen", so Stegmann, wurden für die Bewertung der Kupfervorräte nach dem Niedrigstpreis und für den Importwarenabschlag aufgewandt.

Die Verbesserung wird aber auch an den relevanten Zahlen der Ertragsrechnung sichtbar. So erhöhte sich der Jahresüberschuß auf 13,5 (6,8) Mill. DM. Nahezu verdoppelt hat sich der Cash flow, der mit 38,6 (20,4) Mill. DM ausgewiesen wird. Der Gewinn pro Aktie nach Steuern stieg auf 9,20 (6,75) DM. Verkraftet werden mußten bei all dem noch Belastungen aus dem Sozialplan in Höhe von knapp 3 Mill. DM.

Kabelmetal investierte im Berichtsjahr gut 18 (13) Mill. DM; die Abschreibungen und Abgänge erreichten 23,3 (27) Mill. DM. Auf der Passivseite nahmen die Rückstellungen um 19,1 Mill. auf 124,3 Mill. DM zu; auf Pensionsrückstellungen entfielen davon 5,1 Mill. DM.

Der um Metallpreisschwankungen und Beistellungseinflüsse bereinigte Umsatz lag mit 624 Mill. DM um 4 Prozent unter dem des Vorjahres. Dagegen erhöhte sich der Erzeugnisumsatz um fast zwölf Prozent. Der Exportanteil erreichte 35,2 (33,1) Prozent. Die Auslastung der Kapazitäten wird als befriedigend bezeichnet. Nachdem im Berichtsjahr Preiserhöhungen nur bedingt durchzusetzen waren, sehen die Anfang 1985 geltenden Preislisten einen Anstieg von vier bis fünf Prozent vor.

Günstigere Ergebnisse erzielten im Berichtsjahr die Kabelmetal-Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Dies gilt auch für die französische Cables de Lyon, an der Kabelmetal mit 25 Prozent beteiligt ist. Die auf dem Gebiet der Verkehrstechnik tätige Schaltbau GmbH, München, hat ihre Aktivitäten durch den Erwerb von zwei Firmen ausgebaut. Dabei handelt es sich um die Gesellschaft für elektrische Zugausrüstung mbH, Frankfurt, und deren Tochter Carl Brose GmbH, Wuppertal. Die Firmen gehörten bisher zu Varta und Siemens.

Die Berliner Tochter Messing GmbH ist weiter auf dem Wege der Besserung. Die Verluste aus dem Vorjahr (9 Mill. DM) konnten nach den Worten Stegmanns etwa halbiert werden.

JAPAN – EG / Kooperation im Bereich Technologie?

Fernmeldewesen im Visier

dpa/VWD, Tokio

Japan und die EG werden voraussichtlich noch vor Ende des Jahres durch einen offiziellen Briefwechsel die politischen Voraussetzungen für eine engere Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technologie schaffen. In einem Gespräch mit EG-Kommissar Etienne Davignon stimmte Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone dem Vorschlag aus Brüssel zu.

Davignon meint jedoch, daß ein Briefwechsel ein Rahmenabkommen nicht ersetzt; er sei nur die Grundlage für ein flexibles Kooperationsprogramm, das insbesondere den Austausch von Informationen und Fachkräften sowie gemeinsame Forschungsprojekte einschließen soll.

Als zukunftsträchtiges Feld der Zusammenarbeit nannte Davignon das Fernmeldewesen, wo Japan und die EG bei der Entwicklung neuer Systeme vor vergleichbaren Problemen stünden. Das kommerzielle Interesse der Gemeinschaft richtet sich dabei offenbar in erster Linie auf das Geschäft mit Kommunikationssatelliten. Es wird erwartet, daß dieser Markt in Japan nach der für nächstes Frühjahr geplanten Privatisierung der Nippon Telefon- und Telegrafengesellschaft (NTT) erheblich expandieren wird.

Die Bemühungen der EG-Kommission um eine Rahmenvereinbarung für Wissenschaft und Technologie werden allerdings nicht von allen europäischen Mitgliedsländern gleichermaßen unterstützt. Wenig Interesse zeigen Frankreich, England und die Bundesrepublik, die bereits bilaterale Kooperationsverträge mit Japan haben und von einem Dachabkommen der EG mit Tokio nur unerwünschte Konkurrenz erwarten.

Bei den Verhandlungen über die japanische Videoexportquote für 1985 gab es allerdings erste Anzeichen für einen Kompromiß.

ITT / Geringe Arbeitsintensität läßt Kostenvorteile der Niedriglohnländer schrumpfen

Investitionsstoß für deutsche Töchter

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Wegen der künftigen „beispiellosen Möglichkeiten" seiner deutschen Beteiligungen (Flaggschiffe: SEL und Alfred Teves) plant der US-Mischkonzern ITT einen kräftigen Investitionsstoß in der Bundesrepublik. In der Fünfjahresperiode 1985 bis 1989 sollen die 50 deutschen ITT-Töchter (51 000 Mitarbeiter und 7,4 Mrd. DM Umsatz 1984) 6,4 Mrd. DM investieren, 50 Prozent mehr als in den Jahren 1980 bis 1984.

Bei einem Investitionsvolumen von 15 Mrd. DM für ganz Europa stellt der deutsche Teil das größte nationale Einzelprogramm dar. Mit seiner Weichenstellung folgt der US-Konzern durchaus der Maxime, „unsere Aufmerksamkeit speziell auf diejenigen Geschäftsbereiche zu konzentrieren, die die besten Ertragsaussichten für unsere Investitionen bieten" (Europa-Präsident Daniel P. Weadock). Mit 500 Mill. Dollar – davon rund die Hälfte aus Deutschland – steuerten die europäischen Gesellschaften 1983 rund 60 Prozent zum weltweiten Nettogewinn bei. Ihr Umsatzanteil lag bei 50 Prozent.

Daß auch die künftigen Ertragschancen im Hochlohnland Bundesrepublik so günstig beurteilt werden, liegt nicht allein an den stabilen Zinssätzen, den niedrigen Inflationsraten und anderen Rahmenbedingungen, die Weadock ins Feld führt.

SEL-Chef Helmut Lohr sieht auch neue Standort-Vorteile: „Bisher war es so, daß man sich durch den Zukauf in Niedriglohnländern Kostenvorteile verschaffen konnte. Das wird sich mit dem Fortschritt der Technologie ändern, weil die Arbeitsintensität der Fertigung so gering wird, daß es sogar möglich wird, Produktion nach Deutschland zurückzuholen."

Tatsächlich peilt Lohr trotz des erheblichen Plan-Wachstums – 1989 sollen die deutschen ITT-Töchter insgesamt 12 Mrd. DM Umsatz erreichen – keine nennenswerte Ausweitung der derzeitigen SEL-Belegschaft von 31 000 Mitarbeitern an. So wird der Löwenanteil des Programms in die beschleunigte Entwicklung und Einführung hochmoderner Technologien auf den Gebieten der Nachrichtentechnik (SEL), der Elektronik (Intermetall Bauelemente) und der Autoteile (Teves, SWF) fließen.

Dabei ist der Investitionsbegriff etwas weiter gefaßt als gemeinhin üblich. Mit 4,2 Mrd. DM entfallen zwei Drittel des Volumens auf Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen, „echte" Sachinvestitionen sind in Höhe von 2,2 Mrd. DM geplant – der 50-Prozent-Sprung gilt für beide Werte gleichermaßen.

Allein auf SEL (Umsatz 4,4 Mrd. DM) werden 2,7 Mrd. DM Entwicklungsaufwand und 1,2 Mrd. DM Sachanlagen entfallen. Teves (Umsatz 1,8 Mrd. DM) wird am Forschungskuchen mit 1 Milliarde und an den Sachinvestitionen mit 360 Mill. DM beteiligt sein, SWF wird aus beiden Budgets je 200 Mill. DM erhalten, und Intermetall soll 320 Mill. DM in Anlagen und 220 Mill. DM in die Entwicklung stecken.

Die Finanzierung des Programms soll aus den Unternehmen selbst kommen: „Statt den Gewinn unserer deutschen Firmen auszuschütten, haben wir die langfristige Entscheidung getroffen, den größten Teil der Gewinne hier zu investieren", so Weadock. Die deuschen Beteiligungen spiegeln fast die ganze Bandbreite der ITT-Engagements wider: Unterhaltungselektronik, Büromaschinen, Leuchten, Versicherung, Finanzierungsgeschäfte, Hotels (Sheraton), Maschinenbau und Elektronik.

Neun Milliarden Mark Subventionen

dpa/VWD, Köln/Essen

Für die verschiedenen Energiezweige erbringen Bund und Länder aus energiepolitischen Gründen jährlich fast neun Mrd. DM Subventionen oder subventionsähnliche Leistungen. Dies hat das Energiewirtschaftliche Institut an der Universität Köln ermittelt.

Für 1984 entfielen von den staatlichen Leistungen auf die Steinkohle 5,77 Mrd. DM, Mineralöl 203,1 Mill. Kernenergie 1,45 Mrd. sowie auf Fernwärme, rationelle Energieverwendung und neue Energiequellen 1,43 Mrd. DM. Für das Erdgas wurden 1984 keine Zahlungen oder Haushaltsansätze ermittelt.

Die Verfasser der Untersuchung weisen darauf hin, daß die Erfassungs- und Abgrenzungsprobleme außerordentlich schwierig seien. Wenn man in die Berechnungen die Zuschüsse zur knappschaftlichen Rentenversicherung, verschiedene Mineralölsteuervergünstigungen in der Landwirtschaft und im Verkehrssektor sowie die Grundlagenforschung für die Kernenergie mit einbeziehe, dann betragen die jährlichen Staatsleistungen sogar über 20 Mrd. DM.

ÖSTERREICH / Weitere Hilfen für Staatsunternehmen

Weniger Pensionszuschüsse

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

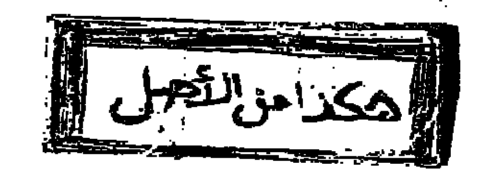
Eine kräftige Geldspritze wird neuerlich die verstaatlichte Industrie in Österreich erhalten. Von den vom Aufsichtsrat der Staatsholding ÖIAG noch zu beschließenden insgesamt 6,4 Mrd. Schilling (ca. 900 Mill. DM) entfallen auf Österreichs größtes Unternehmen, den Stahlkonzern VÖEST-Alpine 2,5 Mrd. Schilling; die VÖEST-Tochtergesellschaft VEW (Vereinigte Edelstahlwerke) wird zwei Mrd. Schilling bekommen.

Darüber hinaus werden 550 Mill. Schilling dem defizitären Elektrokonzern Elin, je 500 Mill. Schilling der Chemie Linz und dem Buntmetallkonzern Ranshofen (VMW) und 250 Mill. Schilling dem Maschinenbaukonzern SGP zugeführt. Diese Kapitalhilfe ist Bestandteil eines bereits im Herbst 1983 beschlossenen Finanzhilfeprogrammes von insgesamt 16,6 Mrd. Schilling, aus dem dann 1985 noch rund 5,5 Mrd. Schilling zur Verfügung stehen würden.

Die neuerlichen Subventionen werden trotz verbesserter Gesamtsituation der verstaatlichten Industrie notwendig, da die Verluste in den Stahlkonzernen nach wie vor beträchtlich sind. Nach 4,9 Mrd. Schilling im Vorjahr dürften in diesem Jahr bei VÖEST und VEW noch immer insgesamt zwischen 3,5 und 4 Mrd. Schilling anfallen.

Im Zuge der steten Bemühungen um Senkung der Arbeitskosten haben sich Belegschaft und Unternehmensleitung jetzt über eine Reduzierung der Zuschüsse für Firmenpensionen geeinigt, nachdem entsprechende Verhandlungen im Frühjahr unter Streikdrohung der Betriebsräte und wegen eines Eingriffes von Bundeskanzler Sinowatz gescheitert sind.

Nach 101 Mrd. Schilling im Vorjahr erwartet die VÖEST in diesem Jahr einen beträchtlichen Umsatzanstieg auf 150 Mrd. Schilling. Unter den übrigen Industriebetrieben des Staates hält insbesondere bei dem noch vor zwei Jahren stark defizitären Aluminiumkonzern VMW-Ranshofen mit einer Verdoppelung des Gewinns auf 200 Mill. Schilling die positive Entwicklung an. Elin wird den Verlust von 616 auf 150 Mill. Schilling reduzieren; die noch im Vorjahr defizitäre Chemie Linz bilanziert mit kleinem Gewinn. Bei dem Mineralölkonzern ÖMV-AG dürfte Gewinn mit 1,5 Mrd. Schilling gleich bleiben.



DEUTSCHE BANK / Wieder hohe Risiko-Vorsorge – Zögerndes Firmengeschäft

Betriebsergebnis auf Vorjahresniveau

HARALD POSNY, Düsseldorf

Ob die Deutsche Bank 1984 das Spitzenergebnis des Vorjahres wiederholen wird oder vielleicht noch um ein Quentchen verbessern kann, war auf der Pressekonferenz des Instituts anläßlich eines 10-Monats-Rückblicks und vorsichtigen Ausblicks bis zum Jahresende eine mehrfach in Variationen gestellte Frage. Mehr als den Hinweis auf die Erwartung eines „befriedigenden Ergebnisses" und – nach Wertberichtigungen und Rückstellungen von knapp sechs (4,4) Mrd. DM für zehn Monate – eines Gesamtergebnisses, das das Vorjahresniveau erreicht, ließ sich Vorstandssprecher Wilhelm F. Christians nicht entlocken.

Das gesamte Betriebsergebnis (Überschuß aus dem laufenden Geschäft (einschließlich Eigenhandel), zur Jahresmitte noch fünf Prozent unter dem Vorjahr entsprach in den abgelaufenen zehn Monaten exakt dem anteiligen Vorjahresergebnis (1983: plus 10,8 Prozent). Christians ließ jedoch keinen Zweifel darüber aufkommen, daß der Gewinn aus dem Eigenhandel überproportional gewachsen ist.

Das Teilbetriebsergebnis (ohne Eigenhandel) lag mit 1,55 Mrd. DM um 2,7 Prozent unter dem anteiligen Vorjahreswert. Bei einem Wachstum des durchschnittlichen Geschäftsvolumens von fünf Prozent und leicht auf 3,17 (3,32) Prozent verringerter Zinsmarge lag der Zinsüberschuß mit 3,478 Mrd. DM um 0,7 Prozent unter dem Vorjahr, während der Provisionsüberschuß um 8,1 Prozent auf 969 Mill. DM wuchs. Hier entfiel der größte Teil des Zuwachses auf das lebhafte Effektenkommissions- und Konsortialgeschäft.

Den regulären Erträgen standen andererseits um 3,9 (4,8) und um sieben (2,9) Prozent höhere Personal- und Sachaufwendungen gegenüber. Das gegenüber dem Jahresende 1983 um sieben Prozent auf 131,5 Mrd. DM gestiegene Geschäftsvolumen beruhte nach den Worten von Christians auf der Entwicklung der Auslandsfilialen. Das Plus von 5,2 Mrd. DM resultierte zu einem Drittel auf Wechselkurs-Paritätsänderungen.

Das Kreditvolumen erhöhte sich um 3,5 auf 76,3 Mrd. DM. Das Neugeschäft der Inlands-Firmenkundschaft wuchs um eine auf 22 Mrd. DM, und dies vor allem im Langfrist-Bereich. Die Kredite an die inländische Privatkundschaft (fast 50 Prozent der gesamten Kundenforderungen von 62,9 nach 59,4 Mrd. DM) stiegen um 2,4 auf 31,3 Mrd. DM, wobei die Zunahme zu zwei Dritteln – und über alle zehn Monate anhaltend – auf die Baufinanzierung (17 nach 15,4 Mrd. DM) entfiel. Das Firmengeschäft habe sich erst nach der Sommerpause und *dann zögernd entwickelt.*

Die fremden Gelder sind um 5,6 auf 109,8 Mrd. DM gestiegen, 66,7 (64,4) Mrd. DM davon waren Kundengelder. Die Gesamtsparleistung der Kunden lag mit 2,2 Mrd. DM um drei Prozent über dem Vorjahr. Für 1,5 Mrd. DM wurden Sparbriefe verkauft *(Bestand 4,7 nach 4,2 Mrd. DM).* Wertpapierkäufe verringerten die Gelder auf Sparkonten um 2,4 (1,9) Mrd. DM. Die Spareinlagen reduzierten sich wegen zahlreicher fälliger Sparverträge (1,4 Mrd. DM) um 700 Mill. DM auf 20,2 Mrd. DM, das sind 30 Prozent der gesamten Kundeneinlagen.

Der Deutsche Bank-Sparplan mit *(Risiko-)*Versicherungsschutz hat seit Einführung bis Oktober 100 000 Verträge (zwei Prozent der Sparkonten) mit einem Sparplan-Gesamtvolumen von zwei Mrd. DM, gebracht die sich mit 100 Mill. DM Zugang an Sparbeiträgen niedergeschlagen haben. Etwa die Hälfte der Verträge und der Summe seien mit Risiko-Versicherungsschutz abgeschlossen, sagte Vorstandsmitglied Eckard van Hooven. Umschichtungen großen Stils zu Lasten von Spar- und Wertpapierkonten sieht van Hooven nicht.

Das Konzern-Geschäftsvolumen hat seit der Jahreswende 226 (215,6) Mrd. DM erreicht. Der größte Teil des Zuwachses entfiel auf die AG. Aber auch die Hypo- und internationalen Banken trugen erheblich dazu bei. Das Kreditvolumen erhöhte sich um 10,7 auf 169,7 Mrd. DM. Mehr als 5 Mrd. DM vom Zuwachs geht auf das Konto von Kundenforderungen im In- und Ausland.

METALLGESELLSCHAFT / Bereinigung der Verlustquellen hat Vorrang – Nach Rückkehr zur Normalität Kapitalerhöhung

Gut verdient, aber zum dritten Mal keine Dividende

INGE ADHAM, Frankfurt

Auch für das Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) werden die Aktionäre der Metallgesellschaft AG (MG), Frankfurt, leer ausgehen. Das dritte dividendenlose Jahr bei dem großen Rohstoffkonzern ist nicht die Folge schlechter Geschäfte. Vielmehr hat der Vorstand, unter der Ägide seines neuen Vorsitzenden Dietrich Natus, aus der Erkenntnis gehandelt, „daß die Brände im Haus gelöscht werden müssen", so Natus bei einem ersten Überblick. Mit der jetzt erfolgten Bereinigung seien jene Verlustquellen abgedeckt worden, die schon viel zu lange Substanz gekostet haben.

Schwachpunkte in diesem Sinne liegen im Verarbeitungsbereich (Nickeltechnologie der VDM), im Auslandsbergbau (Kanada) und zunehmend beim Gold- und Kupferprojekt Ok Tedi in Papua-Neuguinea. Bei der VDM, lange Jahre verlustbringendes Sorgenkind, zuletzt jedoch nur noch im Teilbereich Nickeltechnologie, bringt MG die Edelstahl-Rohrfertigung Duisburg in eine gemeinsame Gesellschaft mit Mannesmann ein (VDM-Anteil 25 Prozent), wohin auch Mannesmann seine Rohrfertigung konzentriert.

Neben den hohen Aufwendungen für die Schließung in Duisburg schlägt in der MG-Rechnung als „zweiter, auch teurer Kraftakt" die Stillegung der verlustbringenden Kupfer- und Molybdän-Grube Highmont in Kanada durch. Als „drittes großes Konzernthema" nannte Natus Ok Tedi. Nachdem die Investitionskosten für das Grubenprojekt, an dem MG mit 7,5 Prozent beteiligt ist, bereits auf 1,2 Mrd. Dollar (geplant: rund 725 Mill. Dollar) ausgeufert sind und der niedrige Goldpreis die Wirtschaftlichkeit beeinträchtigt, hat MG vorsorglich Rücklagen gebildet. Der Ausbau einer zweiten Phase in Ok-Tedi scheint vorerst in weite Ferne zu rücken.

Möglich war das Verkraften der dicken Abschreibungs- und Vorsorgebrocken bei gleichzeitiger Aufstockung der Reserven, wie Natus unterstreicht, nur deshalb, weil das Betriebsergebnis „außerordentlich hoch" war; zusätzlich hat die MG Erträge aus der Auflösung von fälligen 6b-Rückstellungen und dem Teilverkauf von Heddernheim (dem ehemaligen VDM-Gelände in Frankfurt) eingesetzt. Nach dieser Bereinigung der „großen *Problemfälle des Konzerns*" wird die MG wie im Vorjahr wieder 25 Mill. DM Jahresüberschuß zeigen, der voll in die Rücklagen gehen soll.

Der Konzern-Inlandsumsatz wuchs um 5 Prozent auf 10,3 (9,8) Mrd. DM. Bei dieser im Gegensatz zur Weltentwicklung (Umsatz plus 20 Prozent auf 13,5 Mrd. DM) recht schwachen Zunahme spiegelt sich der Rückgang im Unternehmensbereich Anlagenbau (Lurgi) wider. Die weltweite Schwäche im Anlagenbau ließ auch den Auftragseingang bei Lurgi auf 0,9 (1,3) Mrd. DM sinken; der Auftragsbestand sei wie der Ertrag aber immer noch gut. Inzwischen ziehe die Zahl der Projekte wieder an, heißt es dazu.

Der Unternehmensbereich Rohstoffe, auf den etwa die Hälfte des MG-Umsatzes entfällt, hat Lurgi im vergangenen Jahr hinsichtlich der Ertragskraft überholt. Dabei wirkten die gute Mengenkonjunktur, hohe Metallpreise im ersten Halbjahr und der starke Dollar ebenso stützend wie neue Aktivitäten im internationalen Handel. Aus der Zusammenarbeit mit Louis Dreyfus und der First Boston Corp. in Countertrade und internationaler *Projektfinanzierung verspricht* sich die MG weitere positive Impulse.

Noch einmal kräftig zugelegt hat bei Umsatz und Ertrag der Unternehmensbereich Chemie, in dem kleinen Unternehmensbereich Transport sieht Natus weiterhin stabiles Gewinnpotential für den Konzern. Das erhofft der Vorstand in Zukunft auch für den seit April ohne Verluste arbeitenden Bereich Verarbeitung, zu dem neben den erhaltenen Teilen der VDM auch die erfolgreiche Kolbenschmidt AG gehören.

Investiert werden sollen im kommenden Jahr rund 320 (240) Mill. DM, davon 250 Mill. DM in Sachanlagen; die Abschreibungen liegen bei 200 Mill. DM. Bei der Deckung des Kapitalbedarfs liebäugelt der Vorstand auch mit einer Kapitalerhöhung, die möglich würde, wenn es im neuen Jahr „nach Plan" läuft: Dann nämlich soll mit der Ankündigung einer (in Prozent) „höheren zweistelligen Dividende" die „Rückkehr zur Normalität" dokumentiert werden.

Hohe Investitionen bei VW in Emden

dos. Emden

Für die Volkswagenwerk AG bleibt das Werk Emden einer der Investitionsschwerpunkte. VW-Vorstandsmitglied Günter Hartwich geht davon aus, daß bis 1990 gut 500 Mill. DM für Veränderungen in der Fertigungsstruktur investiert werden. Bislang habe VW bereits rund 1,1 Mrd. DM in Emden investiert. Seit der Produktionsaufnahme im Jahre 1964 sind nach Hartwichs Worten über 4,1 Mill. Fahrzeuge gebaut worden. Heute laufen arbeitstäglich etwa 800 Autos von den Montagebändern.

Wie wichtig das Werk für VW sei, werde daran deutlich, daß vor zwei Jahren mit einem Kostenaufwand *von 280 Mill. DM eine neue Montage*halle errichtet wurde, die ein bis heute einmaliges Konzept darstelle und eine „weltweite Pilotfunktion für alle fahrzeugbauenden Werke" von VW habe. Hartwich wies darauf hin, daß der seit zweieinhalb Jahren geltende Einstellungsstopp in Emden im Oktober aufgehoben wurde. Seither sei die Mitarbeiterzahl um 300 auf 9450 ange*hoben worden.*

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Augsburg: Herbert Herr GmbH; Baugeschäft Klaus Ertl GmbH, Rott; **Baden-Baden:** SAGA Gartenausstattungs GmbH, Sasbach; **Duisburg:** Andreas Pischel, Kaufmann; Sterenborg GmbH Stuck- u. Putzgeschäft; Mühlenwerk Begatal GmbH & Co. KG; **Gütersloh:** Flodur Glasbau GmbH, Herzebrock; **Kaufbeuren:** Helmut Müller, Inh. d. Helmut Müller, Holzverarbeitung, Marktoberdorf; **Kiel:** Nachl. d. Liesbeth Anna Bargholtz geb. Schulz; **Köln:** CfV Ges. f. Immobilien-Vermittlung u. -Betreuung mbH; BCT Informations-Systeme GmbH, Stuttgart; **Lüneburg:** Otte Metallbau- u. Verarbeitung GmbH, Bardowick; **Neuss:** Dittmann GmbH, Dormagen 1; **Oldenburg:** GE-Baugeschäft mbH; **Wuppertal:** Eppstein & Ritz GmbH & Co. KG; Menge Beteiligungsges. mbH.

Vergleich beantragt: Bochum: Henkel GmbH, Maschinenfabrik; **Dortmund:** Josef Skutta, Castrop-Rauxel; **Frankfurt:** AIG Ges. f. Ingenieurleistungen mbH.

NAMEN

Artur Graichen-Woldemar, Inhaber und Geschäftsführer der F. Woldemar GmbH, Matjesreiferei, Emden, vollendete am 5. Dezember das 70. Lebensjahr.

Dr. **Robert Horster,** Vorstandsvorsitzender der Westfälischen Hypothekenbank, ist aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand getreten. Seine Funktion übernimmt Vorstandsmitglied Dr. **Rudolf Nolting-Hauff.** Zu stellvertretenden Vorstandsmitgliedern wurden zum 1. März 1985 **Franz Huber** und **Hubert Schulte** bestellt.

Bernhard Dorn (44), Generalbevollmächtigter der IBM Deutschland GmbH, Stuttgart, und bisher Leiter des Direktionsbereichs Neue Systeme für das PC-Geschäft sowie für das Btx-Projekt verantwortlich, ist zum Leiter des Geschäftsbereichs Vertrieb Informationssysteme ernannt worden.

Hans-Werner Weisser zieht sich zum Jahresende aus gesundheitlichen Gründen aus der Geschäftsführung der Mabanaft-Gruppe, Hamburg zurück. Er bleibt jedoch weiter Gesellschafter des Unternehmens.

Dr. **Hans Joachim Bechtolf,** Mitglied und Sprecher des Vorstandes der Vereins- und Westbank AG, Hamburg, tritt am 31. Dezember in den Ruhestand.

Hans Eggerstedt (46), Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Unilever, Hamburg, soll am 15. Mai 1985 in den Verwaltungsrat der Muttergesellschaft in Rotterdam gewählt werden.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Lufthansa und Avis

Köln (dpa/VWD) – Die Deutsche Lufthansa AG, Köln, beteiligt sich mit 25 Prozent an der Avis-Autovermietung, Frankfurt. Nach einer Lufthansa-Mitteilung ist ein Vertrag unterschrieben worden, der jedoch noch eine Vorbehaltsklausel hinsichtlich der Genehmigung durch das Bundeskartellamt enthalte. Danach beteiligt sich die Lufthansa Commercial Holding (LCH), in der die Beteiligungen der Lufthansa im Touristik- und Hotelbereich zusammengefaßt sind, mit 25 Prozent am Grundkapital der deutschen Avis-Tochter von 16,9 Mill. DM. Über die Höhe des Kaufpreises wurden keine Angaben gemacht. Außerdem wurde der bereits seit 1974 bestehende Kooperationsvertrag über das gemeinsame Flydrive-Angebot beider Firmen erweitert und um zehn Jahre verlängert.

Neue Vorstandsmitglieder

Köln (DW.) – Dipl.-Ing. Frank Beckmann und Flugkapitän Martin Gaebel wurden vom Aufsichtsrat der *Deutschen Lufthansa AG, Köln, zum* Jahresbeginn 1985 in den Vorstand berufen. Beckmann, seit 1959 bei der Fluggesellschaft und seit 1970 Leiter der Direktion Außenorganisation, löst Prof. Dr. Günter O. Eser ab, der zum Generaldirektor der internationalen Luftfahrtorganisation Iata gewählt worden ist. Beckmann wird für die Ressorts Verkauf, Marketing, Borddienst und Außenorganisation verantwortlich sein. Chefpilot Gaebel wird zunächst stellvertretendes Vorstandsmitglied und als Nachfolger von Werner Utter, der Ende 1985 aus Altersgründen aus dem Vorstand ausscheidet, die Ressorts Verkehrs- und Flugbetrieb übernehmen.

Rationalisierungs-Pläne

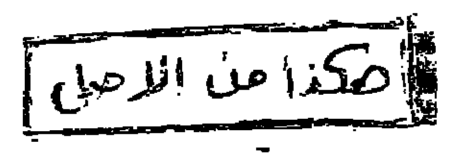
Nürnberg (dpa/VWD) – Bis zu 800 Arbeitsplätze fallen einem umfassenden Rationalisierungsprogramm der Vereinigten Papierwerke – VP – Schickedanz & Co., Nürnberg, in den nächsten Jahren zum Opfer. Damit soll die Wettbewerbsfähigkeit im härter gewordenen Markt der Papierhygiene national und international *nachhaltig abgesichert werden. Auf* Beschluß des Verwaltungsrats sollen dafür in den nächsten Jahren rund 200 Mill. DM investiert werden. Die strukturellen Maßnahmen, die bis Ende 1988 abgeschlossen sein sollen, erstrecken sich auf alle Betriebsstätten der VP. Gegenwärtig werden rund 5000 Mitarbeiter beschäftigt.

US-Auftrag für Krupp

Düsseldorf (J. G.) – Im Wert von 100 Mill. DM erhielt der Krupp-Konzern den Auftrag zur Lieferung des bisher größten Schaufelradbagger-Systems im texanischen Braunkohlenbergbau. Auftragnehmer ist die Krupp International Inc., Harrison, N. Y./USA, Tochter der Krupp Industrietechnik GmbH, Duisburg.

Uhren-Bürk in Konkurs

Stuttgart (nl.) – Die im Jahre 1855 gegründete Württembergische Uhrenfabrik Bürk Söhne GmbH & Co., Villingen-Schwenningen befindet sich in Konkurs. Dieser Hersteller mechanischer Zeiterfassungsgeräte für industrielle und gewerbliche *Zwecke beschäftigte 115 Mitarbeiter.*



Knappheit bei den Renten

In Erwartung weiter sinkender Zinsen hat sich die Nachfrage auf dem Rentenmarkt verstärkt. Sie wird allerdings zu einem wesentlichen Teil vom Ausland getragen, das sich auf öffentliche Anleihen konzentriert. Zwischen ihnen und Pfandbriefen sowie Kommunalobligationen ist ein deutliches Renditegefälle entstanden. Unter Banken werden 10jährige Pfandbriefe jetzt mit Renditen von 7,41 Prozent gehandelt. Banken und Versicherungen halten an ihren Beständen fest, nicht zuletzt aus buchungstechnischen Gründen.

Bundesanleihen

		5. 12.	4. 12.
F 6¾ Bund 79	1/85	100	100
8½ dgl. 73 I	3/85	100,55	100,55
7 dgl. 79	4/85	100,3	100,3
7¼ dgl. 79 II	6/85	100,6	100,6
7¾ dgl. 78 I	7/85	101	101G
8 dgl. 78 IV	10/85	101,65bG	101,65bG
5¾ dgl. 78 II	3/86	99,5bG	99,45bG
5¾ dgl. 78	5/86	99,05	99,05G
7¼ dgl. 78 I	12/86	102,25bG	102,15bG
6½ dgl. 79	1/87	100,9	100,75
7¼ dgl. 78 II	1/87	102,1	102
6¾ dgl. 77	4/87	101,25	101,25
6½ dgl. 77	7/87	100,8	100,6
6 dgl. 77	10/87	99,6	99,55bG
6 dgl. 78 I	1/88	99,65	99,5
6½ dgl. 78 I	9/88	100,85	100,5
6½ dgl. 78 II	12/88	100,6bG	100,55
6¾ dgl. 78	1/89	100,9	100,9
7½ dgl. 79 I	4/89	102,25	102,2
10 dgl. 81	4/89	111,1	111,1
7½ dgl. 79 I	6/89	102,9	102,75
8 dgl. 79 I	7/89	104,65	104,45
8 dgl. 79 II	8/89	104,7	104,5
7½ dgl. 79 II	9/89	103,05	102,8
7¾ dgl. 79 II	11/89	104,15	103,95
7¾ dgl. 80 I	1/90	104,2G	104,05G
10 dgl. 80	4/90	112,75	112,55
5¾ dgl. 78	5/90	97,1	96,9
8¼ dgl. 80 I	7/90	106bG	105,7
8¼ dgl. 80 II	11/90	106,1bG	105,9
7¾ dgl. 82	11/90	104,3bG	104,05
9 dgl. 81	2/91	108,7	108,65
10¾ dgl. 81	7/91	115,2bG	114,95
10¾ dgl. 81	9/91	118,15bG	117,8bG
10 dgl. 81 II	12/91	114,75bG	114,5bG
9¾ dgl. 82 I	1/92	113,5	113,2bG
9¾ dgl. 82 II	3/92	113,7bG	113,35bG
6 dgl. 78 II	3/93	97,3	96,85
9,5 dgl. 82	4/92	112,5	112,2bG
9 dgl. 82	5/92	109,9G	109,55bG
8½ dgl. 82	6/92	108,05	107,45bG

		5. 12.	4. 12.
F 6½ dgl. 77	5/89	99,6	99,55
8 dgl. 79 I	7/89	104,5	104,4
6 dgl. 78 I	2/90	97,9	97,65
8 dgl. 80 II	7/90	104,85	104,6
9 dgl. 81	3/91	108,75G	108,75
10¾ dgl. 81	9/91	116,6	116,4G
10¼ dgl. 81	11/1	115,85G	115,85
8 dgl. 80 I	2/92	104,6bG	104,1
10 dgl. 82	2/92	115,2	114,85
9½ dgl. 82	7/92	112,8bG	112,45
8 dgl. 82	11/92	105,3G	105,05
7¾ dgl. 83	1/93	104	103,5
8¼ dgl. 83	10/93	107,5G	107,15
8¼ dgl. 84	6/94	107,6bG	107,15
7¼ dgl. 84	10/94	101,65	101,4

Bundespost

		5. 12.	4. 12.
F 6¼ Bdpost 68	6/88	99,6	99,6G
8 dgl. 72 I	9/87	103,5	103,5
10 dgl. 81	3/89	111,2	111,1
10¼ dgl. 81	6/89	112,5	112,5G
8 dgl. 80	3/90	104,95bG	104,8
7¾ dgl. 80	9/90	104,5	103,75
8¾ dgl. 80	12/90	108,3	108
10¾ dgl. 81	10/91	117,05	116,85bG
9¾ dgl. 82	2/92	113,75bG	113,45bG
8¾ dgl. 82	6/92	108,8bG	108,5G
8½ dgl. 82	10/92	108,05	107,5bG
7¾ dgl. 83	2/93	104,25bG	103,85bG
8½ dgl. 83	9/93	108,45bG	108,05bG
8¼ dgl. 84	2/94	107,6	107,2bG
8 dgl. 84	9/94	105,95	105,5bG

Länder – Städte

		5. 12.	4. 12.
S 6¾ Bd.-Wttbg. 78	86	100	100
8¼ dgl. 82	92	105,5	105,5
M 7 Bayern 68	88	101G	101bG
6½ dgl. 67	87	102,5G	102,75G
8 dgl. 68	85	100	100G
6 dgl. 78	88	98,4	98,2bG
8¾ dgl. 80	90	107G	107bG
8¾ dgl. 82	92	107,5G	107,35G

Bankschuldverschreib.

	5. 12.	4. 12.
M 7 dgl. Pf 20	100G	100G
B 5 Bad. Pfandb. Pf 7	102,5G	102,5G
7 dgl. Pf 31	101G	101G
6 dgl. Pf 34	97,5G	97,5G
6½ dgl. Pf 37	99G	99G
8 dgl. Pf 51	100,15	100,15G
Ha5 Brtlsm. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	95,25G	95,25G
7½ dgl. Pf 87	100,5G	100,5G
6 dgl. KS 29	86,25G	88,25G
7 dgl. KS 30	101,25G	101,25G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	119,5G	119,5G
5 dgl. Pf 64	118G	118G

	5. 12.	4. 12.
Ha6 dgl. Pf 10	100,6bG	100,6G
9 dgl. KO 53	101,1G	101,1G
7½ dgl. IS 6	102G	102G
10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G
F 5 Pfälz Hypo. Pf 49	115G	115G
5 dgl. Pf 58	90G	90G
6 dgl. Pf 85	83G	83G
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 8 RW Bodener. Pf C	128G	128G
5½ dgl. K	109,5G	109,5G
4 dgl. Pf 18	104G	104G
6 dgl. Pf 28	96G	96G
6½ dgl. Pf 67	88G	88G
6½ dgl. KO J+E	125G	125G

	5. 12.	4. 12.
F 7½ dgl. RS 27	101,5G	101,5G
6½ dgl. RS 80	99,75G	99,75G
7 dgl. 94	100,6G	100,6G
7 dgl. 98	100,25G	100,25G
8 dgl. 101	104G	103,5G
7½ dgl. 102	101,25G	101,25G
9½ dgl. 126	108,25G	108,25G
D 8 LAG TS 76	101,7G	101,7G
6½ dgl. TS 77	100,4	100,35G
5½ dgl. 78	97,4G	97,4G
7 dgl. 79	101,4	101,35

Industrieanleihen

Sonderinstitute

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Bundesbahn

WÄHLEN SIE:

0421-170381

UND BEANTWORTEN SIE UNS DIE FRAGE:

„WIE HEISST DIE CIGARETTE MIT DEN WERTEN 0,1/1 UND DEM GESCHMACK FULL FLAVOUR?"

SIE ERHALTEN SOFORT EINE ORIGINALPACKUNG MURATTI Nº1 ZUM KENNENLERNEN.

AUSSERDEM NEHMEN SIE – BEI RICHTIGER ANTWORT – NOCH IN DIESER WOCHE AN DER VERLOSUNG EINES BMW 323I TEIL. DAS TELEFON IST TAG UND NACHT BESETZT. VIEL GLÜCK!

Teilnahmebedingungen: Teilnehmen können alle Personen über 18 Jahre, ausgenommen die Mitarbeiter des Herstellers. Name und Adresse der Teilnehmer werden ausschließlich zum Zwecke der Verlosung eingesetzt. Mehrfachanrufer bleiben unberücksichtigt. Der Gewinner wird schriftlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. In die Verlosung gelangen alle Anrufe bis zum kommenden Sonntag um 24 Uhr.





Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 0,1 mg Nikotin und 1 mg Kondensat (Teer). (Durchschnittswerte nach DIN)

هكذا من الاصل

هكذا من الأجل

6.12.84

Seit gestern ist der Nikolaus unterwegs. Er muß über 12 Mio Kinder besuchen. Er hat 5 Mio Säcke prallvoll mit Lebkuchen, Zuckerplätzchen, Schokoladenkringeln, Honigplätzchen, Mandarinen, Äpfeln und Nüssen auf seinem Schlitten. Keine leichte Aufgabe!

Aber der Nikolaus hat diesmal vorgesorgt. Mit einem SPERRY PC, der ihm das Mehr an Leistungen, Funktionen und Möglichkeiten bietet, das ihm ein wirtschaftliches, zuverlässiges Planen und Ausführen ermöglicht. Doch das Beste an dem SPERRY PC war für ihn der Zugriff zum himmlischen Großrechner. Da waren all die Informationen gespeichert, die er brauchte. Auf Knopfdruck sah er sofort, welches Kind womit beschert werden sollte, und er sah auch, wieviel Zeit ihm dafür blieb. Die Himmelsbäckerei teilte ihm über den Großrechner mit, wieviel Lebkuchen noch auf Lager waren und daß die Schokokringel zuerst verteilt werden müßten. Zum ersten Mal war er ganz sicher, kein Kind zu vergessen und jedem das Richtige zu bescheren.

Und der Nikolaus dankte den Sperry Computer-Profis, die ihm die Funktionsgarantie für den einwandfreien Zugriff vom SPERRY PC auf den Großrechner gaben.

So hätten Personal Computer von Anfang an sein sollen.

Sperry PC

Der SPERRY PC: Nutzung des größten Softwareangebots, 100 % kompatibel durch gängigste Betriebssysteme MS-DOS und Concurrent CP/M-86, 7 Modelle ab 128 K Bytes, hohe Verarbeitungsgeschwindigkeit durch „Turboschalter“, einzigartige Farbwiedergabe durch hochauflösenden Bildschirm, anschließbar an Großrechner von Sperry, IBM... Detaillierte Informationen: Sperry GmbH, Informationssysteme, Abteilung VW-1, Postfach 1110, 6231 Sulzbach/Taunus.

Name ____________________

Firma ____________________

Position ____________________

Straße ____________________

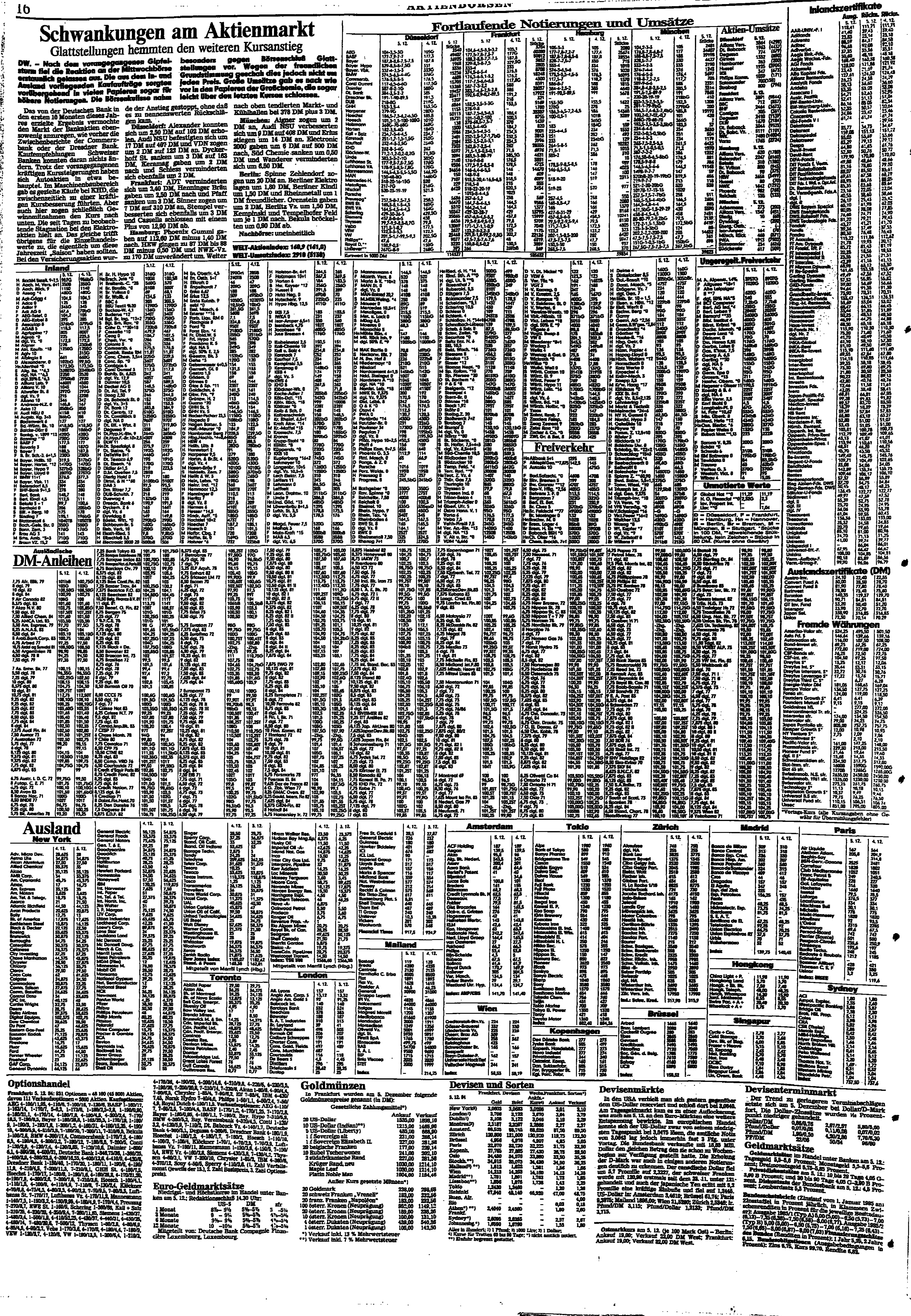
PLZ/Ort ____________________

Telefon ____________________

Wenn auch Sie den himmlischen Zugriff zum Großrechner mit einer Funktions-Garantie haben wollen, schicken Sie den Coupon an Sperry.

Sperry. Die Computer-Profis: Wir glauben an die bessere Idee.





Schwankungen am Aktienmarkt

Glattstellungen hemmten den weiteren Kursanstieg

DW. – Nach dem vorangegangenen Gipfelsturm fiel die Reaktion an der Mittwochbörse erstaunlich gelassen aus. Die aus dem In- und Ausland vorliegenden Kaufaufträge sorgten vorübergehend in vielen Papieren sogar für höhere Notierungen. Die Börsenkulisse nahm besonders gegen Börsenschluß Glattstellungen vor. Wegen der freundlichen Grundstimmung geschah dies jedoch nicht um jeden Preis. Große Umsätze gab es nach wie vor in den Papieren der Großchemie, die sogar leicht über den letzten Kursen schlossen.

Das von der Deutschen Bank in den ersten 10 Monaten dieses Jahres erzielte Ergebnis vermochte den Markt der Bankaktien ebensowenig anzuregen, wie vorher die Zwischenberichte der Commerzbank oder der Dresdner Bank. Kaufempfehlungen Schweizer Banken konnten daran nichts ändern. Trotz der vorangegangenen kräftigen Kurssteigerungen haben sich Autoaktien in etwa behauptet. Im Maschinenbaubereich gab es gezielte Käufe bei KHD, die zwischenzeitlich zu einer kräftigen Kursbesserung führten. Aber auch hier zogen schließlich Gewinnmitnahmen den Kurs nach unten. Die seit Tagen zu beobachtende Stagnation bei den Elektroaktien hielt an. Das gleiche trifft übrigens für die Einzelhandelswerte zu, die eigentlich um diese Jahreszeit „Saison" haben sollten. Bei den Versicherungsaktien wurde der Anstieg gestoppt, ohne daß es zu nennenswerten Rückschlägen kam.

Düsseldorf: Alexander konnten sich um 2,50 DM auf 102 DM erholen. Audi NSU befestigten sich um 17 DM auf 407 DM und VDN zogen um 2 DM auf 122 DM an. Dyckerhoff St. sanken um 3 DM auf 163 DM, Keramag gaben um 2 DM nach und Schiess verminderten sich ebenfalls um 2 DM.

Frankfurt: ADT verminderten sich um 2,40 DM, Henninger Bräu gaben um 2,50 DM nach und Pfaff sanken um 3 DM. Sinner zogen um 7 DM auf 310 DM an, Stempel verbesserten sich ebenfalls um 3 DM und Cassella schlossen mit einem Plus von 12,90 DM ab.

Hamburg: Phoenix Gummi gaben auf 112,60 DM minus 1,40 DM nach. HEW gingen zu 87 DM bis 88 DM minus 0,50 DM und NWK-Vz. zu 170 DM unverändert um. Weiter nach oben tendierten Markt- und Kühlhallen bei 378 DM plus 3 DM.

München: Aigner zogen um 2 DM an, Audi NSU verbesserten sich um 9 DM auf 408 DM und Erlus stiegen um 14 DM an. Electronic 2000 gaben um 6 DM auf 500 DM nach, Süd Chemie sanken um 0,50 DM und Wanderer verminderten sich um 6,50 DM.

Berlin: Spinne Zehlendorf zogen um 20 DM an. Berliner Elektro lagen um 1,80 DM, Berliner Kindl um 1,50 DM und Rheinmetall um 1 DM freundlicher. Orenstein gaben um 2 DM, Herlitz Vz. um 1,50 DM, Kempinski und Tempelhofer Feld um je 1 DM nach. Bekula bröckelten um 0,80 DM ab.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 168,9 (161,0)

WELT-Umsatzindex: 2910 (5130)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Brüssel

	5. 12.	4. 12.
Arbed	1465	1640
Brux. Lambert	2088	2040
Cockerill Ougrée	280	283
Ebes	2865	2860
Gevaert	3585	3585
Kredietbank	7490	7490
Petrofina	7120	7060
Soc. Gén. d. Belg.	1785	1775
Sofina	7610	7580
Solvay	4160	4180
UCB	5890	5900
Index	158,52	–

Singapur

	5. 12.	4. 12.
Cycle + Car.	2,78	2,77
Cold Storage	2,70	2,68
Dev. Bk. of Sing.	6,00	5,85
Fraser + Neave	5,15	5,10
Kl. Kepong	2,43	2,42
Mal. Banking	5,70	5,70
Nat. Iron	3,48	3,48
OCBC	9,10	8,90
Sime Darby	1,84	1,83
Singapur Land	2,86	2,84
Un. Overs. Bank	4,48	4,36

Optionshandel

Frankfurt: 5. 12. 84: 931 Optionen = 48 100 (45 800) Aktien, davon 111 Verkaufsoptionen = 5800 Aktien. Kaufoptionen: AEG 4-100/11,85, 4-110/6, 7-100/16, 7-120/6, BASF 1-160/17, 1-163/14, 1-170/7, 5-8,3, 1-173/6, 1-180/2,5-2,8, 1-190/0,90, 4-160/21,1, 4-170/14, 4-180/7,8, 4-190/4,5, 4-200/2,4, 7-170/18,5, 7-190/8,5, Bayer 1-160/28,8, 1-163/25,5, 1-170/19, 1-180/9, 1-190/3, 1-193/1,8, 1-200/1,2, 4-160/31, 4-180/15,35, 4-190/10, 4-200/5,9, 4-210/2,8, 7-180/20, 7-200/11, 7-210/6,8, Bekula 1-100/2,6, BMW 4-390/17,4, Commerzbank 1-170/7,9, 4-180/8,5, 4-190/4,5, 4-200/3,2, 7-180/12, 7-180/8,5, 7-200/5, Conti 1-120/2,9, 4-120/7,4, 4-130/3,85, 7-130/10,6, Daimler 1-600/6,1, 4-580/28, 4-600/21, Deutsche Bank 1-346,75/36, 1-360/25, 1-400/2,9, 4-380/23,5, 4-390/16,55, 4-400/12,6, 4-410/9, 4-430/8, Dresdner Bank 1-150/40, 1-170/20, 1-180/11, 1-190/6, 4-190/11,8, 4-210/4,5, 7-200/11,3, 7-210/8,1, GHH St. 4-160/7,5, Hoechst 1-170/17, 1-180/8, 1-190/1,6, 4-160/28,2, 4-170/21,20, 4-190/7,9, 4-200/2,6, 7-200/7,6, 7-210/3,6, Hoesch 1-100/4,1, 1-110/1,5, 4-100/8, 4-110/4,9, 7-110/8, 7-130/2,4, Klöckner 4-70/6,8, 4-75/4,5, 4-80/3,5, 4-90/2,3, 7-70/9,5, 7-80/5,5, Lufthansa St. 7-170/17, Lufthansa Vz. 4-170/11,2, Mannesmann 1-140/7,5, 1-150/3,2, 4-150/9,95, 4-180/4,9, 7-170/4,4, Preussag 7-270/8,7, RWE St. 1-160/9, Schering 1-360/68, Kali + Salz 1-210/25, 4-230/20, 4-250/9,4, 7-200/11,85, Siemens 1-420/37, 1-480/3,4, 1-500/1,9, 4-410/52,25, 4-430/37, 4-440/31, 4-450/25, 4-480/14, 7-480/20,6, 7-500/12, Thyssen 1-80/2,8, 4-80/6,9, 4-85/4,5, 4-90/2,7, Veba 1-170/3,6, 4-170/8, 4-180/4,4, 7-180/9, VEW 1-120/2,7, 4-120/8, VW 1-190/13,5, 1-200/6,4, 1-210/3, 4-170/36, 4-190/23, 4-200/14,6, 4-210/9,8, 4-230/6, 4-230/3,5, 7-190/26, 7-200/20,8, 7-210/14, 7-230/6, Alcan 1-80/8, 4-90/4,4, 7-90/6,5, Chrysler 1-85/4, 7-90/6,2, Elf 7-85/4, IBM 4-430/7,45, Norsk Hydro 7-40/4,6, Philips 1-50/1,1, 4-50/2,4, 7-50/4,9, Royal Dutch 4-150/11,5. Verkaufsoptionen: AEG 4-110/7, 7-95/2,5, 7-100/4,4, BASF 1-170/1,2, 4-170/1,25, 7-170/2,8, Bayer 1-180/0,95, 4-180/1,1, 7-180/3, Bay. Hypo 7-310/5,9, BMW 4-380/5,2, Bay. Vereinsbank 4-320/4,5, Conti 1-120/3,2, 4-120/5,9, 7-110/2, Dt. Babcock Vz. 4-140/1,7, Deutsche Bank 4-360/3,1, Degussa 4-360/6, Dresdner Bank 4-180/1,9, Hoechst 1-180/1,2, 4-180/1,7, 7-160/2, Hoesch 1-110/10, 4-100/3, 7-100/4, Klöckner 1-70/1, 4-70/2,5, 7-70/3,9, Lufthansa Vz. 7-160/11, Mannesmann 1-150/3,6, 4-150/5, 7-150/5,4, RWE Vz. 4-160/2,8, Siemens 4-430/3,8, 7-420/4,2, Thyssen 4-80/3,1, VW 7-200/10, Chrysler 1-85/2, IBM 4-380/6, 4-370/12, Sony 4-50/5, Sperry 4-110/3,8. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 5. 12.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8⅞–9⅛	5⅝–5¾	5 –5¼
3 Monate	9 –9¼	5⅝–5¾	4⅞–5⅛
6 Monate	9⅛–9⅜	5⅝–5⅞	4⅞–5¼
12 Monate	10 –10¼	5¾–5⅞	4⅞–5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 5. Dezember folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1535,00	1898,10
10 US-Dollar (Indian)**)	1215,00	1465,90
5 US-Dollar (Liberty)	485,00	668,90
1 £ Sovereign alt	231,00	286,14
1 £ Sovereign Elizabeth II.	227,00	281,58
20 belgische Franken	177,00	229,14
10 Rubel Tscherwonez	241,00	302,10
2 südafrikanische Rand	227,00	281,58
Krüger Rand, neu	1030,00	1214,10
Maple Leaf	1030,00	1214,10
Platin Noble Man	1004,00	1184,46
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	238,00	298,68
20 schweiz Franken „Vreneli"	183,00	232,56
20 franz. Franken „Napoléon"	183,00	232,56
100 österr. Kronen (Neuprägung)	952,00	1149,12
20 österr. Kronen (Neuprägung)	189,00	236,26
10 österr. Kronen (Neuprägung)	100,00	131,10
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	439,00	540,36
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	105,00	142,50

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer

**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisenmärkte

In den USA verhielt man sich gestern gegenüber dem US-Dollar reserviert und schloß dort bei 3,0840. Am Tagesgeldmarkt kam es zu einer Auflockerung, was auch am 5. 12. an den Euro-Märkten eine weitere Entspannung bewirkte. Im europäischen Handel konnte sich der US-Dollar zwar von seinem niedrigsten Tagespunkt bei 3,0475 lösen, die amtliche Notiz von 3,0643 lag jedoch immerhin fast 3 Pfg. unter Vortag. Die Bundesbank verkaufte mit 18,85 Mill. Dollar den gleichen Betrag den sie schon zu Wochenbeginn zur Verfügung gestellt hatte. Die Erholung der D-Mark war auch in einigen anderen Notierungen deutlich zu erkennen. Der canadische Dollar fiel um 5,7 Promille auf 2,3227, der schweizer Franken wurde mit 120,90 erstmals seit dem 23. 11. unter 121 gehandelt und auch der japanische Yen erlitt mit 5,2 Promille eine kräftige Einbuße und fiel auf 1,2446. US-Dollar in: Amsterdam 3,4610; Brüssel 61,74; Paris 9,3875; Mailand 1896,00; Wien 21,5280; Zürich 2,5346; Ir. Pfund/DM 3,115; Pfund/Dollar 1,2133; Pfund/DM 3,715.

Ostmarkkurs am 5. 12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Der Trend zu geringeren Terminabschlägen setzte sich am 5. Dezember bei Dollar/D-Mark fort. Die Dollar-Zinssätze wurden ⅛ Prozentpunkt niedriger gehandelt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,86/0,76	2,67/2,57	5,80/5,60
Pfund/Dollar	0,07/0,05	0,11/0,08	0,07/0,02
Pfund/DM	1,90/0,50	4,20/2,80	7,70/6,30
FF/DM	22/06	50/34	96/80

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 5. 12.: Tagesgeld 5,5–5,6 Prozent; Monatsgeld 5,5–5,6 Prozent; Dreimonatsgeld 5,75–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 5. 12.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 5. 12.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,12) – 7,25 (6,38) – 7,50 (6,58) – 8,00 (6,77). Ausgabe 1985/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,00 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,50 (6,65) – 8,00 (6,87) – 8,00 (7,03) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,25, 2 Jahre 6,15. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,70, Rendite 6,82.

Warenpreise – Termine

Etwas schwächer schlossen am Dienstag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Überwiegend leicht befestigen konnte sich Kupfer. Fester ging Kaffee aus dem Markt. Geschäftig fester in den vorderen Sichten bzw. nur leicht abgeschwächt in den entfernten Sichten schloß Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	4. 12.	3. 12.
Dez.	352,00	351,75
März	352,50	352,50
Mai	347,00	347,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	4. 12.	3. 12.
St. Lawrence 1 CW	239,04	239,79
Amber Durum	253,26	253,27
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	143,70	143,10
März	150,70	150,20
Mai	154,70	154,40
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	122,60	122,50
März	127,40	127,10
Mai	128,20	128,20
Hafer Chicago (c/bush)	4. 12.	3. 12.
Dez.	188,25	188,00
März	183,25	183,00
Mai	179,50	179,50
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	261,50	262,75
März	276,00	277,00
Mai	283,25	284,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	4. 12.	3. 12.
Dez.	138,50	138,70
März	138,00	137,90
Mai	138,40	138,20

Genußmittel

Kaffee		
New York (c/lb)	4. 12.	3. 12.
Terminkontr. Dez.	141,10	138,75
März	138,99	136,75
Mai	137,40	135,81
Kakao		
New York ($/t)	4. 12.	30. 11.
Terminkontr. Dez.	2210	2206
März	2111	2105
Mai	2112	2105
Umsatz	1473	1200
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	4,72	4,65
März	5,32	5,27
Mai	5,63	5,61
Juli	5,96	5,92
Sept.	6,17	6,15
Umsatz	3375	3350
Ica-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	4. 12.	3. 12.
	4,04	4,05
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	4. 12.	3. 12.
Kontrakt Jan.	2332-2334	2295-2296
März	2256-2257	2249-2250
Mai	2218-2219	2218-2220
Umsatz	2917	1366
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1897-1899	1888-1890
März	1848-1849	1851-1853
Mai	1845-1846	1850-1851
Umsatz	1582	3855
Zucker		
London ($/t), Nr. 6		
März	144,00-144,20	unerh.
Mai	151,20-151,40	unerh.
Aug.	161,60-162,00	unerh.
Umsatz	1312	-
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	4. 12.	3. 12.
schw. Sarawak spez.	407,50	402,50
weißer Sarawak	637,50	632,50
weißer Muntok	645,00	640,00

Orangensaft		
New York (c/lb)	4. 12.	3. 12.
Jan.	165,30	164,55
März	167,00	166,40
Mai	167,00	166,50
Juli	166,70	166,70
Sept.	165,25	164,70
Umsatz	1000	800

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl		
New York (c/lb)	4. 12.	3. 12.
Südstaaten fob Werk	41,00	41,00
Maisöl		
New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	31,75	32,25
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Dez.	27,60	28,10
Jan.	26,02	26,45
März	24,95	25,15
Mai	24,65	24,70
Juli	24,50	24,40
Aug.	24,45	24,20
Sept.	24,07	23,95
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk	29,50	29,50
Schmalz		
Chicago (c/lb) loco lose	29,50	29,50
Choice white hog 4% fr. F.	21,00	21,00
Talg		
New York (c/lb)		
top white	21,50	21,50
fancy	21,25	21,25
bleichfähig	19,50	19,50
yellow max. 10% fr. F.	18,00	18,00
Schweine		
Chicago (c/lb)		
Dez.	51,65	52,60
Febr.	52,70	53,65
April	48,55	49,10
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Febr.	72,50	74,20
März	72,30	73,95
Mai	73,25	74,75
Häute		
Chicago (c/lb)	4. 12.	3. 12.
Ochsen sich. schwere River Northern	51,00	51,00
Kühe sich. schwere River Northern	48,00	48,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Jan.	608,50	612,50
März	621,50	625,50
Mai	634,50	637,00
Juli	643,50	647,25
Aug.	644,00	646,50
Sept.	632,00	633,00
Nov.	631,50	632,00
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Dez.	151,10	150,50
Jan.	153,60	153,70
März	159,30	159,40
Mai	164,00	164,50
Juli	169,20	169,50
Aug.	170,00	170,50
Sep.	171,20	171,60
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	4. 12.	3. 12.
Dez.	355,80	353,00
März	367,50	365,50
Mai	375,30	372,70
Kokosöl		
New York (c/lb)	4. 12.	3. 12.
Westküste fob Werk	48,00	44,00
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	5. 12.	4. 12.
jegl. Herk. cif	940,00	950,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	855,00	865,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	595,00	595,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	208,50	215,00
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	970,00	990,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	300,50	297,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle		
New York (c/lb)	4. 12.	3. 12.
Kontrakt Nr. 2:		
Dez.	65,50	65,17
März	66,25	65,92
Mai	67,00	66,65
Juli	68,05	67,75
Okt.	67,95	67,90
Dez.	68,15	68,10
Kautschuk New York		
(c/lb): Händlerpreis loco RSS-1:	42,75	42,50
Wolle		
Lond. (Neusl. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:	4. 12.	3. 12.
Dez.	504-508	504-509
Jan.	503-506	504-506
März	509-510	509-511
Umsatz	90	105
Wolle		
Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	4. 12.	3. 12.
Dez.	52,40	52,00
März	53,30	53,30
Mai	53,40	53,40
Juli	53,50	53,50
Umsatz	0	0
		Tendenz: stetig
Wolle Sydney		
(austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	4. 12.	3. 12.
Dez.	575,0-577,0	572,5-574,0
März	-	584,0-585,0
Mai	591,0-593,5	-
Umsatz	22	27
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	4. 12.	3. 12.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded:	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	4. 12.	3. 12.
Dez.	12 321	12 315
Jan.	12 405	12 416
Kautschuk		
London (p/kg)	4. 12.	3. 12.
Nr. 1 RSS loco	60,50-65,00	60,50-65,00
Jan.	61,50-64,50	61,50-64,50
Feb.	-	62,50-65,50
März	63,50-66,60	63,50-66,50
		Tendenz: ruhig
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	4. 12.	3. 12.
Dez.	192,00-193,00	193,00-194,00
Jan.	196,50-197,00	197,50-198,00
Nr. 2 RSS Dez.	186,00-187,00	187,00-188,00
Nr. 3 RSS Dez.	182,50-183,50	183,50-184,50
Nr. 4 RSS Dez.	175,50-176,50	176,50-177,50
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	4. 12.	3. 12.
BWC	-	-
BWD	-	-
BTC	-	-
BTD	-	-

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (-); BTC – (-); BTD – (-).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	5. 12.	4. 12.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	344,10-344,29	346,98-347,36
drittfolg. Monat	352,47-352,86	355,92-356,29
Blei: Basis London		
laufend. Monat	125,80-125,99	124,16-124,35
drittfolg. Monat	124,50-124,69	122,49-122,86
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1470,19-1470,93	1461,28-1463,14
drittfolg. Monat	1491,41-1491,78	1487,34-1488,47
Zink: Basis London		
laufend. Monat	236,53-236,63	238,64-239,02
drittfolg. Monat	237,46-237,65	239,20-239,39
Produz.-Preis	276,15	278,51
Reinzinn 99,9%	geschlossen	4124-4165

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	5. 12.	4. 12.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	412,22-414,08	413,26-415,12
Blei in Kabeln	133,50-134,50	131,75-132,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorziehdraht	464,00-464,50	464,00-464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	5. 12.	4. 12.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	394-395	394-397
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	434-435	433-435
MS 63	422-430	423-429

Zinn-Preis Penang

	4. 12.	3. 12
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	5. 12.	4. 12.
Leg. 225	390-400	390-400
Leg. 226	392-402	392-402
Leg. 231	425-432	425-432
Leg. 233	435-442	435-442

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	5. 12.	4. 12.
Platin (DM je g)	34,10	34,208
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 050	33 350
Rücknahmepr.	32 300	32 600
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 270	33 630
Rücknahmepr.	32 400	32 790
verarbeitet	34 900	35 280
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 700	33 020
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	717,50	720,80
Rücknahmepr.	696,40	699,60
verarbeitet	749,00	752,40

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)		
London	5. 12.	4. 12.
10.30	330,55	330,90
15.00	329,90	332,00
Zürich mittags	330,60-331,10	330,90-331,40
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	99 900	100 550
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	585,25	588,25
3 Monate	598,65	601,80
6 Monate	612,70	616,20
12 Monate	641,80	643,80
Platin (£-Feinunze)		
London fr. Markt	4. 12.	3. 12.
	265,75	265,05
Palladium (£-Feinunze)		
London 1. Händlerpr.	115,85	115,70

New Yorker Preise	4. 12.	3. 12.
Gold H & H Ankauf	332,00	329,50
Silber H & H Ankauf	713,50	704,00
Platin fr. Händlerpr.	316,00-321,00	316,00-321,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	139,00-140,00	138,00-139,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Dez.	705,00	709,00
Jan.	711,20	714,70
März	716,60	720,10
Mai	721,00	725,00
Juli	731,00	737,00
Sept.	744,00	748,00
Dez.	758,00	761,50
Umsatz	12 000	18 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	4. 12.	3. 12.
Dez.	58,00	57,70
Jan.	58,35	58,20
März	59,20	59,10
Mai	60,10	59,85
Juli	60,90	60,85
Sept.	61,80	61,70
Dez.	63,10	63,05
Umsatz	6000	5000

Londoner Metallbörse

	5. 12.	4. 12.
Aluminium (£/t)		
Kasse	924,50-925,00	928,00-929,00
3 Monate	947,00-947,50	952,50-953,50
Blei (£/t) Kasse	338,00-338,50	333,00-334,00
3 Monate	334,50-335,00	329,50-330,00
Kupfer		
Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1095,0-1095,5	1097,5-1098,0
3 Monate	1109,5-1110,5	1113,0-1113,5
abends Kasse	-	1098,0-1099,0
3 Monate	-	1114,0-1114,5
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1105,0-1110,0	1112,0-1114,0
3 Monate	1117,0-1120,0	1122,0-1124,0
Zink (£/t) Kasse	688,00-693,00	638,00-639,00
3 Monate	683,00-688,00	640,00-641,00
Zinn (£/t) Kasse	9825-9828	9842-9850
3 Monate	9801-9802	9805-9810
Quecksilber ($/Fl.)	-	300-310
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	-	75-80

Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb plötzlich unser Geschäftsführer, Herr

Ing. Josef Gstattenbauer

im Alter von 57 Jahren.

Seit seinem Eintritt im Jahre 1978 hat er aufgrund seines umfassenden technischen Wissens und seiner betriebswirtschaftlichen Kenntnisse wesentlich zur Modernisierung der Werke unserer Unternehmensgruppe beigetragen.

Hohes Verantwortungsbewußtsein und großes Engagement – verbunden mit einem konsequenten Führungsstil – zeichneten ihn dabei besonders aus.

Darüber hinaus vertrat er in verschiedenen Gremien der Zementindustrie und der Arbeitgeberverbände erfolgreich die Interessen unseres Unternehmens.

Seine Verdienste und seine Persönlichkeit werden bei uns unvergessen bleiben. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Geschäftsführung, Gesamtbetriebsrat und Mitarbeiter
der
WÜLFRATHER ZEMENT GMBH

Wülfrath, 6. Dezember 1984

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon:
Hamburg
(0 40) 3 47-43 80,
-39 42 oder -42 30

Berlin
(0 30) 25 91-29 31

Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 18
und 5 24

Telex:
Hamburg
2 17 001 777 as d

Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

Nach einem erfüllten Leben verstarb heute nach kurzer, schwerer Krankheit, gestärkt durch die hl. Sakramente der Kirche, Frau

Elisabeth Terrahe

geb. Miele

* 25. September 1903 † 3. Dezember 1984

Nach dem frühen Tode ihres Mannes galt ihre ganze Liebe den Kindern und Enkelkindern.

Sie war der Mittelpunkt unserer Familie.

In tiefer Trauer

Carl-Hermann Terrahe
und Maria geb. Ackermans
mit Carl-Hermann und Gabriele
Hans-Joachim Terrahe
und Helga geb. Lüttgen
mit Ina-Marie und Peter
Wolfgang Scheiff
und Margret geb. Terrahe
mit Annette, Christian und Matthias

5657 Haan 1, Königstraße 23
Bad Münstereifel/Soller, Düsseldorf

Das Seelenamt wird am Montag, dem 10. Dezember 1984, um 11 Uhr in der kath. Pfarrkirche zu Haan gehalten.

Anschließend findet die Beerdigung von der Trauerhalle des kath. Friedhofes Thienhausener Straße aus statt.

Von Beileidsbezeugungen am Grabe bitten wir Abstand zu nehmen.

Statt Kranz-/Blumenspenden bitten wir auf Wunsch der Verstorbenen um eine Spende an die M.S. Gesellschaft, Rosental 5, 8000 München, Postscheckkonto Köln Nr. 31 31 31 (BLZ 370 100 50).

Wir arbeiten an den Gräbern der Opfer von Krieg und Gewalt für den Frieden zwischen den Menschen für den Frieden zwischen den Völkern



VOLKSBUND DEUTSCHE KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE
WERNER-HILPERT-STRASSE 2 3500 KASSEL POSTSCHECKKONTO FRANKFURT/M 4300-60 BLZ 500 100 60

FINANZANZEIGE

STADT KOBE

7¾% Deutsche Mark-Anleihe von 1971
– WKN 460701/10 –

Auslosung

Gemäß § 3 der Anleihebedingungen wurden am 28. November 1984 unter notarieller Aufsicht die noch umlaufenden Teilschuldverschreibungen der

Serie 3 – WKN 460703 –
Serie 4 – WKN 460704 –

mit den Stücknummern

20001–30000
30001–40000 zu je DM 1000,–

im Nennbetrag von DM 4 227 000,– und DM 5 165 000,– zur Rückzahlung zum 1. Februar 1985 ausgelost. Weitere nom. DM 44 000,– Teilschuldverschreibungen werden aus dem Tilgungsfonds zur Verfügung gestellt.

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden vom 1. Februar 1985 an gegen Einreichung der Wertpapiermäntel und Zinsscheine per 1. Februar 1986 zum Nennbetrag eingelöst

a) in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) bei den nachstehend genannten Banken und deren Niederlassungen:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Baden-Württembergische Bank Aktiengesellschaft
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
The Bank of Tokyo, Ltd.
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Bayerische Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Commerzbank Aktiengesellschaft
Delbrück & Co.
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Europäisch Asiatische Bank Aktiengesellschaft
Georg Hauck & Sohn Bankiers Kommanditgesellschaft auf Aktien
Hessische Landesbank – Girozentrale –
Bankhaus Hermann Lampe Kommanditgesellschaft
Marcard & Co.
Merck, Finck & Co
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie
Reuschel & Co.
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.
Schwäbische Bank Aktiengesellschaft
Simonbank Aktiengesellschaft
J. H. Stein
Trinkaus & Burkhardt
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg-Brinkmann, Wirtz & Co
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank Aktiengesellschaft

b) *außerhalb der Bundesrepublik* Deutschland bei den Hauptniederlassungen der nachstehend genannten Banken.

Amsterdam-Rotterdam Bank N.V., Amsterdam
The Bank of Tokyo Ltd., Brüssel, London und Paris
Banque Paribas, Paris
Société Générale de Banque S.A., Brüssel
The Taiyo Kobe Bank Ltd., London

Die Verzinsung der gelosten Teilschuldverschreibungen endet am 31. Januar 1985. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Rückzahlungsbetrag abgezogen

Die am 1. Februar 1985 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den bereits früher ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serien 1, 2, 5, 8, 9 und 10 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden

Kobe, Japan, im November 1984

STADT KOBE

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten, Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klåre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11/13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Modernste TV-Sendezentrale der Welt steht auf dem Mainzer Lerchenberg

Wiesbaden ist nun ZDF-Geschichte

Sechs Tage, ehe am heutigen Donnerstag das ZDF auf dem Mainzer Lerchenberg die 552 Millionen Mark teure, modernste TV-Sendezentrale der Welt einweiht, war dort die Presse zu Gast. Eine gewitzte Kollegin fragte, offenbar nicht ohne Informationshintergrund, den ZDF-Intendanten Professor Dieter Stolte, wann denn mit dem ersten Anbau begonnen werde.

Stolte griente und gestand: Jawohl, im benachbarten 15stöckigen ZDF-Hochhaus, 1974 bezogen, werde schon wieder über Raumnot gejammert. Aber an Bauen werde nicht gedacht: „Ich sehe meine Aufgabe darin, jetzt den Daumen draufzuhalten. Was wir brauchen, ist Programm und keine Bauten ..."

Die Bedeutung des hochtechnisierten Neubaus, der da – eine interessante Mischung aus Funktionalität und Farbenfröhlichkeit – in genau sechs Jahren Bauzeit *entstanden ist*, geht für das ZDF weit über das Technische hinaus: Zum ersten Mal in der über zwanzigjährigen Geschichte der Anstalt werden vom 6. Dezember an alle 3000 *Mitarbeiter des ZDF* (*mit* Ausnahme der Außenstudios) an einem Ort tätig sein. An diesem Tag wird endlich die alte Wiesbadener Sendezentrale zusammen mit den dort *noch residierenden Hauptredaktionen* aufgelöst. Ausgelagert bleibt zunächst nur noch ein Teil des riesigen Archivs.

Nicht alle freuen sich über den Umzug. Stolte: „Die Freude der Mainzer, daß die Wiesbadener kommen, ist vorerst noch größer als die Freude der Wiesbadener darüber, daß sie kommen dürfen." Es ist nicht nur der Abschied aus der vielleicht etwas nostalgisch stimmenden Welt des Mietprovisoriums – für viele bedeutet der Umzug auch die Konfrontation mit der Fernsehtechnik von morgen und übermorgen.

Die Fernsehtechnik des neuen Hauses (auf sie entfielen allein 230,7 Millionen Mark) wurde unter der Eigenregie des ZDF aufgebaut. Mehrere Dutzend Firmen, darunter weltbekannte Unternehmen aus vielen Ländern, waren beteiligt. Der Vorteil für die Anstalt: Die Spezialisten, die das *Ganze koordiniert und geleitet haben*, werden jetzt als Anwender in den laufenden Betrieb mit eingeschleust. Die Geheimnisträger bleiben im Hause.

Der Laie, der da durch die neun Etagen der neuen Sendezentrale (vier Geschosse unter der Erde) geführt wird, pendelt mit seinen Empfindungen zwischen tiefem Respekt und leichtem Schauder. Vom Pracht-Stu*dio 3 (für Studiosendungen mit Pu*blikum) mit seinen ferngesteuerten Scheinwerfern über modernste Regie- und Mischpulte bis zum gigantischen Archiv, in dem per Rechnerautomatik in Sekundenschnelle aus 40 000 gespeicherten ZDF-Sendungen zum Beispiel „Kanzler Schmidt, eine Schnupftabakprise nehmend" oder „Kanzler Kohl, pfälzisch babbelnd" abgerufen werden kann, ist hier mit Bedacht und Weitblick fast überall das Beste vom Besten zusammengebastelt worden. Moderner geht es nirgendwo auf der Welt zu, wenn man vielleicht von Peking absieht, wo die Chinesen nach ZDF-Vorbild (nur viel größer) etwas Ähnliches im Bau haben.

Intendant Stolte hat keine Angst vor diesem *Technik-Rundpalast* auf seinem Gelände. Man müsse daran denken, sagt er, daß das Personal zum großen Teil zu jener jungen Generation gehöre, für die der Umgang mit den neuen Möglichkeiten viel selbstverständlicher sei als für die Jahrgänge, die beim Fernsehen der 50er und 60er Jahre groß wurden.

In Studio 2 wird das 3SAT-Programm moderiert, das am 1. Dezember sein gemeinsam von ZDF, SRG und ORF gestaltetes Satellitenpro*gramm* zu senden begonnen hat. Stolte läßt übrigens keinen Zweifel daran, daß er in 3SAT mehr als nur einen zeitlich befristeten Versuch sieht. Aber so oder so wird Europas größte TV-Anstalt an ihrem 2. Programm festhalten.

Die 552,5 Millionen Mark Baukosten (der Voranschlag wurde nicht überschritten) hat das ZDF übrigens ohne Kredite aus Eigenmitteln aufgebracht. „Wir haben gespart", meint der stolze Stolte, der sich aus der wehklagenden Runde seiner ARD-Kollegen immer deutlicher heraushebt.

Bei der Pressekonferenz freilich saß hinten unerkannt und in neuer Funktion auch jener Beamte, der vor *neun Jahren für das Mainzer Finanz*amt dem Sender einen Steuerbescheid über nachzuzahlende 450 Millionen Mark Körperschaft- und Gewerbesteuer überbracht hatte, die dann doch *nicht gezahlt* werden *muß*ten. Die Summe entsprach übrigens so ziemlich genau den Baukosten von heute.

JOACHIM NEANDER



Der wuchtige Rundbau der neuen Sendezentrale des ZDF in Mainz
FOTO: KRUG-LUFTBILD, freigegeben v.Reg.-Präs. Karlsruhe Nr.216/480

KRITIK

Big Mäcks mit Mayonnäse

Ein alter Fuhrmann des TV-Gewerbes hat einmal gesagt, mit einem guten Stoff könne man keine schlechte Sendung machen, ein schwacher Vorwurf indes erfordere „viel Mensch"; und das sei Sache des Besetzungsbüros, und/oder des *Regisseurs*. Recht hat er, der gescheite Ur-Macher, dabei hat er die Geschichte noch gar nicht gekannt: **„Ich heirate eine Familie" (ZDF).**

Denn da geht es darum, daß die zweite Staffel mit einem überdeutlichen Defizit an Phantasie daherkommt. Klischees werden strapaziert, die alte Tante kommt aus der cinematographischen Kühltruhe und fordert uns auf, über Haferflocken und Möhrensaft zum Frühstück zu lachen, Väter leiden unter den Wehen ihrer schwangeren Ehefrauen mehr als die niederkommenden Mütter, einer fällt sogar um. In böserem Deutsch gesagt: Die Klamotten werden da zu den wohlvertrauten Häufchen zusammengekehrt, aus denen man vor einem Menschenalter Futter für die Vorstädte zusammenbraute.

Doch nichts da: Trotz alledem lachte man und schmunzelte und verzieh dem Spaßunternehmer Curth Flatow seine hurtige Wisch-Wasch-Anlage. Denn es kamen Menschen ins Spiel, die aus dem Trotteltext Lebensfunken schlugen, die der seichtesten Szene noch eine Unterfütterung aus lauter Mensch andienten, es waren dies die Thekla Carola Wied und ihr Partner Weck. Es waren dies nicht minder die Kinder des ungleichen Ehepaars und die Freunde des Hauses. Allen gelang, was bei Lektüre des Drehbuches sicherlich nicht zu erwarten war: Dem Leerlauf der Story so etwas wie Strudel und Kräuselchen aufzusetzen, gewissermaßen Rülpserchen am Tisch der Big Mäcks mit Büchsenmayonnäse.

Ich freue mich auf die nächsten Auftritte unserer Bildschirmfreunde. Ich weiß, ich weiß: Die Geschichte wird nicht interessanter, aber ich bin überzeugt, daß der Regisseur Peter Weck den Darsteller Peter Weck weiterhin so prachtvoll auf den Bildschirm werfen wird wie bisher, und die Thekla Carola Wied natürlich mit. Wie denn anders!

VALENTIN POLCUCH

ARD

ZDF

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Die Sendung mit der Maus
10.00 heute
10.05 WISO
10.35 Ein Kriegsende
11.55 Umschau
12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.30 Tagesschau
15.40 Professor Grzimek
Wundersame Tiere Kaliforniens
Professor Grzimek beschäftigt sich heute unter anderem mit dem Leben der Klapperschlange, der bekanntesten, aber überraschenderweise auch harmlosesten Giftschlange.
16.25 Denkste!?
Echt tu matsch
Direktor Zander läßt seine Realschüler für eine Woche selbst bestimmen, wann und was sie lernen wollen, in der Hoffnung, daß die Jugendlichen ohne Leistung mit ihrer Freiheit nichts anfangen können. Doch Zander scheint sich zu täuschen ...
17.20 ARD-Sport extra – aus Puy St. Vincent
Ski-Weltcup
Abfahrt der Damen
17.50 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Unter deutschen Dächern
Gladiatoren
Beobachtungen in einem Boxstall
21.00 ... scheibnerweise
Unter dem Motto „Weihnachten ... scheibnerweise" zeigt Hans Scheibner, daß auch der Weihnachtsmann keinen sicheren Posten hat. Denn alle Himmelsbewohner beschuldigen ihn, den unchristlichen Geschäftsrummel zur Vorweihnachtszeit verursacht zu haben, weshalb der weißbärtige Kinderliebling vorzeitig in den Ruhestand versetzt werden soll ...
21.45 ARD-Sport extra – aus München
Sportler des Jahres 1984
Proklamation und Ehrung
22.30 Tagesthemen
23.00 Wie es geschah
Fernsehfilm von Irina Korschunow
Eine junge Frau läuft direkt vor ein Auto. Der entsetzte Fahrer kann nicht mehr bremsen. Wie kam es dazu? Der Fernsehfilm erzählt die Geschichte zweier Frauen, die unabhängig voneinander ihre Leben auf unterschiedliche Weise führen. Aber am Ende kreuzen sich ihre Wege unter dramatischen Umständen.
0.30 Tagesschau

ZDF

10.00 heute
10.05 Fernseh-Stationen
11.00 Einweihung des ZDF-Sendezentrums Mainz
In Anwesenheit von Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker weiht das ZDF sein neues Sendebetriebsgebäude Mainz-Lerchenberg ein, das die provisorischen Anlagen in Wiesbaden ablösen soll. Für den musikalischen Rahmen sorgen Mitglieder der Wiener Philharmoniker und der griechische Pianist Dimitris Sgouros.
13.00 heute
13.30 Die größte Schau der Welt
Amerikanischer Spielfilm (1951)
16.00 heute
16.04 Fernseh-Stationen
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte extra
17.55 Die phantastische Miss Piggy Show
19.00 heute
19.30 Peter Alexander:
Wir gratulieren
Zum sechsten Mal feiert Peter Alexander zusammen mit viel Prominenz Geburtstage und Jubiläen von Stars und Einrichtungen, die im vergangenen Jahr den Zuschauern viel Freude bereiteten.
21.00 Gesundheitsmagazin Praxis
Signale der Hilfe
Prominente Politikerfrauen setzen Zeichen
21.45 heute-journal
22.05 Aspekte Literatur
Deutsch – die geteilte Sprache
Gespräche über die Literatur in Österreich, in der Schweiz, der Bundesrepublik *Deutschland* und der DDR
Moderation: Alexander U. Martens und Dieter Schwarzenau
23.30 Nachtmusik im ZDF
Im Mittelpunkt dieser nächtlichen Musiksendung stehen die Interpretationen des griechischen Pianisten Dimitris Sgouros zu Frédéric Chopins Ballade Nr. 1 in g-Moll und der „Mephisto-Walzer" von Franz Liszt, der dieses Klavierwerk *nach seiner Orchesterpartitur* „Episoden aus Lenaus Faust" frei übertragen hat.
0.00 heute

3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
16 PS und eine Kugel
Magdeburg – die unbekannte Großstadt
19.00 heute
19.30 Derrick
Waldweg
Von Herbert Reinecker
20.30 Ein guter Platz wohl wert ...
Stephansplatz – Abschied von einer Illusion?
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Rundschau
22.30 Lieben Sie Klassik?
Karl Löbl präsentiert Opernszenen
anschl. 3SAT-Nachrichten

III.

WEST
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Bitterer Reis
Italienischer Spielfilm (1949)
Mit Silvana Mangano, Vittorio Gassmann, Raf Vallone u. a.
Regie: Giuseppe de Santis
22.00 Schlapper Wind aus Süd-Ost (2)
22.30 Fragen an die Deutschen
Diskussion über das Geschichtsbewußtsein in Deutschland mit dem amerikanischen Historiker Gordon A. Craig
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Seitensprünge
19.15 Dörfer in der Dritten Welt
Gökceören in Anatolien
20.00 Tagesschau
20.15 Mister Universum
Amerikanische Filmkomödie (1976)
21.30 Bücherjournal
22.40 Musik im III.
Davon geht die Welt nicht unter
Porträt: Michael Jary
23.40 Nachrichten

HESSEN
18.30 Streifzüge durch die Natur
18.55 Die Hexe Lakritze (11)
19.00 Ärger im Paradies
Amerikanische Gaunerkomödie (1932)
20.20 Allerlei Theater
21.20 Das Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Blickpunkt Ausland
22.30 Shackleton – Der Mann im Schatten des Pols (2)
23.30 Schach dem Weltmeister

SÜDWEST
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Ottilie oder Der erzürnte Himmel
21.30 Atelierbesuch: Hermann Schafaru
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 Treffpunkt Fernsehturm
Nur für Mannheim:
21.45 Treffpunkt Alte Feuerwache
22.45 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 Zwei Amerikaner
Nur für das Saarland:
21.45 TV-Club Saar 3

BAYERN
18.15 Die Tier-Sprechstunde
18.45 Rundschau
19.00 Die Tochter des Brunnenmachers
20.40 Z. E. N.
20.45 Christsein im Alltag
6. Der Führerschein
21.15 Geistliche Musik (6)
21.30 Rundschau
21.45 Gespräch zur Sendung „Der Führerschein"
22.45 Corleone
0.35 Rundschau
0.40 Actualités

Nur für Erwachsene

D. B. – Das gab's schon in unserer Kinderzeit: Bücher, die sich nicht mit der platten Seite voller Bilder begnügten, sondern aus denen sich, wenn man sie aufschlug, eine Bank auffaltete oder – ein wenig gequält – eine Häuserfassade ins Dreidimensionale erhob. Aber was ist daraus geworden! Inzwischen scheint es eine „Internationale der Papier-Ingenieure und Falt-Techniker" zu geben, die immer neue, immer raffiniertere Aufstellbücher ersinnen.

Das jüngste Meisterwerk kommt im Reinbeker Carlsen Verlag mit dem bescheidenen Titel „Segelschiffe" daher. „Modelle aus alter Zeit zum Aufklappen" steht noch darunter. Aber was sich hinter dieser dürren Ankündigung verbirgt, wird dem überraschten Betrachter ab Seite drei in raffinierten Steigerungsstufen vorgeführt.

Zwischen Seite drei und Seite vier entfaltet sich eine Jolle mit Groß- und Focksegel auf ebenfalls plastischer Papierwelle. Dann folgen eine Wikinger-Werft, eine Hanse-Kogge und schließlich noch eine arabische Dau.

Zwischen Seite zehn und elf kommt dann aber der Clou. Es ist eine veritable Galeone mit quergestellten Rahen, flatternden Fahnen, windgeblähten Segeln und mehreren geschlossenen Decks, die durch Luken Einblick in den Schiffsbauch erlauben. Das ganze Schiff ist sechs Zentimeter breit, knapp 30 Zentimeter lang und 26 hoch.

So etwas aus einem Bastelbogen zusammenzukleben wäre schon eine schier unlösbare Aufgabe, würde mindestens dieselbe Geduld erfordern wie die Installation eines Buddelschiffs. Die Sache nun aber auch noch so hinzukriegen, daß sie sich hübsch flach zwischen zwei Buchseiten schlafen legen läßt, nötigt geradezu Bewunderung ab.

Das Ergebnis ist freilich ein Kinderbuch, das einer elektrischen Eisenbahn gleicht: Spielen dürfen damit gewöhnlich nur die Erwachsenen.

Adelsbriefe für Blumen, Früchte und Küchen: Bernardo Strozzis „Stilleben mit Gärtnerin" (links) und Carlo Maginis „Küchentisch mit Vogel und Würsten". Aus der Münchner Ausstellung „Natura morta italiana" FOTO: KATALOG

Eine leise malerische Welt zum Schauen und zum Staunen

Es ist eine wunderbar stille Welt: Rosen, die nicht am Strauch blühen, sondern nur kunstvoll arrangiert Vasen füllen; Früchte, die nicht mehr am Baum hängen, sondern nun artig zu Pyramiden getürmt auf Glasschüsseln dekoriert sind. Stilleben sind Darstellungen einer vom Menschen arrangierten Natur. Die Italiener nennen sie „Natura morta" und so lautet auch der Titel einer exquisiten Sonderausstellung in der Alten Pinakothek in München mit italienischen *Stilleben aus drei Jahrhunderten.*

Es ist ein bisher wenig bekanntes Genre. Denn die wissenschaftliche Erforschung der italienischen Stillebenmalerei begann erst 1962 mit dem Buch „Natura morta italiana" von G. de Loqu und einer gleichnamigen Ausstellung zwei Jahre später in Neapel. Der Grund ist, daß das Stilleben in Italien, anders als in der niederländischen Malerei, nur als mindere Bildgattung galt und eher als Gelegenheitsarbeit entstand.

Die Münchner Ausstellung wurde von dem einst hier ansässigen Kunsthändler Silvano Lodi im Laufe von 25 Jahren zusammengetragen. In dieser Sammlung befinden sich nicht nur seltene und kostbare Stücke wie etwa zwei Caravaggio zugeschriebene Bilder, sondern auch sehr charakteristische Arbeiten, die belegen, daß die Ursprünge des italienischen Stillebens in der Lombardei liegen und sich dieser Bildtyp erst später zum Süden hin ausbreitet. Denn hier arbeiteten die meisten Künstler abgesehen von Evaristo Baschenis, dem Meister des Musikstillebens.

Mehr als 60 der insgesamt 82 Gemälde umfassenden Sammlung sind in München ausgestellt: Blumenstücke, Küchenensembles und vor allem immer wieder Früchtearrangements. Im Vergleich zu den Niederländern, geht es bei den Italienern vor allem um die Darstellung des Einfachen, um die Schönheit des Natürlichen. Es sind gleichsam gemalte Adelsbriefe für das Banale: Melonen mit vor Saft triefendem Fruchtfleisch, reife, bläulich schimmernde Feigen, feste glänzende Paprika, und Tomaten mit Knoblauchknollen malerisch vereint. Es genügen Eier, Brot und Wein. Diese stille einfache Klarheit mit der die italienischen Künstler die Gegenstände des alltäglichen Lebens dargestellt haben, unterscheidet sie von niederländischen Künstlern, denen es um die Kostbarkeit des Materials ging.

„Die soziale Aufwertung der niedrigen Handwerks- und Naturgegenstände im italienischen Stilleben muß im Zusammenhang mit der Entdeckung des einfachen Volkes durch Caravaggio gesehen werden", meint Erich Steingräber, der Museumsdirektor und Kenner der italienischen Malerei. Die meist namenlos überlieferten Gemälde beeindrucken denn auch durch ihre Askese, durch die Schlichtheit ihrer Struktur, aber auch durch den Schmelz ihrer Farbgebung und die Feinheit und darstellerische Genauigkeit.

Es ist eine leise malerische Welt, die sich hier ausbreitet, eine Welt zum Schauen und Staunen. (Bis 22. Februar; Katalog 35 Mark).

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Warum immer mehr Kinder von hohen Partei- und Literaturfunktionären aus der „DDR" ausreisen – Interview mit Hans Noll

Schon mit zwölf Jahren keine Illusionen mehr

Immer mehr Söhne und Töchter hoher Partei- und Literaturfunktionäre beantragen ihre Ausreise aus der „DDR". Kürzlich traf der Grafiker Hans Noll (31), Sohn des SED-Schriftstellers Dieter Noll, samt seiner Familie im Westen ein. Die WELT sprach mit Noll über die Beweggründe seiner Flucht und über den Generationenkonflikt in der „DDR".

WELT: Herr Noll, unter den „Abgängern" in der „DDR" sind viele junge Menschen aus privilegierten Familien. Worauf führen Sie das Phänomen zurück?

Noll: Es geben in letzter Zeit tatsächlich auffällig viele jüngere materiell privilegierte DDR-Bürger, die eigentlich dazu ausersehen waren, drüben „die Stafette zu übernehmen". *Der Prozeß der Verweigerung ist aber* in der gesamten jungen Generation im Gange. Das ist nicht unbedingt Widerstand (den leisten, glaube ich, doch nur relativ wenige), es ist einfach ein Nicht-mehr-Mitmachen. Die Eltern reagieren unterschiedlich. Es gibt Zorn und „Gegenmaßnahmen" bis hin zur Enterbung, aber es gibt auch heimliche Sympathien für den Schritt der Jungen. Ich habe von einem Volkskammerabgeordneten gehört, der seinen Kindern androhte, sich zu erschießen. Doch auch viele Eltern sind ja mittlerweile vom Kommunismus abgefallen und versuchen, den Kindern die Sache zu erleichtern. Der Gedanke ist ungefähr folgender: „Wenn ich hier schon festklebe und nie wieder herauskomme, dann geh du wenigstens deinen Weg und sieh zu, daß du irgendwo dein Glück machst."

WELT: Wann sagen die Genossen die Wahrheit über das, was sie wirklich denken?

Noll: Das hängt nicht zuletzt von der Menge des gerade genossenen Alkohols ab. Im nüchternen Zustand sind eigentlich alle wie ein versiegeltes Buch. Das habe ich auch in Moskau immer wieder bemerkt bei höheren Funktionären. Die sind voll durch diese von Wolfgang Leonhard so eindrucksvoll beschriebene Schule gegangen, die Schule des verschlüsselten Sprechens in schematischen Bausteinen. Man wundert sich öfter mal, warum die russischen Funktionäre so eine schleppende Art zu sprechen haben. Also, da wird die Zunge einfach nicht gelockert. Aber wenn dann entsprechende *Mengen Wodka konsumiert* sind, dann schaut man oft regelrecht in Abgründe, dann geht es los.

WELT: Sie haben Ihre Erlebnisse in einem Buch niedergelegt. Wo wird es erscheinen?

Noll: Das Buch heißt „Der Abschied" und wird bei Hoffmann und Campe erscheinen. Der Verlag war der Ansicht, ein kurzer Titel wäre das beste. Der Untertitel ist: „Journal meiner Ausreise aus der DDR", weil es von der Form her wie ein Tagebuch geschrieben ist. Mit meinem ersten Brief ans Politbüro hatte ich mich damals schon dazu entschlossen, das alles aufzuschreiben, weil ich bereits ahnte, was das für ein Panoptikum geben würde. So habe ich also bis zum Tage der Ausreise Tagebuch geführt. Das Manuskript wurde in den Westen geschmuggelt. Ich hatte wenig Vertrauen zur Sicherheit unserer Räume. Weil wir tagsüber im Atelier waren, konnte es nicht in der Wohnung bleiben, und wenn wir nachts in der Wohnung waren, konnte es nicht im Atelier bleiben. So hatte ich es immer in der Aktentasche, und wenn es zu dick wurde, wurde es eben rübergeschafft.

WELT: Haben Nichtprivilegierte eigentlich ein leichteres Familienleben?

Noll: Nichtprivilegierte brauchen ihre Götzendienste nur pro forma in der Öffentlichkeit abzuleisten, während sie zu Hause im familiären Bereich relativ normal bleiben können. Aber je höher die Familie kommt, um so unerträglicher werden die innerfamiliären Verhältnisse aufgrund der *immer stärker zunehmenden* Schizophrenie. Ein hoher Parteifunktionär kann eben im Grunde genommen mit seinen Kindern kein vernünftiges Wort mehr sprechen. Er muß die schwachsinnigsten Dinge ständig rechtfertigen, die eigentlich vom gesunden Menschenverstand her völlig unverständlich sind.

Eine 14jährige Tochter wird ja keineswegs so diszipliniert sein, so „parteilich", daß sie sich alle unbequemen Fragen versagt. Meistens entsteht in diesem Alter ein scharfer Bruch, der nie wieder zu kitten ist. Und dann kennen diese Kinder ihre Eltern ja auch von der Rückseite. Sie wissen um die Heuchelei. Für mich kann ich sagen, daß ich überhaupt kein Kommunist mehr bin – weder ein „Alternativer" noch ein „Nichtalternativer", für mich ist der Kommunismus als Thema erledigt.

Wir, meine Frau und ich, haben uns in den letzten beiden Jahren die Mühe gemacht, Lenin noch einmal zu lesen, und ich muß Ihnen sagen, daß dieses ganze Gesellschaftsmodell mir einfach als nichtpraktikabel und als nicht funktionstüchtig erscheint.

WELT: Geht das nur Ihnen so, oder ist das allgemein?

Noll: Ich habe in den letzten Jahren drüben kaum jemand getroffen, der wirklich den Kommunismus in irgendeiner Form, sei es nun als realer Sozialismus in der DDR oder als idealer Eurokommunismus, noch für sinnvoll hielt. In Polen werden Sie bestimmt niemanden mehr treffen, außer einigen Funktionären, der überhaupt noch vom Kommunismus redet. *Aber auch in der DDR geht die* Tendenz zu einer starken Desillusionierung, auch was die Theorie betrifft. Herr Bahro ist vor einigen Jahren schon *rausgegangen, da gab es* noch diese Alternative. Inzwischen haben meine Frau und ich hier im Westen feststellen müssen, daß von den Ausgereisten der siebziger Jahre alles, was damals mit Biermann rausgegangen ist, heute noch an linken Vorstellungen festhält. Das hat heute keinen Boden mehr in der DDR.

Die Verhältnisse haben sich dort so entwickelt, daß diese, wie man in der Parteisprache sagt, reformistischen Theorien nicht mehr interessant sind. Die jungen Leute von *18 Jahren* sind einfach völlig dagegen. Sie sind gegen das System als solches. Das Alter sinkt sehr stark, in dem man dahinterkommt. Das liegt wahrscheinlich auch daran, daß das System früher *für einige noch etwas bieten konnte.* Dadurch, daß man etwa einen Studienplatz erhielt, brauchte man länger, um sich grundsätzliche Gedanken über das System zu machen. Die jungen Leute heute haben immer weniger Zukunftsaussichten. Das merken sie schon mit 12 und 13, wenn es um die Vergabe der Oberschulplätze geht, wenn sich also plötzlich herausstellt, daß pro Klassenstufe zwei Kinder aus Genossenfamilien sich entschließen, Berufsoffizier zu werden, weil sonst niemand mehr auf die Erweiterte Oberschule kommt. Wer das erlebt hat, ist mit 14 eigentlich mit der ganzen Sache innerlich fertig.

Bis er 18 ist, muß er noch ständig diese belästigende und quälende Litanei vom „Neuen Menschen" über sich ergehen lassen, damit wird sich die innere Ablehnung immer weiter verstärken. Unsre eigenen Kinder haben *uns schon mit 12 Jahren erklärt,* daß es für sie eine Schwierigkeit ist, den Staatsbürgerkundeunterricht zu überstehen, wo sie genau wissen, daß kein Wort wahr ist.

Ich hab' ihnen dann gesagt: „Es gab Zeiten, in denen wurde man öffentlich auf den Scheiterhaufen gebracht, wenn man erklärte: Ich bin kein Anhänger der alleinseligmachenden Kirche. Und es gibt eben Zeiten, wo man sich den Lebenslauf verdirbt, wenn man etwa dem Staats*bürgerkundelehrer* widerspricht. Das hat gar keinen Sinn. Betet das runter, solange wir noch hier sind!"

FRIDOLIN FUCHS

L. Guettler auf Tournee

Trompeter geht über die Dörfer

Wenn er nicht schon so oft in der Bundesrepublik konzertiert hätte, könnte man ihn den Geheimtip der Trompete nennen. Ludwig Guettler (Jahrgang 1943) aus Dresden bringt es im westlichen Teil Deutschlands *seit längerem auf 70 bis 80* Konzerte jährlich. Das begann in kleinerem Umfang 1977. Der Durchbruch des Startrompeters steht noch aus.

Guettler, der seine Position als Solo-Trompeter der Dresdner Philharmoniker 1980 zu Gunsten einer freien Solistenkarriere aufgab, läßt sich Zeit mit dem Berühmtwerden. Neuerdings reist er mit dem von ihm gegründeten Leipziger Bach-Collegium (LBC) – fünf Solisten des Leipziger Gewandhaus-Orchesters (Geige, Flöte, Oboe, Cello, Kontrabaß, Kircheis als Cembalist). Das LBC spielte in Kassel, Reinhardshausen, Braunschweig, Göttingen und Walsrode und machte jetzt seinen nördlichsten Abstecher. Wer „über die Dörfer geht", darf nicht zu wählerisch sein: Im schleswig-holsteinischen Elmshorn mußten die Leipziger mit einem akustisch schauderhaften, ehemaligen Kinosaal vorliebnehmen.

Guettlers Trompetenkunst ist ein Wunder an Phantasie und Beweglichkeit. Ob er nun Stradella, Godfrey Finger oder Albinoni intoniert: Seine Koloraturen, Triller und schnellen Tonrepititionen hören sich so an, als improvisiere er sie just im Moment ihres Erklingens. Doch dieser paganinihafte Stil ist alles andere als willkürlich. Guettler praktiziert die von den alten Meistern geforderte „Inégalité" der Töne so elegant, als sei die Überlieferung der musikalischen „Varietas" in Leipzig und Dresden bruchlos tradiert worden.

Mit seiner „Elocutio" spielt Guettler all den Musikfreunden aus dem Herzen, denen der metronomisch öd zelebrierte Werkbegriff der Barock-Monotonie stets verdächtig war und die längst ahnten, daß Konzertantes zu Bachs Zeiten eher dem Swinggefühl einer Jazzband entsprochen habe. Guettler vermittelt auf seiner modernen kleinen Trompete zwischen dem Lager der „historischen" Instrumentalfetischisten und den Anhängern der vibratoträchtigen Kantilenen.

Die technisch-virtuose Seite der Sache interessiert nicht weniger: Guettler lebt in den höchsten Tönen, bis hinauf zum melodiös schmelzenden Ton „d" wie ein großer Sänger. Nicht von ungefähr ist sein künstlerisches Niveau dem Peter Schreiers vergleichbar. Mittlerweile ist Guettlers Kunst international gefragter als daheim. Nach den Worten seines bayerischen Managers wird Guettler nächstes Jahr westliche Musikhochburgen erobern. Das Jahr 1985 verspricht mit Bach und Händel auch ein Guettler-Jahr zu werden.

GEORG BORCHARDT

„Checkpoint Charlie" im Berliner Schloßparktheater

Schlemihl an der Mauer

Ein so quälender Abend! Die Dramaturgie des Schiller- und *Schloßparktheaters ist wegen Unter*lassung ihrer Aufsichtspflicht zur Verantwortung zu ziehen. Dieser kleine Unfug gehört nicht auf die Bühne. Geschädigt ist nun der Autor, vergrätzt das arme Publikum.

Kurt Bartsch, der Autor, Jahrgang 1937, stammt aus der „DDR", war dort Sargverkäufer, Beifahrer, Leichenträger. Er kam für zwei Jahre auf das Institut für Literatur in Leipzig. Da flog er aus ehrenhaften Gründen raus, publizierte ein paar kleine, aufmerkenswerte Gedichtbücher, einen schmalen Band wirklich würziger Literaturparodien.

Vor vier Jahren konnte er nach West-Berlin übersiedeln. Er hat dramaturgisch gearbeitet, Gedichte und Prosa veröffentlicht, *sogar einen Roman.* Am bekanntesten wurde er mit einer neuen Folge von Literaturparodien unter dem Titel „Die Hölderlinie". Das hatte Witz und Schärfe. Sein neues Stück nicht.

„Checkpoint Charlie" spielt direkt an der Mauer. Zwei armselige Stadtstreicher hocken in der Kälte. Der eine, ein West-Streicher, ist ein stämmiger Arbeitsloser. Sein Kumpan war früher ein Heldenvaterspieler in Anklam. Er hat in seinem kleinen Provinz-„DDR"-Theater, als sogar ihm der Spielplan unerträglich wurde, eine kleine Revolution unter den Theaterleuten angezettelt. Er wurde über die Grenze abgeschoben. Jetzt hockt er hier mit seinem West-Kumpan und mault nach beiden Seiten. Die bittere Grenze zehrt an seinem Herzen. Er vergleicht sich und seinen armseligen Kumpel mit Beckett-Figuren. Aber er sieht hier Beckett (das soll schon ein Witz sein) immer nur falsch.

Nun träumen die beiden deutschdeutschen Schlemihle. Sie brechen bei einem Villenbesitzer im Grunewald ein, werden von dem kapitalistischen Unhold (immer im Traum) in die „DDR" geschickt. Dort sollen sie in der Märkischen Schweiz für neue Westgeld-Milliarden eine Art kapitalistischen Erholungsreservates aushandeln. Sie geraten an einen zynischen Parteiboß. Der, seinerseits, legt nun auch seine böse sozialistisch-zynische Gesinnung offen. Schließlich sitzen die beiden Elendsfiguren wieder an der Mauer.

Nichts ist passiert, abgesehen von der Vermittlung vieler fauler, oft bedenklich alter, in keinem Falle aufschlußreicher Witz- und Klamotten-Dialoge. Gestalten bilden sich nicht. Man hört und sieht der Darbietung zu wie einem quälend billigen und unergiebigen Kabarettabend.

Die Inszenierung von Konrad Sabrausky läßt die armselige Sache voll am Boden. Horst Dieter Sievers und Klaus Mikoleit, die beiden maulenden Tramps, verteilen ihre müden Polit-Witze immerhin mit einiger Diskretion, so als ob sie sich der Kalauer, die sie zu äußern gezwungen sind, etwas schämten.

Jürgen Thormann spielt einmal den fiesen Westberliner Baulöwen



Träumt am Potsdamer Platz von der alten Heimat: Klaus Mikoleit in der Berliner Inszenierung FOTO: BINDER/THIELE

und Kapitalisten, dann gleich wieder ist er, nicht weniger scheußlich und verächtlich, ein brutal ausgekochter SED-Boß. Aber aus beiden Inkorporationen des unterschiedlich Verwerflichen kann Thormann keine wirklichen Figuren machen. Ganz nett allenfalls, wie Hansi Jochmann erst eine westliche, dann eine östliche Liebesdienerin kenntlich macht.

Das Ganze dauert glücklicherweise, ohne Pause gespielt, nur anderthalb Stunden. Es gab Buh-Rufe und eine Art mitleidigen Beifalls.

FRIEDRICH LUFT

Berlin zeigt Arbeiten des Bildhauers Paul Pfarr

Trauma mit Normaluhr

Als Bildhauer im traditionellen Sinne kann man Paul Pfarr nicht ansprechen. Daß der Stuttgarter, der seit gut zwei Jahrzehnten in Berlin lebt, einmal Meisterschüler bei Bernhard Heiliger war, ist eher eine biographische Randbemerkung. Die Arbeiten dieses Künstlers leiten sich größtenteils aus der Beredsamkeit von Fundstücken her. Und viele der *Objekte, die jetzt vom Neuen Berliner* Kunstverein in einer weitläufigen Schau in der Großen Charlottenburger Orangerie inszeniert werden, lassen sich nicht einmal mehr in gestaltete und vorgefundene Teile auseinander-dividieren.

Pfarrs Plastiken sind faßbare Metaphern. Schon das Material ist lastende Bedeutung: oft greift er zum Blei, das Schwere, Unbeweglichkeit, Undurchlässigkeit empfinden läßt. Noch deutlich im Mittelfeld zwischen modellierter Gestalt und Fundsache: ein Frauenkörper aus Terrakotta, bandagiert, eingezwängt – *er ruht auf* einer aller Polster entblößten Arzt-Liege. Ein Tableau der Erstarrung und Hoffnungslosigkeit.

Pfarrs Arbeit ist tief pessimistisch. Sei es jenes Ensemble graublechiger Spindschränke mit individuell verschränkten Blei-*Armen und* -Händen in der bestimmenden Gegenwart einer „Normaluhr", deren Kabelmontierungen ebenfalls bis zur Unbeweglichkeit eingebleit wurden. Oder jenes „Trauma" eines abgestürzten, verriemten Kopfes am Fuß einer Metalleiter.

Eine Gruppe bleibelegter Holzböcke scheint zwischen einer Einzäunung zusammengetrieben. Die amboßähnlichen Schlagflächen geben noch eine Spur von erduldeten Torturen, von Individualität. Ein bedrückendes Sinnbild jedweder Gleichmacherei. Seine größeren Szenen und Environments sparen die menschliche Figur vollends aus. Aber der *Betrachter versteht sofort* – sie beschreiben existentielle Situationen. Eine Couch mit Kunstlederbezug unter nackter Glühbirne in einer kahlen *Zelle – ein blanker aggressiver Stahl* ist durch das Möbel gefahren, scharfe, schwere Verletzung.

Pfarrs Kraft, gefundene Dinge und die Eigentümlichkeit ihres Materials sinnbildhaft zum Sprechen zu bringen, ist außerordentlich – gegen Plati*tüden gefeit ist sie nicht.* Zwei liegende, obendrein seitenverkehrt in Holz gefaßte und beschriftete Eisenformen als plastisch verhärteter Ausdruck starren „Links-rechts"-Denkens: kaum mehr als ein schneller Gag.

Die Obsession, die Bedrückung seiner scheinbar „einfachen" Symbolfindungen prägt sich um so stärker ein. Eine Eisenstange neben einer langen Reihe von Granitblöcken mit durchgehender Furche: das herausgelöste Rückgrat. Das Einzelne und das Serielle – selten hat Pfarr diese beiden wesentlichen *Elemente* seines Schaffens so eindringlich komprimiert! (Bis 16. 12., Katalog 10 DM.)

PETER HANS GÖPFERT

JOURNAL

Musikfestspiele am Rhein geplant

dpa, Düsseldorf

Deutsche Musikfestspiele möchte die Stadt Düsseldorf von 1987 an ausrichten. Als künstlerischer Berater für das Projekt wurde Peter Girth gewonnen, der in den letzten sechs Jahren Intendant der Berliner Philharmoniker unter Herbert von Karajan war. Er soll gegebenenfalls künstlerischer uhnd organisatorischer Leiter des Festivals werden. Die Stadt kündigte eine endgültige Entscheidung über den Festivalplan für den nächsten Sommer an, wenn die Kostenfrage geklärt sein wird. Girth soll seine Tätigkeit in Düsseldorf, wie es hieß, bereits in wenigen Tagen aufnehmen.

Dogenpalast von Venedig wird restauriert

dpa, Venedig

Am Dogenpalast in Venedig haben umfangreiche Restaurierungsarbeiten begonnen. Die Säuberung und Stabilisierung des Gebäudes soll sechs Jahre dauern und rund 27,2 Millionen Mark kosten. Es ist seit dem Krieg die umfangreichste Restaurierungsarbeit an einem Bauwerk in Italien. Die Arbeiten sollen stufenweise vorgenommen werden, damit der Dogenpalast weiterhin für das Publikum zugänglich bleibt. Jährlich strömen über 1,3 Millionen Menschen in das Gebäu*de, das als Symbol der Macht und* des Ruhms der Lagunenstadt gilt.

Rosenthal verzichtet auf Bauhaus-Archiv-Vorsitz

DW. Selb

Philip Rosenthal hat seinen Rücktritt als Vorsitzender des Bauhaus-Archivs e. V. in Berlin erklärt. Als Grund nennt er die Vorgänge um die Wahl des Nachfolgers für den verstorbenen Direktor des Archivs, Dr. Hans Wingler. Nach Rosenthals Darstellung wurde dabei der Vorschlag des Vorstandes, Dr. Wulf Herzogenrath, den jetzigen Leiter des Kölner Kunstvereins, zu bestellen, „durch eine Telefonaktion einzelner Mitglieder kurz vor der Wahl" durch die Mitgliederversammlung des Vereins zugunsten von Dr. Peter Hahn verändert.

Hält Österreich Kunstwerke zurück?

AFP, New York

Österreich hat nach Angaben eines amerikanischen Fachblatts keine oder ungeeignete Anstrengungen unternommen, um die Besitzer zahlreicher unter der Nazi-Herrschaft beschlagnahmter Kunstwerke ausfindig zu machen und ihnen ihr Eigentum zurückzugeben. Wie die auflagenstarke Zeitschrift „Artnews" in ihrer jüngsten Ausgabe berichtete, ist der österreichische Staat im Besitz Tausender konfiszierter Kunstwerke, von denen ein großer Teil in einem Kloster in Mauerbach bei Wien aufbewahrt werde. Das Kloster werde „wie Fort Knox" bewacht, und nur Regierungsmitglieder hätten Zutritt.

Versunkener Schatz aus der Bronzezeit

AFP, Washington

Den bisher bedeutendsten Fund an Objekten der Bronzezeit haben amerikanische Wissenschaftler mit der Entdeckung eines ca. 1400 v. Chr. vor der südtürkischen Küste gesunkenen Schiffs gemacht. Das Wrack und seine Fracht sind nach *Angaben des Expeditionsteams* unter Leitung des texanischen Professors George Bass eine Mischung aus mykenischer, phönizischer und zyprischer *Kultur.* Das mit Kupfer- und Zinnbarren, Töpferwaren, unverarbeitetem Gold und Elfenbein beladene Schiff war nach Meinung der Wissenschaftler vom heutigen Syrien nach Kleinasien oder Griechenland unterwegs und hatte auf Zypern Halt gemacht.

„Anatevka" auf Russisch feiert Triumphe

AFP, Moskau

Das Erfolgsmusical „Anatevka", vor 20 Jahren als „Fiddler on the roof" am Broadway geboren, feiert jetzt in Moskau Triumphe. Obgleich das Spektakel fast völlig auf Werbung verzichten muß und in der offiziellen Pressekritik nicht gut wegkommt, ist das am Stadtrand gelegene Theater ständig ausverkauft. Das Stück wird vom Kemt interpretiert, dem einzigen professionellen jüdischen Ensemble in der Sowjetunion. Die rund 30köpfige Truppe singt überwiegend jiddisch, einzelne Sätze werden russisch und hebräisch gesprochen.

Neuer Intendant der Staatsoper Dresden

dpa, Berlin

Als neuer Intendant der Staatsoper Dresden wurde Gerd Schönfelder von „DDR"-Kulturminister Hans-Joachim Hoffmann in sein Amt eingeführt. Schönfelder war bisher Hochschullehrer, Prorektor und seit 1980 Rektor der Dresdner Hochschule für Musik „Carl Maria von Weber". Schönfelders Vorgänger Siegfried Köhler war im Juli im Alter von 57 Jahren gestorben.

War in Indien nur MIC schuld an Katastrophe?

DIETER THIERBACH, Bonn

„Wir wüßten es selbst gern", lautete die übereinstimmende Antwort auf die Frage nach dem Giftstoff, durch den in der mittelindischen Stadt Bhopal mindestens 1600 Menschen ihr Leben verloren. Sprach man anfangs noch vom klassischen Atmungslähmer Cyanid, besser bekannt als Zyankali, wandelte sich Stunden später das „i" ins „a"; eine in ihren chemischen Eigenschaften völlig andere Stoffklasse war plötzlich im Gerede: Cyanat-Kombinationen.

Anfragen der WELT bei Produzenten von Pflanzenschutzmitteln, bei Toxikologen und Chemikern zeigen große Verunsicherungen auf: Experten zweifeln beim indischen Unglück eine reine Methylisocyanat (MIC)-Vergiftung – wie es die Agenturen meldeten – an. Wahrscheinlicher ist, daß ein tödliches Gasgemisch aus MIC, Phosgen und Salzsäure im Spiel war. Begründung dieser „relativ sachlich abgesicherten Spekulation": Vergiftungssymptome wie tränende Augen weisen auf MIC hin, Verätzungen deuten auf Salzsäure, Schaum vor dem Mund auf Phosgen. Fest steht indes: Alle drei Erscheinungsbilder sind nicht einem einzigen Stoff als Verursacher zuzuordnen.

Das farblose, nicht brennbare Gas Phosgen, ($Cl_2C{=}O$) ist im Ersten Weltkrieg als Kampfstoff in französischen Granaten zu trauriger Bedeutung gelangt. Das in die Lungenflügel eindringende Gas schädigt die Kapillaren. Diese werden für das Blutplasma durchgängig, das die Lungen schließlich ausfüllt und zum „inneren Ertrinken" führt. Das heimtückische am flüchtigen Methylisocyanat, $CH_3{-}N{=}C{=}O$, ist sein sehr niedriger Siedepunkt von 37–38° C, der diese Flüssigkeit von allen anderen aus der Isocyanat-Klasse unterscheidet. Hier wie dort ist die Gefahr der Verdampfung sehr groß. MIC-Dämpfe sind fast zweimal schwerer als Luft.

Auf Isocyanat-Varianten baut die chemische Industrie in riesigen Mengen. Weltweite Produktion im Jahre 1971: über eine Million Tonnen, zur Herstellung von Polyurethanen, sprich Schaumstoffen; als Textilhilfsmittel; Synthese von Pflanzenschutz-, Wasch- und Arzneimitteln.

Ein Unfall wie in Bhopal ist in der Bundesrepublik nicht möglich. Mit anderen Ausgangsprodukten wird im drucklosen Verfahren phosgen- und chlorfrei gearbeitet. Umfangreiche Sicherheitskonzepte der Störfallverordnung für die MIC-Lagerung schließen eine Katastrophe wie in Indien aus.

Geldspritze für Hamburgs Dolomiten

Die berühmten Felsen in Hagenbecks Tierpark müssen umgehend saniert werden

GISELA SCHÜTTE, Hamburg

Das Alter, die Bombennächte des Zweiten Weltkrieges und die Feuchtigkeit haben die Standfestigkeit der „Hamburger Dolomiten" in Hagenbecks Tierpark erschüttert. In den nächsten vier Jahren wird deshalb Bergwerksatmosphäre in der Wohnstatt von Löwen und Bären herrschen: Die Silhouette des Zoos erhält ein neues, standfestes Innenleben.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von 1,15 Millionen Mark werden, wenn die Bürgerschaft der Hansestadt zustimmt, dem Unternehmen als zinsgünstiges Darlehen zu drei Prozent auf 20 Jahre gewährt.

Schöpfer der kunstreichen Felsenlandschaft mitten im „platten" Hamburg war der Schweizer Bildhauer Urs Eggenschwyler. Um 1900 entstanden über den Tierhäusern die Berge aus einem Gerüst aus Kiefernrundhölzern und Drahtgeflecht. Darüber wurde ein Gemisch aus Zementmörtel und Tierhaaren geworfen, erzählt Tierarzt Claus Hagenbeck, der heute gemeinsam mit seiner Nichte Caroline den Zoologischen Garten leitet. Die Felsendecke ist nur wenige Zentimeter dick. Wasser drang in den Bau ein und hat das Holz morsch werden lassen.

Bereits eine halbe Million Mark, sagt Hagenbeck, wurden für die Sanierung der Felsen, die bis zu einem Aussichtspunkt begehbar sind, investiert. Jetzt sei eine Sanierung von Grund auf notwendig, und die könne aus den laufenden Einnahmen nicht mehr getragen werden. Das Familienunternehmen Hagenbeck arbeitet nämlich ohne staatliche Subventionen. Der einzige Zuschuß, den es je aus der Staatskasse gab, wurde für ein Delphinarium verwendet.

In dem hohlen Felsmassiv müssen nun brüchige Teile abgebaut, das morsche Holz ersetzt und anschließend eine innere Betonhaut nach dem sogenannten Torkret-Verfahren gegengespritzt werden. Die unsichtbare Arbeitsweise im Inneren rettet die jahrzehntealte Patina der Berge.

Die Felsen in Hagenbecks Tierpark sind inzwischen längst zu einem Wahrzeichen der Hansestadt geworden. Sie sind der markanteste Punkt in der 1907 eröffneten Anlage, deren Prinzip der Gründer Carl Hagenbeck (1844–1913) sich 1896 hatte patentieren lassen: Hier wurden die Tierarten in ihrer natürlichen Umgebung gezeigt. Eine Attraktion, die Hagenbeck aber bei der Konkurrenz den Namen „Rattenfänger" eintrug.

Heute können die Tiere allein, selbst in romantischen Felskulissen der Jahrhundertwende, die Besucher nicht mehr in ausreichender Zahl anlocken. Der Tierpark bietet deshalb inzwischen ein komplettes Freizeitangebot mit Spielplatz, Troparium und Delphinschau. Hinzu kommen Sommer- und Kinderfeste.

Der Ursprung des Parks lag mitten in Hamburg-St. Pauli. Dort, am Spielbudenplatz 19, betrieb der Fischhändler Carl Gottfried Claus Hagenbeck, der Vater des „großen Carl", einen Laden und stellte 1848 zum ersten Mal in einem Wasserbottich Robben als „lebende Kundenfänger" aus.



Die künstliche Felsenlandschaft in Hagenbecks Tierpark ist brüchig. Die Sanierung kostet über eine Million Mark. FOTO: CHRISTA KUJATH

Warum Schimanski ins Ausland ging

Überraschende Verkäufe auf der Fernsehfilm-Messe von ARD und ZDF in München

ANDREAS THEYSSEN, München

Wenn die Briten am ersten Weihnachtstag abends unterm traditionellen Mistelzweig sitzen, dann kommt ihnen typisch Deutsches ins Haus. Loriot wird dann Partnerin Evelyn Hamann mit einem Stück Spaghetti zur Verzweiflung bringen. Das verdankt Loriot alias Vico von Bülow der Deutschen Fernsehprogramm-Messe von ARD und ZDF. Die neunte dieser Börsen geht heute in München zu Ende. Vier Tage lang begutachteten 180 Einkäufer aus 34 Ländern deutsche TV-Produktionen des Jahres 1984, suchten aus, was ihnen ins Programm paßt.

Ganz oben in der Einkäufergunst finden sich Krimis made in Germany. „Der Kommissar" war Wegbereiter, jetzt stehen „Tatort", „Derrick", „Der Alte" und Meichners Zollfahnder-Serie „Schwarz-Rot-Gold" auf den Einkaufslisten. In Südafrika heißt „Tatort" dann „Misdaat", die Italiener haben ihr Herz für den Ruhrpott-Kommissar Schimanski entdeckt. Und tappt Tappert alias „Derrick" auf der Suche nach einem Mörder im Dunkeln, dann schauen 40 Prozent aller italienischen Fernsehfamilien zu – mehr als beim Intrigen-Marathon „Denver". Obwohl Kriminalität im real existierenden Sozialismus ein Tabuthema ist, haben diesmal auch Ungarn, Bulgarien und die CSSR beim „Tatort" zugegriffen. Allerdings ändern die bei der Synchronisation ein wenig die Story. Rainer Regensburger, Leiter des ZDF-Programmvertriebs: „Ist der Mörder ein Ostblock-Emigrant, wird er schnell zum Italiener gemacht."

Neben Mordgeschichten macht auch deutsche Muse die Einkäufer mobil. Das fängt an bei der Aufzeichnung von Brahms 3. Sinfonie und hört auf bei James Last. Ein Oldie avancierte in diesem Spektrum zum Goldie. Der „Beatclub", zwischen 1965 und 1972 von Radio Bremen aufgezeichnet, wird in programmgerechten 60-Minuten-Häppchen serviert und ist so von Italien (10 Stunden) und Frankreich (5 Stunden) gekauft worden. Der Grund für den Musikboom, so Jochen Wünsche vom „Studio Hamburg"-Programmvertrieb: „Die Sendungen brauchen nicht synchronisiert zu werden."

Um sich die teure Synchronisation zu sparen, waren besonders Österreicher und Schweizer auf der Programm-Messe stark vertreten. Der ORF reiste mit 15 Mann aus Wien an, und eine Fernsehspielredakteurin der Schweizer SRG meint: „Wir kaufen lieber hier, obwohl die Produktionen recht teuer sind. Dafür sparen wir uns aber die Kosten für die Synchronisation."

An den Rand des Möglichen stoßen die ARD- und ZDF-Verkäufer, wenn es um einzelne TV-Beiträge geht. „Nur Serien mit mindestens zehn Folgen bringen wir an den Mann", weiß „Studio Hamburg"-Geschäftsführerin Helga Mauersberger. Doch Ausnahmen bestätigen die Regel. Siegfried Lenz' „Ein Kriegsende", das gestern abend die deutschen Gemüter bewegte, wurde zu einem der Verkaufsschlager. Selbst Inter Nationes griff in die Tasche, und demnächst werden die Goethe-Institute den Film in aller Welt zeigen.

Auch die unterschiedlichen Folgenlängen von Edgar Reitz' Hunsrück-Epos „Heimat" waren kein Hinderungsgrund. Bisher griffen Finnland, Österreich und Frankreich zu. Die britische BBC wird die Serie sogar in der Originalfassung mit englischen Untertiteln senden.

Nur ein bitterer Beigeschmack bleibt: Aus den USA, dem Land der unbegrenzten Medien-Möglichkeiten, ist kein einziger Einkäufer erschienen.

Ein König ohne Krone

Zum Tod des exzentrischen Kunstmäzens Edward James

SIEGFRIED HELM, London

Sein Schöpfer bekannte bereits vor einigen Jahren: „Ein Kunstwerk dieser Art kann nie fertig werden, ebenso wenig wie der Urwald." Im abgeschiedenen Seitental der Sierra Madre oriental in Mexiko, inmitten seiner Phantasiepaläste und palmenhohen Paradiesblumen aus Beton, stand voller Wehmut Edward James, der millionenschwere englische Exzentriker, im Gespräch mit dem Verfasser dieser Zeilen.

Für immer wird dieser surrealistische Urwaldpark unvollendet bleiben. James, eine der farbigsten Persönlichkeiten der englischen High Society und der Pariser Kunstwelt während der zwanziger und dreißiger Jahre, ist, wie jetzt bekannt wurde, im Alter von 77 Jahren in San Remo gestorben.

Als Fünfjähriger bereits zeigte er Unbefangenheit genug, seinen Patenonkel und stets gern gesehenen Privatgast seiner Mutter, König Edward VII. von England, auf dessen fehlende Krone anzusprechen. Edward James war zu jener Zeit bereits Millionär, denn bereits mit fünf Jahren hatte er seinen Vater, einen „Eisenbahnkönig" aus den Vereinigten Staaten beerbt. Damit besaß er im Vorschulalter schon jene Unabhängigkeit, die Großes schafft oder ruiniert.

Edward James schuf Großes – als Kunstmäzen in Paris. Im erlauchten Kreis um die Princesse de Polignac und Vicomtesse de Nouailles forderte und förderte er freigebig junge Künstler des Surrealismus. Seine Methode war einfach und wirksam: Er kaufte das Gesamtschaffen jener Künstler, die seinen hoch entwickelten Spürsinn für Kommendes wecken konnten. Am Ende seines Lebens verfügte Edward James über die bedeutendste Surrealistensammlung, die je sich in Privathand befand, und mit Spannung sieht die internationale Kunstwelt der Testamentseröffnung entgegen.

Edward James wurde 1933 zum Retter Bert Brechts. Nicht aus Zuneigung zum Dichter, sondern aus Liebe zur eigenen Frau, der legendären Wiener Tänzerin Tilly Losch. Um ihre Zuneigung zu erhalten, engagierte er Georges Balanchine als Choreographen für das Balett „Die sieben Todsünden" und lud aus Deutschland das Gespann Kurt Weill und Bert Brecht samt Bühnenbildner Caspar Neher ein. Lotte Lenya sang und Tilly tanzte. Brecht kehrte nicht mehr nach Deutschland zurück. (SAD)

WETTER: Unbeständig

Wetterlage: Deutschland verbleibt zunächst noch im Einflußbereich des südrussischen Hochs. Im Laufe des Donnerstagnachmittags greift der Ausläufer eines Islandtiefs auf den Westen über.

5. Dezember 1984, nachm. Deutscher Wetterdienst

Vorhersage für Donnerstag:

Im Nordwesten ab Mittag von West nach Ost fortschreitender Regen. Tageshöchsttemperaturen zwischen 5 und 8 Grad, tiefste Temperaturen nachts 3 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind um Süd. Im übrigen Deutschland verbreitet neblig-trüb, jedoch niederschlagsfrei, Tageshöchsttemperaturen bei 5, im Bergland 3 Grad. Nachts 2 bis -2 Grad, in höheren Lagen Gefahr von Reifglätte. Schwacher Wind um Süd.

Weitere Aussichten:

Weiterhin unbeständig, mild.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	3°	Kairo	20°
Bonn	7°	Kopenh.	5°
Dresden	2°	Las Palmas	20°
Essen	7°	London	11°
Frankfurt	5°	Madrid	8°
Hamburg	4°	Mailand	7°
List/Sylt	5°	Mallorca	16°
München	0°	Moskau	-3°
Stuttgart	1°	Nizza	14°
Algier	15°	Oslo	4°
Amsterdam	9°	Paris	9°
Athen	11°	Prag	-1°
Barcelona	11°	Rom	18°
Brüssel	8°	Stockholm	3°
Budapest	0°	Tel Aviv	18°
Bukarest	2°	Tunis	16°
Helsinki	2°	Wien	1°
Istanbul	10°	Zürich	2°

Sonnenaufgang* am Freitag: 8.13 Uhr, Untergang: 16.14 Uhr; **Mondaufgang:** 15.30 Uhr, Untergang: 7.07 Uhr

*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Ein Ärgernis oder Was vom Westwall geblieben ist

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Frau Nöskes aus Habscheid-Hollnich in der Eifel wünscht „allen Bonner Ministern" etwas zu Weihnachten. Mögen sie doch zumindest während der Feiertage aus ihrem Wohnzimmerfenster auch auf „so ein Ding" sehen müssen, das Familie Nöskes seit nunmehr 45 Jahren auf dem Hof stehen hat und nicht los wird: einen drei Meter hohen, zehn mal sieben Meter großen Betonbunker des unseligen „Westwalls".

Vierzig Jahre nach dem Zeitpunkt, an dem amerikanische Truppen im Dezember 1944 den Westwall erreichten, dessen Stellungen sie schon Anfang des Monats im Bereich von Hückelhoven bei Erkelenz besetzten, stören immer noch Tausende von Befestigungsrelikten entlang der Westgrenze den Ablauf des Lebens. Obwohl die Beseitigung der Bunker, die nach der deutschen Kapitulation von den Alliierten fast ausnahmslos gesprengt wurden, nicht zu den Aufgaben des Bundes nach dem Kriegsfolgengesetz gehörte, flossen seit 1947 insgesamt 41,5 Millionen Mark aus der Bundeskasse für diesen Zweck an die Länder Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Saarland. Im Haushalt 1984 stehen noch 700 000 Mark für die Aufgabe bereit – das wäre wahrscheinlich die Summe, die notwendig wäre, um das Anwesen von Matthias Nöskes in Niederhabscheid von dem unerwünschten Klotz zu befreien. Und nach den Angaben von Bürgermeister Josef Pütz stehen innerhalb der Gemeinde noch „etwa hundert Bunker und Bunkerruinen", ganz zu schweigen von den Höckerhindernissen, die 1939 beim Westwall-Bau dem Volk als alles abwehrende „Drachenzähne" verkauft wurden.

Was die Dauerhaftigkeit der Reste betrifft, so stimmt die Feststellung, die 1941 in dem Propagandamachwerk „Der Krieg in Karten" mit dem Satz getroffen wurde: „Der Bau des Westwalls wird als eine Leistung höchster Organisationskunst, entschlossenster Tatbereitschaft und einer völlig neue Wege gehenden Festungsbaukunst für alle Zeiten denkwürdig bleiben."

Die rund 22 000 Bunker der „neuen Festungsbaukunst" waren, als es 1944 wirklich darauf ankam, in schlechter Verfassung. Eine Sammlung von Zustandsberichten aus dem Winter 1944, wiedergegeben in dem Buch von Manfred Gross „Der Westwall zwischen Niederrhein und Schnee-Eifel": Keine Waffen, nicht schießende MGs, Fernsprechgeräte in unbenutzbarem Zustand, keine Öfen, keine Verpflegung, die einen Bunker besetzt mit ausgebombten Zivilisten, andere Bunker als Ausweichlager von Archiven genutzt.

Unter diesen Umständen ging die am 8. Februar 1945 beginnende Offensive der Alliierten im Westen glatt durch die Befestigungsanlagen hindurch. Der Oberkommandierende General Eisenhower hatte, unter dem Eindruck der NS-Propaganda von der Stärke des Westwalls, drei Wochen mit dem Angriff gewartet und Verstärkungen zusammengezogen.

Die Gefahren, die die Westwall-Reste heute noch darstellen, sind vor allem durch die Sprengungen nach 1945 gegeben. Nur dort, wo Menschen durch die Ruinen gefährdet sind, können Regierungsgelder zur Abwehr eingesetzt werden. In ihrem Kampf um die Sicherheit der Menschen geraten die Behörden zunehmend in Gegensatz zu örtlichen Umweltschutz-Verbänden, die unterirdische Stollen und Gänge für Fledermaus- und Kriechtier-Populationen erhalten wollen, wie zum Beispiel im Pfälzer Wald.

Mit den Geldern zur Westwall-Beseitigung lassen sich im wesentlichen die geborstenen Betonhaufen nur mit Erdreich abdecken. Dort, wo die Höckerhindernisse in den ersten Nachkriegsjahren zum Abbau der inneren Stahlarmierung an Schrotthändler verkauft wurden, blieben besonders gefährliche Reste: Der Stahl wurde einige Zentimeter über dem Boden abgeschnitten, nachdem man die Höcker einzeln gesprengt hatte. Das geplagte Habscheid hat auch von diesen Relikten genug.

Manche Landwirte, vor allem im Kreis Monschau, verloren durch den Westwall-Bau die Hälfte bis drei Viertel ihres Landbesitzes. Eine Enteignung fand nicht statt, auch wurde das Gelände nicht vom Staat erworben, denn die Änderungen hätten in die Kataster eingetragen werden müssen, und man fürchtete sich vor Spionen.

Die ungeklärte Rechtslage bereitete den Betroffenen nach 1945 einen Ärger nach dem anderen. Das Ehepaar Matthias Nöskes jedenfalls bekam für seinen Bunker vor dem Zimmerfenster bisher 150 Mark und keinen Pfennig mehr.

Rekordpreis für „Liebespaar" von Egon Schiele

Bü. London

Egon Schieles Gemälde „Liebespaar" (Mann und Frau I) erzielte am Dienstagabend bei Sotheby's in London einen Rekordpreis von 3,19 Millionen Pfund. Ein anonymer Bieter erhielt den Zuschlag per Telefon. Das 1914 gemalte Bild des Wiener Künstlers wurde auf zwei bis drei Millionen Pfund geschätzt. Der bisherige Schiele-Höchstpreis auf einer Auktion war im letzten November bei Sotheby's in New York auf 1,466 Millionen Pfund für sein „Portrait des Malers Karl Zakovsek" festgesetzt worden. Das Ölbild zeigt ein Liebespaar, das in zerknitterten Laken überrascht wird.

Aktion Sorgenkind

dpa, Freiburg

Der Deutsche Caritasverband hat – wie er gestern mitteilte – in den vergangenen 20 Jahren aus der „Aktion Sorgenkind" fast 200 Millionen Mark für die Behindertenarbeit erhalten.

Urteil zu Auto-Radio

rtr, Stuttgart

Für ein Autoradio im Privatfahrzeug eines Arbeitnehmers besteht nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Freiburg auch dann keine Gebührenpflicht, wenn das Auto gelegentlich zu geschäftlichen Fahrten genutzt wird. (AZ: 5 K 291/83)

Jena und Auerstedt

rtr, Berlin

Das Schlachtfeld von Jena und Auerstedt, auf dem die Truppen des französischen Kaisers Napoleon I. im Jahre 1806 die preußische Armee besiegten, soll Landschaftsschutzgebiet werden. Wie die „DDR"-Tageszeitung „Der Morgen" gestern berichtete, umfaßt das Schlachtfeld das Gebiet von mehr als einem Dutzend Dörfern in den Bezirken Gera, Erfurt und Halle.

„Vater" der Pille tot

dpa, New York

John Rock, der die empfängnisverhütende Pille mitentwickelt hat, ist am Dienstag in Peterborough (New Hampshire) im Alter von 94 Jahren gestorben. Seine Arbeiten über Empfängnisverhütung haben Rock, der Katholik war, mehrmals in Gegensatz zur Lehre der Kirche gebracht.

96 Bergarbeiter verschüttet

AFP, Taipeh

Bei einem Grubenunglück im Bezirk Taipeh sind gestern mittag in Taiwan in der Haishan-Mine in Sanshisa 96 Bergarbeiter verschüttet worden. Das Unglück dürfte durch eine Gasexplosion 600 Meter unter der Erde verursacht worden sein.

Opel-Rückruf

DW. Frankfurt

Rund 50 000 zwischen September und November gebaute Ascona- und Kadett-Modelle wird Opel in die Werkstätten rufen. Grund: ein möglicher Defekt am Lichtschalter. Die Kunden werden informiert.

Acht Millionen Festmeter

AP, Bonn

Mehr als acht Millionen Festmeter Holz, vor allem Fichten, sind den schweren Stürmen am letzten November-Wochenende zum Opfer gefallen. Dies ergab eine Umfrage, deren Ergebnisse die Zentrale Marktberichtstelle (ZMP) gestern in Bonn veröffentlichte.

Unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt vom Chronik Verlag, Dortmund, bei.

ZU GUTER LETZT

Berichtigung. In dem Artikel „Acht Monate grünes Feminat" in der gestrigen Ausgabe wurde Otto Schily fälschlicherweise als „omnipotent" bezeichnet, gemeint war „omnipräsent". Aus der „Tageszeitung" (TAZ) vom 5. Dezember 1984.

